Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

März 2024
22. Jahrgang - Ausgabe 116
Einzelpreis: 4,50€
ISSN 1612-7366

Schwerpunkt: Kriegstüchtig

Weg in die Kriegswirtschaft
Patriotismus und Ökonomie
Wächter des Wohlstands
AfD unter falscher Flagge
KI-Revolution Gaza?

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Inhalt

Schwerpunkt

Editorial - **Andreas Seifert und Jürgen Wagner** - 3
Deutschland im Krieg (mit Russland)? - **Tobias Pflüger** - 4
Vehikel für Macht- & Interessenspolitik - **Susanne Weipert** - 8
Waffenlieferungen, Gefahren und Folgen - **Claudia Haydt** - 12
Weg in die Kriegswirtschaft - **Martin Kirsch** - 16
Europäische Rüstungsfinanzierung - **Jürgen Wagner** - 19
Humanitär, feministisch und queer - **Jacqueline Andres** - 23
Patriotismus und Ökonomie - **Andreas Seifert** - 27
Operationsplan Deutschland - **Alexander Kleiß** - 30
Waffenproduktion statt Wohnungsbau? - **Hans-Achim Brand** - 32
Rüstung durch Sozialabbau - **Jürgen Wagner** - 34

Magazin

NATO
Wie einst im Kalten Krieg - **Jürgen Wagner** - 38
Nordischer Brückenkopf - **Ben Müller** - 42

Deutschland und die Bundeswehr
Schulterschluss Rüstung - **Andreas Seifert** - 47
Wächter des Wohlstands - **Jürgen Wagner** - 49
AfD unter falscher Flagge - **Merle Weber** - 53
Deutsche Rüstungsexporte nach Israel und die Region - **Elvin Çetin** - 57

Gaza und KI
KI-Revolution Gaza? Die „Startup Nation“ im Krieg - **Christoph Marischka** - 60
Gaza: KI-basierte Bombardierung - **Christoph Marischka** - 64

Sahel
Stabilisierung im Sahel - **Pablo Flock** - 68
Unabhängig und integriert - **Pablo Flock** - 72

Sonstiges
Kriege verschärfen Klimakrise - **Jacqueline Andres** - 74
Antimilitaristische Kurznachrichten - 78

Editorial

von Andreas Seifert und Jürgen Wagner

Diese Ausgabe versammelt im Schwerpunkt Beiträge, die auf dem IMI-Kongress „Deutschland: Im Kriegszustand?!“ gehalten wurden oder danach rund um dieses Thema entstanden sind. In vielerlei Hinsicht waren dabei die Sprüche, die Kanzler Olaf Scholz beim Spatenstich für eine neue Rheinmetall Munitionsfabrik Mitte Februar 2024 klopfte, symptomatisch, wenn er etwa zum Besten gab: „Wir leben nicht in Friedenszeiten“ – und damit wohl andeuten will, dass wir uns tatsächlich im Kriegszustand befinden. Dass er damit leider ziemlich richtig liegt, lässt sich anhand vieler Beispiele belegen (siehe den Beitrag von Tobias Pflüger). Auch die Forderung von Scholz, man müsse künftig Waffen „in Großserie statt in Manufaktur“ produzieren, spiegelt die aktuelle Entwicklung in Richtung einer deutschen und europäischen Kriegswirtschaft wider (siehe Kirsch und Wagner). Weil die in Großserie produzierten Waffen dann auch exportiert werden wollen, steigen die Ausfuhren rasant an (siehe Weipert und Haydt). Auch innenpolitisch werden Bewegungen für den Krieg vereinnahmt, ein Operationsplan für eine Dauermobilisierung nahezu aller gesellschaftlichen Teilbereiche, während gleichzeitig der Rüstungsindustrie der rote Teppich ausgerollt wird (siehe Andres, Seifert, Kleiß, Brand). Apropos Rheinmetall: Deren Aktie kletterte von 83,06 Euro (30.12.2021) auf inzwischen 425,20 Euro (29.2.2024) – gleichzeitig werden die Ansagen, die Bevölkerung, zumindest ihr wenig vermögender Teil, müsse halt jetzt den Gürtel enger schnallen, um hohe Rüstungsausgaben finanzieren zu können, immer dreister (siehe Wagner). Ende Februar warb zum Beispiel Clemens Fuest, der Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts ifo, mit dieser fragwürdigen Metapher für Aufrüstung durch Sozialabbau: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“

Im Magazinteil beschäftigen wir uns mit dem Großmanöver „Steadfast Defender“ und dem „Nordischen Brückenkopf“ der NATO. Weiter geht es um den in ein gemeinsames Positionspapier gegossenen Schulterschluss zwischen Rüstungslobby, SPD Wirtschaftsforum und IG Metall, den Militäreinsätzen zur Absicherung der Schifffahrtsrouten am Roten Meer sowie der Rolle der Alternative für Deutschland (AfD) als vermeintlicher Friedenspartei. Außerdem werfen wir einen Blick auf die deutschen Rüstungsexporte nach Israel und beschäftigen uns mit zwei ausführlichen Artikeln mit der Rolle Künstlicher Intelligenz im Aktuellen Gaza-Krieg. Außerdem finden sich zwei Beiträge zu den Endwicklungen im Sahel, wo sich die Situation weiter dynamisch gestaltet. Als Beilage dieser Ausgabe findet sich das brandneue und komplett überarbeitete „Factsheet Rüstung“ – leider hat sich kurz nach Redaktionsschluss noch eine Zahl geändert: aus dem Sondervermögen sollen 2024 nun 19,8 Mrd. Euro und nicht wie wir geschrieben haben 19,2 Mrd. Euro entnommen werden. Ansonsten sind wir aber froh, mit dem neuen Factsheet alle möglichen Zahlen wie wir hoffen bündig zusammengetragen zu haben, sodass es sich besonders gut für Infostände eignet. Wer dies nutzen möchte, kann die Factsheets gerne auch in größeren Mengen im DFG-VK Materialshop kostenlos bestellen.

Deutschland im Krieg (mit Russland)?

von Tobias Pflüger

Ein relativ neues Wort macht seit einiger Zeit die Runde, das die gesellschaftliche Situation hierzulande auf den Punkt bringt: „kriegstüchtig“. Dabei handelt es sich um ein sehr deutsches Wort: Tüchtig sein bedeutet laut Duden „seine Aufgabe [Krieg] mit Können und Fleiß erfüllen.“ Ein solches Motto ist besonders gruselig in einem Land, das in seiner Geschichte zwei Weltkriege mit Millionen von Toten verursacht hat, davon einen mit Vernichtungskriegen und industriemäßigen Vernichtungslagern mit Millionen von Ermordeten, insbesondere jüdische Mitbürger:innen, Sinti und Roma, und viele andere und Millionen von Kriegstoten auch auf Seiten der vielen Staaten, die gegen Deutschland kämpfen mussten, insbesondere auch Russland.
In einer der jüngeren Bundeswehr-Werbekampagne hieß es: „Was zählt, wenn wir wieder Stärke zeigen müssen?“ Dieses jetzige Deutschland schickt sich nun also an, „wieder“ Stärke zu zeigen und wieder kriegstüchtig zu werden. Im Folgenden soll versucht werden, anhand einer Reihe von Phänomenen zu beschreiben, wie sich die Situation in diesem Land verändert hat.

Verbal im Krieg

Wenn wir die Berichterstattung über die aktuellen Kriege anschauen, ist es in vielen Fällen so, dass die hiesigen Berichte fast schon so etwas wie „Beratung“ sind, wie „der Gegner“ „ausgeschaltet“ oder „vernichtet“ werden kann. Ein Beispiel: Im Business Insider wurde vor einiger Zeit auf Basis eines Artikels im Wall Street Journal (WSJ) über ukrainische Scharfschützen („Devils and Angels“) berichtet: „Hauptaufgabe des Eliteteams besteht darin, hochrangige Befehlshaber auszuschalten, um Schock und Chaos in den Reihen der russischen Armee zu verursachen.“[1] Denselben WSJ-Artikel aufgreifend, ließ sich auch in der Frankfurter Rundschau ähnliches nachlesen: „‘Wir arbeiten im Stillen, wir sind unsichtbar‘, Der konkrete Auftrag derzeit: die Top-Generäle gezielt ausschalten. […] Wie die Kyiv Post unlängst berichtete, soll eine Scharfschützen-Einheit in der Schlacht von Bachmut den russischen Truppen Verluste von 500 toten Soldaten zugefügt haben. Dabei bezog sich die Zeitung auf Recherchen an der Front.“[2]
Im WSJ-Ursprungsartikel finden sich dann unter anderem solche Sätze: „Keiner der Scharfschützen verspürt großes Mitgefühl für seine Ziele, nachdem er den Abzug betätigt hat. Viele haben enge Kameraden verloren. Von dem ursprünglich 26-köpfigen Devils and Angels-Team sind nur noch 14 übrig. Ein Scharfschütze und ein Infanterieunterstützungsmitglied wurden getötet, der Rest wurde verletzt. ‚Ich sehe ihre Gesichter nicht, die Emotionen auf ihnen, die Fotos ihrer Frauen oder irgendetwas anderes in ihrem Leben‘, sagte Cuckoo [ein Mitglied der Devils and Angels]. ‚Ich sehe nur Figuren, die sich bewegen, und ich schieße‘, sagte sie.“[3]
Insbesondere die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 9. November 2023, mit denen das Motto der „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“ ausgegeben wurde, sprechen eine klare Sprache (siehe Kasten). Immer wieder benennen politische Akteure das Kind beim Namen – am deutlichsten tat dies Außenministerin Annalena Baerbock in der parlamentarischen Versammlung des Europarates: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.“[4]

Verteidigungspolitische Richtlinien: „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“

„Die neue Qualität der Bedrohung unserer Sicherheit und die brutale Realität des Krieges in der Ukraine verdeutlichen, dass wir unsere Strukturen und Prozesse am Szenario des Kampfes gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten müssen: Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht nur gewinnen, sondern wir müssen. Dies gibt den Takt vor. (VPR: 27)
„Die Bundeswehr ist ein Kerninstrument unserer Wehrhaftigkeit gegen militärische Bedrohungen. Hierzu muss sie in allen Bereichen kriegstüchtig sein. Das bedeutet, dass ihr Personal und ihre Ausstattung auf die

Wahrnehmung ihrer fordernden Aufträge ausgerichtet sind. Maßstab hierfür ist jederzeit die Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht.“ (VPR: Seite 9)
„Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Deutschland und seine Verbündeten müssen sich wieder mit einer militärischen Bedrohung auseinandersetzen. Die internationale Ordnung wird in Europa und rund um den Globus angegriffen. Wir leben in einer Zeitenwende.“ (VPR: 4)
„Wir müssen Rückgrat der Abschreckung und kollektiven Verteidigung in Europa sein.“ (VPR: Vorwort)
„Diese Zeitenwende verändert die Rolle Deutschlands und der Bundeswehr fundamental. Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich starkes Land in der Mitte Europas tragen wir Verantwortung.“ (VPR: 4)

Rechtlich im Krieg?

Was wir hören ist: die Ukraine „verteidigt“ sich ja nur. Und sie habe ein Recht auf Verteidigung. Erstens ist das, was im Krieg abgeht, zumindest nicht nur „Verteidigung“, logischerweise ist da auch viel Angriff dabei, „Gegenoffensiven“ hat man als Wort dafür gefunden. Und zweitens gibt es (eigentlich) klare völkerrechtliche Regelungen, wann man sich im Kriegszustand befindet, wofür aber etwas ausgeholt werden muss:
Nach UN-Charta Artikel 51 gibt es ein Recht auf Selbstverteidigung, das aber genau definiert ist: „Keine Bestimmung der vorliegenden Satzung beeinträchtigt das Naturrecht individueller oder kollektiver Selbstverteidigung, wenn ein Angriff mit Waffengewalt gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt, bis der Sicherheitsrat die zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat. Von den Mitgliedern in Ausübung dieses Rechts der Selbstverteidigung ergriffene Maßnahmen sind dem Sicherheitsrat sofort zu melden und beeinträchtigen in keiner Weise die in der vorliegenden Satzung vorgesehene Befugnis und Verpflichtung des Sicherheitsrates, zu jeder Zeit die ihm erforderlich scheinenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu ergreifen.“[5]
Bei Wikipedia finden sich noch einmal nähere Erläuterungen: „Das Selbstverteidigungsrecht soll demnach nur den zeitlichen Verzögerungen Rechnung tragen, mit welchen der UN-Sicherheitsrat aktiviert werden kann und zu einer Entscheidung nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen über Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen gelangt. Mitgliedstaaten und Sicherheitsrat stehen also bei der Wahrung der internationalen Sicherheit nicht gleichberechtigt nebeneinander. Es liegt keine konkurrierende Handlungsbefugnis vor, sondern dem Sicherheitsrat kommt der Vorrang zu.“[6]
Dies ist auch erfolgt: „Die UN-Vollversammlung hat die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine ab 24. Februar 2022 als Verstoß gegen das Gewaltverbot der UN-Charta missbilligt und damit das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine gem. Art. 51 UN-Charta bestätigt. Eine historisch große Mehrheit von 141 der 181 abstimmenden Mitgliedsstaaten stimmten am 2. März 2022 in New York für eine entsprechende Resolution; nur 5 Länder votierten dagegen (Belarus, Eritrea, Nordkorea, Russland, Syrien), 35 enthielten

sich (u. a. China, nicht aber Serbien). Zuvor hatte Russland erfolglos versucht, sich zur Rechtfertigung seines Angriffs selbst auf Art. 51 der UN-Charta zu berufen.“[7]
Das nun – nicht nur in dieser Kriegssituation – viel genannte „Selbstverteidigungsrecht“ ist also auch völkerrechtlich eben kein „Recht“, nun militärisch durch den angegriffenen Staat oder seine ihn militärisch unterstützenden Staaten alles zu tun, was für richtig erachtet wird. Nein, es gibt einen völkerrechtlich klar festgelegten Ablauf, was passieren muss, wenn ein Angriff erfolgt ist, zum Beispiel muss sich zuerst die UN und dort der UN-Sicherheitsrat mit der (Kriegs-)Situation befassen.
Nun gibt es die juristische völkerrechtliche Frage, ob Waffenlieferungen an die Ukraine vom Recht auf Selbstverteidigung der UN-Charta gedeckt sind. Dazu sagt Stefan Talmon, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Universität Bonn: „Drei Tage nach Ausbruch des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine kündigte die Bundesregierung an, 1.000 Panzerabwehrwaffen und 500 Boden-Luft-Raketen sowie gepanzerte Fahrzeuge und Treibstoff an die Ukraine zu liefern, um diese in ihrem Abwehrkampf gegen die vorrückenden russischen Truppen zu unterstützen. Am nächsten Tag waren die Waffen auf dem Weg in die Ukraine. Wenige Tage später, beschloss die Bundesregierung zudem 2.700 Flugabwehrraketen in die Ukraine zu senden. Auch andere westliche Staaten lieferten Waffen. In ersten Bewertungen wurden die Waffenlieferungen als Verletzung des Neutralitätsrechts gesehen, die Deutschland jedoch nicht zur Kriegspartei machten. Das Neutralitätsrecht regelt das Verhältnis zwischen Staaten, die in einem internationalen bewaffneten Konflikt kämpfen (Kriegsparteien), und Staaten, die nicht am Konflikt teilnehmen (Neutrale). Der Kern des heute völkergewohnheitsrechtlich geltenden Neutralitätsrechts wurde 1907 in den Haager Abkommen zum Kriegsrecht niedergelegt. Die Rechtsstellung der Neutralen wird gekennzeichnet durch die Pflichten zur Enthaltung, Unparteilichkeit und Unterbindung, d.h., der neutrale Staat muss sich einer Teilnahme am bewaffneten Konflikt zwischen den Konfliktparteien enthalten, er muss beide Konfliktparteien grundsätzlich gleich behandeln und er muss Verletzungen seiner Neutralität und seines Staatsgebietes durch eine Konfliktpartei unterbinden. Das Neutralitätsrecht verbietet den Neutralen insbesondere Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial an die Kriegführenden zu liefern oder diese auf andere Weise zu unterstützen, beispielsweise durch die Bereitstellung von militärisch relevanten Informationen. Verstöße gegen diese Pflichten können von einer Kriegspartei mit Gegenmaßnahmen und gewaltsamen Repressalien und in letzter Konsequenz mit der Behandlung als Kriegspartei geahndet werden.“[8]
Deutschland ist eindeutig nicht neutral, durch die Waffenlieferungen und insbesondere durch die Ausbildung an den Waffen und die Einweisungen daran kommt Deutschland dem Status einer direkten Involvierung, dem Status einer Kriegspartei immer näher.
Mit dieser Frage beschäftigte sich unter anderem der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages. In einer Abhandlung vom 16. März 2022 heißt es: „Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.“[9] Dabei bezieht sich der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages auf ein Interview von Pierre Thielbörger, Professor für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Ruhr-Universität Bochum: „An sich sind Waffenlieferungen allein noch keine Kriegshandlung. Es gibt keine Staatenpraxis, die das annimmt. Anders könnte es sein, wenn es eine Beratungsleistung gibt, wie Waffen zu gebrauchen sind. Aber auch hier bleibt die Betrachtung des Einzelfalls ausschlaggebend.“ [10]
Die Sache ist offensichtlich so, dass die Bundesregierung sich die rechtliche und völkerrechtliche Situation zurechtinterpretiert, um Waffenlieferungen zu legitimieren. Eindeutig ist, dieses Land und seine Institutionen sind gegenüber der Ukraine „kriegsunterstützend“ tätig.

Materiell im Krieg

Von Anfang an wurden von Deutschland und den anderen NATO-Staaten Waffen geliefert, wodurch der Ukrainekrieg zunehmend zum Stellvertreterkrieg mutierte. Die mediale Debatte war und ist geprägt von der Fragestellung, wann endlich Panzer, Taurus, Flugzeuge etc. geliefert werden. Es wird kaum die Frage debattiert, ob Waffenlieferungen überhaupt erfolgen sollen, und sehr wenig, was Waffenlieferungen konkret bedeuten, fast ausschließlich zu hören ist eine scharfe Kritik an der vermeintlich zu zögerlichen Regierung, verbunden mit Rufen nach immer mehr Waffen. Selten wird der Sachverhalt so offen benannt, wie etwa vom Vizekanzler Robert Habeck: „Auch die Entscheidungen, die wir treffen, werden Menschen töten“, so Habeck, bevor der Bundestag einen gemeinsamen Antrag der Ampel-Parteien mit der Union für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine verabschiedete: „Mit den Waffen, die wir dahin schicken, werden Menschen getötet.“[11]
Aktuell rangiert Deutschland bei den Zusagen für Waffenlieferungen an die Ukraine laut Ukraine Support Tracker mit 17,1 Mrd. Euro klar auf Platz zwei (USA: 42,2; Großbritannien: 9,1. Stand: 15.1.24). Allein für dieses Jahr wurde der vorgesehene Betrag von vier auf acht Milliarden Euro verdoppelt. Diese Gelder werden dem Allgemeinen Haushalt (Einzelplan 60) entnom-

men und zählen zu den sogenannten NATO-Kriterien hinzu, durch die in diesem Jahr erstmals Militärausgaben oberhalb von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht werden sollen (siehe auch den Beitrag von Jürgen Wagner). Außerdem werden im Rahmen der „European Union Advisory Mission“ (EUAM) ukrainische Soldaten unter anderem in Deutschland ausgebildet, was vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages ja als faktische Kriegsbeteiligung gewertet wird: „Rund 40.000 ukrainische Soldaten sind bereits in der EU ausgebildet worden. Deutschland will noch in diesem Jahr weitere 10.000 trainieren. […] Nach Angaben der Bundeswehr waren zuletzt durchschnittlich rund 1500 Bundeswehrangehörige an der Mission beteiligt. […] Ein Bundestagsmandat gibt es für den Einsatz nicht, da er keinen Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Sinne des Parlamentsbeteiligungsgesetzes darstellt.“[12]

Ein weiteres Beispiel für konkrete militärische Umsetzungen ist die führende Rolle, die Deutschland bei den NATO-Plänen spielt: Ab 2025 will die Bundeswehr 35.000 von insgesamt 300.000 NATO-Soldat:innen stellen, die in höchster Einsatzbereitschaft (verlegbar in spätestens 30 Tagen) vorgehalten werden.

Zentrales Projekt ist die 5.000 Soldat:innen starke Bundeswehr-Brigade, die dauerhaft (!) in Litauen – samt gesamter Infrastruktur quasi als externer Stützpunkt – stationiert sein soll. Dazu erklärte Verteidigungsminister Boris Pistorius: „Die Brigade soll nicht nur außerhalb Deutschlands stationiert sein. Sie soll jederzeit einsatzbereit sein. Die Ostflanke im Sinne der NATO zu schützen, bedeutet: Unsere Soldatinnen und Soldaten werden trainieren, um potentielle Gegner abzuschrecken. Im Falle eines Angriffs werden sie NATO-Gebiet verteidigen. Mit der Brigade Litauen marschieren wir in Absprache mit unseren Verbündeten voran, gehen auch für uns neue Wege. Sie ist das Leuchtturm-Projekt der Zeitenwende, das nicht nur nach außen wirkt, sondern auch in die Truppe hinein.“[13]

Zudem wird die Ausrichtung der bundesdeutschen Wirtschaft zur „Kriegswirtschaft“ im veröffentlichen Raum diskutiert, unter anderem vom Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes Andre Wüstner oder dem ehemaligen Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger (siehe auch den Beitrag von Martin Kirsch).

Dieses Land wird von der Ampel-Bundesregierung aus SPD, GRÜNEN und FDP in eine mentale, politische und materielle Kriegstüchtigkeit geführt. Dazu wird aufgerüstet, mit Milliarden an Kosten, zugleich findet Sozialabbau statt. Es ist Zeit dazu Nein zu sagen und mit allen verfügbaren Kräften gegen diese Militarisierung zu mobilisieren.

Anmerkungen

1 Vlamis, Kelsey: Ein Eliteteam ukrainischer Scharfschützen schaltet russische Top-Generäle aus: „Wir arbeiten im Stillen, wir sind unsichtbar“, Business Insider, 1.9.2023.
2 Kiffmeier, Jens: „Panik und Chaos“ im Ukraine-Krieg: Elite-Scharfschützen machen Jagd auf Russlands Generäle, Frankfurter Rundschau, 8.9.2023.
3 MacDonald, Alistair/Michaels, Daniel: Ukraine’s Elite Snipers Fight Russians, Bullet by Bullet, Wall Street Journal, 30.8.2023.
4 Baerbock spricht von „Krieg gegen Russland“: Moskau fordert Erklärung, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 27.1.2023.
5 Satzung der Vereinten Nationen Art. 51.
6 Wikipedia, sinngemäß nach Peter Hilpold: Die Vereinten Nationen und das Gewaltverbot. Die Reformvorschläge des High-level Panels sind wenig hilfreich. Vereinte Nationen 2005, S. 81–88.
7 Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Recht_zur_Selbstverteidigung.
8 Talmon, Stefan: Waffenlieferungen an die Ukraine als Ausdruck eines wertebasierten Völkerrechts, Verfassungsblog, 9.3.2022.
9 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: Sachstand – Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme, 16.03.2022.
10 So Thielbörger im Interview mit der NZZ vom 13.3.2022.
11 Waffenlieferungen und Ausbildung: Macht sich Deutschland zur Kriegspartei? Was dafür spricht – und was dagegen, Business Insider, 4.5.2022.
12 Bundeswehr soll weitere 10.000 ukrainische Soldaten ausbilden, Welt, 31.1.2024.
13 „Die Brigade Litauen soll jederzeit einsatzbereit sein“, Interview mit Verteidigungsminister Pistorius, tagesschau.de, 11.10.2023.

Vehikel für Macht- & Interessenspolitik

Warum Rüstungsexporte gesetzlich kontrolliert werden müssen

von Susanne Weipert

Ganz grundlegend besteht der Zweck des Rüstungsexportkontrollgesetzes (REKG) darin, sicherzustellen, dass das in der Präambel und in Artikel 26 Abs. 1 Grundgesetz verfassungsrechtlich niedergelegte Friedensgebot nicht verletzt wird und die Bundesregierung entsprechend ihren, daraus sowie aus europäischen und internationalen Regelwerken zum Waffenhandel entstehenden Pflichten gemäß handelt. Der Maßstab der Rüstungsexportpolitik muss die Bewahrung des Friedens, die Vermeidung menschlichen Leids, die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts sowie der Sicherheit und der Stabilität in den jeweiligen Regionen sein.

Die derzeitige Rechtslage hat die Exportpolitik der deutschen Bundesregierungen nicht in dem Maße beschränkt, dass von effektiver Friedensförderung und dem Schutz der Menschenrechte gesprochen werden kann. Exemplarisch dafür stehen die Rüstungsexporte an die im Jemenkrieg beteiligten Länder Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der große Ermessensspielraum der Bundesregierung bzw. Exekutive bei der Genehmigungserteilung und die minimalen Kontrollmöglichkeiten des Parlaments und der kritischen Öffentlichkeit führen dazu, dass v.a. der politische Wille entscheidend für die Genehmigung eines Rüstungsexportes ist und weniger ein enges Regelwerk. Die Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung der erteilten Genehmigungen, die durch ein Verbandsklagerecht erwirkt werden könnte, existiert im Bereich der Rüstungsexportpolitik bisher nicht.

Auf Grundlage der aktuell bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen soll anhand von vier Problemlagen aufgezeigt werden, warum wir in Deutschland ein Rüstungsexportkontrollgesetz brauchen.

Keine wirksame Kontrolle der Rüstungsexportpolitik

Über die Genehmigung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern entscheidet in Deutschland gemäß Grundgesetz Art. 26, Abs. 2 allein die Exekutive – dies ist je nach Art des Rüstungsexports der Bundessicherheitsrat, das Wirtschaftsministerium oder das ihm untergeordnete Bundesausfuhramt, aber auch das Verteidigungsministerium. Der Deutsche Bundestag hat kein Mitsprache- oder Mitbestimmungsrecht. Die rechtlichen Grundlagen, die den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern regeln, sind der internationale Vertrag über den Waffenhandel (ATT), Gemeinsamer Standpunkt der EU (2008/944/GASP), Grundgesetz Art. 26, Abs. 2, das Kriegswaffenkontrollgesetz sowie das Außenwirtschaftsgesetz in Verbindung mit der Außenwirtschaftsverordnung dar. Diese entfalten zwar eine rechtliche Bindungswirkung, sind jedoch nicht justiziabel. Das heißt, weder der Bundestag kann in irgendeiner Weise gegen die von der Exekutive erlassenen Entscheidungen klagen, noch können z.B. Menschenrechts- oder Friedensorganisationen per Verbandsklagerecht eine Exportgenehmigung juristisch überprüfen lassen oder können die Opfer der Rüstungsexporte gegen die Bundesregierung oder die exportierenden Unternehmen in Deutschland klagen. Die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern wiederum sind nicht rechtsverbindlich und entfalten nur eine sogenannte politische Bindungswirkung.

Andersherum kann jedoch die Rüstungsindustrie gegen das Bundesausfuhramt klagen, wenn z.B. eine Exportgenehmigung für sonstige Rüstungsgüter (nicht im Falle von Kriegswaffen) nach dem Außenwirtschaftsgesetz ausgesetzt und widerrufen wurde.

Deswegen fordern wir, dass mit dem Rüstungsexportkontrollgesetz auch ein Verbandsklagerecht eingeführt wird. Dieses ermöglicht, dass z.B. Menschenrechts- oder Friedensorganisationen eine kritische Rüstungsexportgenehmigung von einem Gericht daraufhin überprüfen lassen können, ob diese im Rahmen der bestehenden Gesetze erteilt wurde. Das Gericht kann dann z.B. anweisen, dass die Genehmigung noch einmal überprüft, oder widerrufen werden muss. Ein „Vetorecht“

für NGOs, als das es v.a. seitens der Rüstungsindustrie bezeichnet und abgelehnt wird, stellt es entsprechend nicht dar. Vielmehr soll sichergestellt werden, dass die Entscheidungen rechtsstaatlichen Ansprüchen genügt, also gemäß Grundgesetz, Art. 20, Abs. 3 die „vollziehenden Gewalt“ sich an Recht und Gesetz hält.

Gegensätzliche Gesetzeslogiken

Rüstungsgüter werden bisher nach deutschem Recht unterteilt in Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter. Nach Art. 26, Abs. 2 GG ist die Herstellung, Beförderung und das in Verkehr bringen von Kriegswaffen grundsätzlich verboten, es sei denn es wird explizit genehmigt (Verbot mit Befreiungs-/Genehmigungsvorbehalt). Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Ein Anspruch auf Genehmigung besteht nicht. Sonstige Rüstungsgüter unterliegen nur dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) in Verbindung mit der Außenwirtschaftsverordnung (AWV), wonach grundsätzlich der Export erlaubt ist, es sei denn, er ist explizit verboten (Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt). D.h. Genehmigungen werden grundsätzlich erteilt, es sei denn, dem stehen besondere Gründe (nach §4 AWG) entgegen.
Die „Absurdität“ dieser Unterscheidung wird am Beispiel von Handfeuerwaffen besonders deutlich: Scharfschützengewehre und Pistolen gelten als sonstige Rüstungsgüter, während Maschinenpistolen und automatische Maschinengewehre zu den Kriegswaffen gezählt werden. Entsprechend werden diese gleichermaßen potentiell tödlichen Waffen nach rechtlich unterschiedlichen Maßstäben bewertet. Außerdem werden sonstige Rüstungsgüter auch exportiert, um in Kriegswaffen verbaut zu werden. So liefert Deutschland z.B. Teile und Komponenten an Großbritannien zur Produktion der Kampfflugzeuge Eurofighter, die von dort aus nach Saudi-Arabien exportiert werden.
Daraus folgt die Forderung, dass in dem Rüstungsexportkontrollgesetz die rechtliche Unterscheidung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aufgehoben wird. Entsprechend soll für sonstige Rüstungsgüter gleichermaßen wie für Kriegswaffen ein grundsätzliches Exportverbot gelten und Exportgenehmigungen nur in begründungspflichtigen Ausnahmefällen erteilt werden.

Unterschiedliche Standards

Je nachdem, ob das Empfängerland deutscher Rüstungsgüter EU-, NATO-, oder der NATO-gleichgestellt oder ein sog. Drittland ist, kommen unterschiedliche Standards im Genehmigungsverfahren zur Anwendung. Gemäß den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung „sind Rüstungsexporte in EU, NATO sowie NATO-gleichgestellte Staaten grundsätzlich nicht zu beschränken“, während Exporte in Drittstaaten restriktiv gehandhabt werden sollen. Innerhalb der EU gilt die „Verbringungsrichtlinie“. Exporte in Länder der Europäischen Union stellen dadurch keine Exporte im klassischen Sinne dar. Diese „Verbringungen“ zwischen den Mitgliedstaaten „sind grundsätzlich nicht zu beschränken, es sei denn, „aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Sicherheit“. D.h., die Prüfkriterien, die sonst an einen Rüstungsexport angelegt werden, kommen hier nicht bzw. nur sehr eingeschränkt zur Anwendung. Ähnlich verhält es sich bei NATO- und NATO-gleichgestellten Staaten. Exporte sollen grundsätzlich nicht beschränkt werden, es sein denn, „besondere politische Gründe“ sprechen dagegen. In den letzten Jahren wurden Exporte an das NATO-Mitglied Türkei zunehmend beschränkt, aufgrund seiner Militärinterventionen in Nordsyrien und -irak sowie der Gebietsstreitigkeiten mit Griechenland im Mittelmeer. Für Drittländern, also Staaten, die weder Mitglieder der EU oder NATO sind oder der NATO-gleichgestellt, gilt, dass jeder Export einer Einzelfallprüfung anhand der bestehenden Rechtsgrundlagen unterzogen werden soll.
Die Privilegierung bestimmter Ländergruppen missachtet eindeutig, dass auch EU- und NATO-Staaten mit Waffengewalt die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verletzen oder in völkerrechtswidrige Kriege verwickelt sind. Zudem widerspricht diese Anwendung unterschiedlicher Standards auch der Anforderung des internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT), wonach der „Vertrag in einer einheitlichen, objektiven und nichtdiskriminierenden Art und Weise“ anzuwenden ist (Art. 5 ATT).

Daraus ergibt sich Forderung, dass in dem Rüstungsexportkontrollgesetz festgelegt werden muss, dass keine Bevorzugung von Ländergruppen stattfindet, weder von EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Staaten noch von bestimmten Drittländern, und entsprechend alle Rüstungsexporte nach den gleichen Kriterien bewertet werden.

„Kleinwaffen" – Exportverbot

Der Export von kleinen und leichten Waffen ist rein rechtlich nicht gesondert geregelt. Gemäß den rechtlich nicht bindenden Politischen Grundsätzen der Bundesregierung soll seit 2019 der Export von „Kleinwaffen" in Drittländer „grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden". Die Krux daran ist jedoch, dass Kleinwaffen nicht gleich Kleinwaffen sind. Es gibt drei unterschiedliche Definitionen – die der EU, der OSZW und der UN. Deutschland wendet die Definition der EU an.[1] Kleinwaffen sind demnach nur „speziell zu militärischen Zwecken konstruierte" Handfeuerwaffen, wie Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre. Vermeintlich „zivile" Scharfschützengewehre, Pistolen und Revolver fallen entsprechend nicht darunter, ebenso wenig die Munition dafür. Durch diese Kleinwaffendefinition waren z.B. 2021 und 2022 nur rund zwanzig bis dreißig Prozent der insgesamt aus Deutschland exportierten Handfeuerwaffen abgedeckt. Entsprechend kommt für diese das „Exportverbot" in Drittländer nicht zur Anwendung und wird auch über deren Ausfuhr im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung nicht in der gleichen Art und Weise berichtet, wie über die „Kleinwaffen" nach EU-Definition.

Im Jahr 2022 wurden laut Rüstungsexportbericht Handfeuerwaffen (S. 29) insgesamt im Wert von rund 272 Mio. Euro (2021: 234,14 Mio. Euro) exportiert. „Kleinwaffen" nach EU-Definition (S. 10) jedoch nur in Höhe von 87,1 Mio. Euro (2021: 43,9 Mio. Euro).

Die Definition der Vereinten Nationen für „Kleinwaffen" (das Problem mit leichten Waffen wird hier ausgeklammert) wiederum umfasst alle tragbaren Handfeuerwaffen sowie dazugehörige Teile, Komponenten und Munition und unterscheidet nicht nach zivilem oder militärischem Zweck. Aufgrund der potentiellen Gefahr, die von einem Scharfschützengewehr oder einer Pistole genauso ausgeht wie von einem Maschinengewehr und der Tatsache, dass das grundsätzliche Exportverbot bisher rechtlich nicht bindend ist, folgt daraus die Forderung, dass dieses im Rüstungsexportkontrollgesetz festgelegt und die UN-Definition für Kleinwaffen (und auch für leichte Waffen), dazugehörigen Teile, Komponenten und Munition zur Anwendung kommt.

Anmerkungen

1 Gemeinsame Aktion des Rates der EU, 12.Juli 2002 (2002/589/GASP), eur-lex.europa.eu, Siehe Anhang, A).

Die Kampagne „Aktion Aufschrei“ setzt sich seit Jahren für ein Rüstungsexportgesetz ein. Vor dem Ukrainekrieg traf dies auch durchaus auf Wohlwollen in der Basis so mancher Partei – wir fragten unsere Autorin nach dem Stand der Entwicklung.

IMI: *Die Ampelregierung ist mit dem Versprechen angetreten, die Frage der Rüstungsexporte in einem ausführlichen Gesetzgebungsprozess neu regeln zu wollen bzw. das vorhandene Exportregelwerk zu verschärfen. Gab es da die Hoffnung, dass eine bis dahin als schlecht empfunden Praxis besser würde?*

Weipert: Der Anspruch im Koalitionsvertrag ist nicht ganz so hoch gehängt, aber es geht letztlich darum überhaupt ein einziges Gesetz zu dem Komplex aufzusetzen, das die „restriktive“ Exportpolitik, die man angeblich schon immer hatte, formalisiert und alle bestehenden Regelungen zusammenfasst. Die nur bestehende „Bemühenspflicht“, die ja bisher aus dem Gemeinsamen Standpunkt der EU resultiert, soll in nationales Recht übertragen werden. Damit würde das Dokument bzw. die Kriterien daraus auch tatsächlich verbindlich. Für den internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) muss das gleiche gelten. Allerdings ist das laut Koalitionsvertrag nicht mal vorgesehen. Selbstverständlich hatten wir in der Kampagne die Hoffnung, dass die Genehmigungspolitik tatsächlich restriktiver wird, wenn das Gesetz entsprechend verabschiedet wird. Derzeit ist allerdings nicht abzusehen, ob das Gesetz am Ende tatsächlich kommt. Wir werden weiterhin dafür kämpfen.

IMI: *Wer war daran beteiligt und welche grundsätzlichen Konfliktlinien gab es dabei?*

Weipert: Im Frühjahr 2022 wurde der Prozess mit offenen Konsultationen begonnen. In „Fachgesprächen“ und Standpunkten wurden von Industrie und anderen Akteuren – eben auch aus der Friedensforschung und Zivilgesellschaft – Positionen abgefragt. Das ist dann in die sogenannten „Eckpunkteentwurf“ für das Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) im Herbst 2022 eingeflossen, die zur eigentlichen Formulierung des Gesetzes hinleiten sollen. Dabei zeigte sich, dass die Industrie zwar Interesse an verbindlichen Kriterien und Verfahren hat, aber keine Einschränkungen ihrer Exportaktivitäten durch solch ein Gesetz will.

IMI: *Wie hat sich die Debatte zum Gesetz durch den Krieg in der Ukraine verändert? Wer sind die treibenden Kräfte?*

Weipert: Seit dem Beginn des Krieges hat v.a. die Industrie deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie die Zeit für ein solches Gesetz für nicht gekommen sieht, sondern die Zeichen auf Aufrüstung stehen. Wohingegen wir argumentieren, dass die Aufrüstungswelle, die in Deutschland und Europa zu sehen ist, sich mittel- und langfristig in mehr Waffenexporten niederschlagen wird, die nur neue Konflikte provoziert, die es gälte zu verhindern. Davon abgesehen, dass militärische Gewalt als Mittel der Politik grundsätzlich in Frage gestellt werden sollte.

IMI: *Wie läuft die Debatte in den Parteien oder im Bundestag?*

Weipert: Bisher war das Parlament, der eigentliche Gesetzgeber, offiziell nicht beteiligt. Aus Gesprächen mit Politiker:innen wissen wir, dass viele, selbst von den mit dem Thema Befassten, kaum Kenntnis von dem Verfahren hatten. Viele halten sich zurück, sich hier schon jetzt zu positionieren – im Allgemeinen wartet das Parlament, bis der Gesetzentwurf vorliegt. Oft merkt man auch, z.B. bei den Grünen, dass die Arbeit in der Regierung zu einer andere Perspektive führt, als wenn man als Oppositionspartei Verschärfung fordert.

IMI: *Welche Perspektiven bleiben für ein, im Sinne des verfassungsrechtlichen Friedensgebots, „verschärftes“ Rüstungsexportkontrollgesetz noch übrig?*

Weipert: Nun, bis wir hören, dass es komplett abgesagt ist, werden wir uns weiter für dieses einsetzen – und klar ist aber auch, dass es schon einen Gewinn gegenüber dem Status Quo darstellen muss. Ein Gesetz, das mehr Exporte ermöglicht, lehnen wir natürlich ab.

IMI: *In der deutschen Außenpolitik ist ja viel von Werten und Einhaltung von Menschenrechten anderswo die Rede. Sind das deiner Einschätzung nach heute noch brauchbare Kriterien für Waffenexportkontrollen?*

Weipert: In dem Feld gibt es viele hohle Begriffe, wie z.B. die „Wertepartner“, die bei Bedarf kreiert, aber nicht wirklich gefüllt oder ausformuliert werden. Würden die Menschenrechte, das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht ins Zentrum der Kriterien gestellt, wäre eine wesentlich eindeutigere Regelung möglich und v.a. eine, die an die bestehenden europäischen und internationalen Regelwerke zum Waffenhandel anknüpft bzw. diese umsetzt. Zu dem Kriterium „Menschenrechte“ steht tatsächlich ein brauchbarer Vermerk in dem Eckpunkteentwurf des Ministeriums.

Waffenlieferungen, Gefahren und Folgen

Politische und ökonomische Interessen

von Claudia Haydt

„Zeitenwende“ – unter diesem Schlagwort fasst die deutsche Bundesregierung zahlreiche, teils grundlegende, Neujustierungen in der deutschen Außenpolitik zusammen. In Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 änderte sich dabei auch die Rüstungsexportpolitik. „Die Zeitenwende hat die Bundesregierung außerdem dazu veranlasst, einen seit Jahrzehnten bestehenden, fest etablierten Grundsatz deutscher Politik in Bezug auf Rüstungsexporte zu überdenken. Zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte Deutschlands liefern wir heute Waffen in einem Krieg zwischen zwei Staaten.“ Mit diesen Worten erklärt Bundeskanzler Olaf Scholz die Ausrichtung der Politik seiner Regierung. Wenig überraschend hat er in Bezug auf die Rüstungsexportpolitik der Vergangenheit Erinnerungslücken, so liefert Deutschland keineswegs erstmalig Waffen an kriegführende Staaten. Saudi-Arabien und die Türkei, um zwei prominente Beispiele zu nennen, konnten sich auch in der Vergangenheit bei ihren Angriffen auf Jemen oder auf kurdische Einrichtungen im Irak und in Syrien auch auf Rüstung made in Germany stützen. Dennoch gibt es im Zuge der „Zeitenwende“ zumindest quantitativ und rhetorisch eine deutliche Veränderung in der deutschen Rüstungsexportpolitik. Im Folgenden will ich sowohl darauf eingehen, warum Rüstungsexporte grundsätzlich ein Problem darstellen, als auch erörtern, aufgrund welcher Interessen sie dennoch stattfinden und welche weitreichenden Folgen diese Praxis hat.

Warum Waffenhandel problematisch ist

Rüstungsgüter sind keine Handelsware wie jede andere. Man verkauft damit die Möglichkeit zu töten, zu verstümmeln oder zumindest damit zu drohen. Bei einem Verkauf stellt sich somit auch die Frage einer eventuellen mittelbaren oder unmittelbaren Beihilfe oder auch Mittäterschaft. Es geht um die Ermöglichung von Kriegen, Bürgerkriegen, Vertreibung oder Unterdrückung. Mit deutschen Waffen werden (Staats-) Kriminalität, Ausbeutung, Raub von Land und anderen Ressourcen möglich oder zumindest „effektiver“ und damit wahrscheinlicher. Hochrüstung ermöglicht umfassende Abschottung und sie fördert Korruption. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Es gibt ebenfalls eine ganze Reihe struktureller Auswirkungen von Rüstungshilfe für eine oder mehrere (potentielle) Kriegsparteien. Wenn Ressourcen eines Staates vor allem ins Militär fließen, dann schwächt das zivile Alternativen. Oder in anderen Worten: „Wenn mein einziges Werkzeug ein Hammer ist, dann sieht jedes Problem aus wie ein Nagel.“ Der Einstieg in Kriege oder das Festhalten an Kriegen erscheint dann schnell alternativlos. Verhandlungen und andere diplomatische Schritte werden dabei an den Rand gedrängt oder gleich als Unterstützung des jeweiligen Gegners diffamiert – wie wir es zurzeit in der Ukraine erleben. Waffenlieferungen an die Ukraine abzulehnen, ist nicht gleichbedeutend mit „Zusehen bis Putin gewinnt“, sondern das Aufgreifen und intensive Verfolgen der längst auf dem Tisch liegenden diplomatischen Verhandlungslösungen. Dass gerade die engsten Verbündeten der Ukraine öffentlich deutlich signalisieren, dass sie kein Interesse an einer diplomatisch ausgehandelten Friedenslösung haben, trägt wesentlich zur Verlängerung des Krieges bei – für den die Menschen in der Ukraine einen enorm hohen Preis bezahlen. Jede Waffenlieferung ist somit auch ein politisches Signal.

Rüstungsproduktion und Rüstungstransfers fördern die Gefahr eines Wettrüstens sowohl regional als auch global. Spannungen werden verstärkt. Jedes neue Waffensystem kann ein Baustein sein in der Zerstörung von Menschenleben und Umwelt bis hin zur Möglichkeit der vollständigen Auslöschung der gesamten Lebensgrundlage aller Menschen. Rüstungskontrolle ist ein Hebel, die Eskalation zu stoppen und gegenzusteuern, doch die zunehmende Aufkündigung von Abrüstungsverträgen und das Brechen von Regeln der Exportpolitik unterminieren die Bemühungen um Rüstungsbegrenzung nachhaltig.

Darüber hinaus nimmt die Proliferation von Rüstungs-Knowhow bedenklich zu. Auch die jeweiligen Gegner der Empfänger von Rüstungsexporten „profitieren“ für ihre eigene Produktion etwa durch erbeutete moderne Waffensysteme. So sorgen abgestürzte Drohnen regelmäßig dafür, dass ihre Technologie ihren Weg zu allen Kriegsparteien findet. Ein prominentes Beispiel dafür ist der Krieg im Syrien, in dem schlussendlich selbst ökonomisch eher schwache Bürgerkriegsfraktionen im Besitz von selbstgebauten Killerdrohnen waren. Generell verbleiben Waffen selten am gewünschten Ort, um dort zu den jeweils gewünschten Zielen eingesetzt zu werden. Auch lange nach Ende eines Konfliktes entfalten Waffen ihre tödliche Wirkung, durch die erwähnte Proliferation in andere Regionen, durch nichtexplodierte Sprengkörper aber auch durch den Verbleib außerhalb von militärischen Verbänden. So nutzt die organisierte Kriminalität hierzulande immer noch Waffen aus dem Jugoslawienkrieg.

Die Interessen der Rüstungsindustrie

Die Rüstungswirtschaft ist ein Sektor mit hoher Korruptionsgefahr. Das ist im Kern nicht verwunderlich, geht es doch um öffentliche Gelder in Milliardenhöhe und entsprechende private Gewinne. Auch wenn es nicht immer um illegale Machenschaften geht, so sind die hohen Summen, die im Spiel sind, Anreiz für eine intensive Lobbytätigkeit der Rüstungsindustrie bei den politischen Entscheidungsträger:innen. Diese starke politische Einflussnahme ist schlussendlich auch eine Gefahr für die Demokratie. Diese wächst weiter, je mehr Geld in diesen Bereich investiert wird.

Wer glaubt Deutschland wäre davor gefeit, der irrt. In der Vergangenheit wurden immer wieder Fälle bekannt[1], bei denen deutsche Unternehmen Rüstungsgeschäfte mit illegalen Mitteln auf den Weg gebracht haben. Zudem wurden nach Aussage des Rechnungshofes beim Bundesamt für Beschaffung aktuell in 450 Fällen die eigenen Regeln zur Korruptionsbekämpfung gebrochen. Bei noch mehr Rüstungsprogrammen und seit letztem Jahr gelockerten Regeln (Beschaffungsbeschleunigungsgesetz) wächst die Korruptionsgefahr deutlich. Je stärker die (Wirtschafts-)macht der Rüstungsindustrie wird umso stärker wird ihr politischer Einfluss und sie entwickelt sich entsprechend zu einem Problem für die Demokratie. Rüstungsgüter in Kriegsregionen zu liefern bringt auch einen unschätzbaren – wenn auch zynischen – Vorteil für die eigene Aufrüstung. Beim Einsatz von Waffensystemen werden deren Schwachstellen sichtbar. Dieses Wissen kann wiederum für die Optimierung der Systeme genutzt werden. Damit wird „battle tested“ (kampferprobt) zum verkaufsfördernden Argument. Diese Verkaufsförderung ist aus Sicht der Rüstungsindustrie und der Politik notwendig, da nur in der Mischung aus nationaler Nachfrage und Export die Stückzahlen zustande kommen, die Rüstungsproduktion erst rentabel machen.

Die politischen Interessen

Gerne wird in Talkrunden auf die Bedeutung der Rüstungswirtschaft und der damit verbundenen Arbeitsplätze und für die deutsche Wirtschaftsleistung verwiesen. Schon allein die Tatsache, dass Rüstungsexporte weniger als 1 Prozent der gesamten Exporte

ausmachen zeigt, dass hier nicht der wesentliche Motor für die fehlende Bereitschaft zum Stopp der Waffenausfuhren liegt. Eine Handreichung des Wirtschaftsministeriums fasst die außenpolitische Bedeutung der Rüstungsexporte gut zusammen: „Rüstungsexporte sind kein Mittel der Wirtschaftspolitik. Ob Rüstungsexporte genehmigt werden, hängt in jedem Einzelfall von außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen ab. Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen.“[2]

Rüstungsexporte ermöglichen politische Einflussnahme. Sie verschieben Kräftegleichgewichte in Regionen und sie schaffen Abhängigkeiten etwa indem die Empfängerländer auf das Knowhow des Ursprungslandes bezüglich der Wartung und der Lieferung von Ersatzteilen angewiesen sind. Auch Munitionslieferungen können bei laufenden Konflikten (siehe Ukraine) wesentliche Unterschiede machen, indem sie je nach Interesse entweder verweigert oder deutlich verstärkt werden. Die ökomischen Vorteile, die eine teils über Jahrzehnte bestehende technologische Abhängigkeit nach sich zieht, sind wirtschaftspolitisch selbstverständlich auch erwünscht – aber wie bereits erwähnt, nicht ausschlaggebend.

Es ist somit offenkundig, dass Rüstungsexporte bewusste machtpolitische Entscheidungen darstellen. Die regierungsnahe Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) fordert dazu auf, diese Form der Machtpolitik zukünftig noch systematischer zu betreiben und entsprechende regionale Strategien zu entwickeln: „Eine nach Sicherheitslage und -Interessen differenzierte Länder- und Regionalstrategie würde es erlauben, Rüstungsexporte explizit als Mittel politischer Einflussnahme in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik einzubetten. Sie wäre Grundlage für rüstungsexportpolitische Bewertungen und öffentliche Begründungen. Die Strategie müsste Risiken und Chancen abwägen.“[3]

Was die DGAP einfordert, gibt es jedoch längst. In Folge des Arabischen Frühlings entwickelte die damalige deutsche Regierung das sogenannte „Gestaltungsmächte-Konzept“. Mit diesem wurde begründet, warum trotz eklatanter Missachtung der Menschenrechte in den Empfängerländern (z.B. Algerien oder die Golfstaaten) verstärkt Rüstungsgüter exportiert wurden: „[Gestaltungsmächte sind Länder, die] im regionalen oder internationalen Vergleich eine hohe Wirtschaftskraft oder hohe wirtschaftliche Wachstumsraten aufweisen (...), einen starken Gestaltungswillen in verschiedenen Politikbereichen zum Ausdruck bringen und denen darüber hinaus durch ihre einflussreiche Rolle oder ihre innerstrukturellen Eigenschaften mittel- bis langfristig eine zentrale Bedeutung für die Gestaltung regionaler Prozesse (...) zukommt.“[4]

Infolge dieser Strategie nahm der Umfang der Rüstungsexporte nach Algerien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Saudi-Arabien ab 2011 deutlich zu. So wurden etwa nach Algerien im Zeitraum 2011 bis 2019 Rüstungsgüter im Wert von 6,3 Milliarden Euro geliefert. Auch in den zwei aktuellen Kriegsregionen Ukraine und Israel spielen deutsche Waffen eine wesentliche Rolle. Das führte zu Rekordhöhen bei den Exportgenehmigungen im Jahr 2023.

Im Jahr 2023 erteilte die Bundesregierung Einzelgenehmigungen für den Export von deutschen Rüstungsgütern im Wert von etwa 12,2 Milliarden Euro. Im Jahr

2022 waren es noch 8,33 Milliarden. Dieser Anstieg geht überwiegend auf die Exporte in die Ukraine zurück. Aber auch andere Regionen wurden mit deutschen Waffen bedacht. So stiegen die Rüstungsexporte nach Israel im Verhältnis zum Vorjahr auf das 10fache. Die meisten Genehmigungen wurden nach Ausbruch des Krieges gegen Gaza genehmigt. Es ist davon auszugehen, dass die an Israel gelieferte Munition für Maschinengewehre ebenso wie die Panzerabwehrwaffen auch in Gaza zum Einsatz kommen. Noch stärker als im Nahen Osten ist wohl der Einfluss der deutschen Rüstungslieferungen an die Ukraine, die von Kampfpanzern über Artillerie und Waffensysteme für den Luftkampf nahezu alles umfassen, was eine moderne Armee zum Einsatz bringen kann.
Einer der letzten offenen Punkte auf der Wunschliste sind die Taurus Marschflugkörper, bei deren Lieferung die Bundesregierung aus gutem Grund zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Artikels noch zögert. Die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern nach Südkorea hatte vor einigen Jahren bereits zu einer deutlichen Zunahme der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel geführt. Die koreanischen Medien bezeichneten das Waffensystem Taurus als „das am meisten gefürchtete Raketensystem der deutschen Streitkräfte“ (Daily Star). [5]Das liegt einerseits an der Reichweite von 500 Kilometern und der Fähigkeit zu sogenannten „Enthauptungsschlägen“ – also Angriffen auf die Kommandostrukturen der jeweiligen Gegner. Taurus kann so programmiert werden, dass zuerst mehrere meterdicke Bunkerdecken durchbrochen werden, bevor die eigentliche Sprengladung mit dem Namen „Mephisto“ das gewünschte Ziel zerstört. Ob dies der ukrainischen Armee tatsächlich den entscheidenden Durchbruch bringen würde, darf dennoch hinterfragt werden. Garantiert würde es aber die Spannungen und die Gefahr einer weiteren Eskalation signifikant vergrößern. Einmal abgesehen davon, dass so die Wahrscheinlichkeit für einen Verhandlungsfrieden noch weiter sinkt.

Ausblick

Die politische Entscheidung für eine militarisierte Zeitenwende bedeutet, dass die wesentlichen Menschheitsaufgaben nicht gelöst werden können. Zunehmend fehlen global die Finanzmittel zur Erreichung der „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (SDGs – sustainable development goals). Genauso fehlt das Geld zur erfolgreichen Bekämpfung der Klimakrise.
Verschärft wird dies durch die Tatsache, dass es keine ökologische Rüstungswirtschaft gibt. Wer Panzer, Kriegsflugzeuge und Kriegsschiffe baut, braucht dafür Stahl und andere wertvolle Rohstoffe.
Die Verfügbarkeit von Panzerstahl gibt es nicht ohne Hochöfen. Diese wiederum sind äußerst energieintensiv. Die Herstellung einer Tonne Rohstahl setzte etwa 1,7 Tonnen an CO2-Emissionen frei. Angesichts der Pläne von massiven Investitionen in die militärische Hardware wie Panzer, Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe wird die ohnehin schon hohe Umweltbelastung durch das Militär mittelfristig noch weiter steigen. Wenn hier nicht umgesteuert wird, dann reichen Energieeinsparungen in zivilen Sektoren nicht aus, um das Klima zu retten. In anderen Worten: Wir können entweder die Klimakatastrophe bekämpfen oder aufrüsten. Wer mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgibt, der hat das 1,5 Grad-Ziel aufgegeben.

Anmerkungen

1 Korruption bei deutschen Rüstungsexportgeschäften - Das Beispiel Griechenland, Vortrag von Otfried Nassauer bei der Veranstaltung „Wie geschmiert: Deutsche Rüstungsgeschäfte mit Griechenland und die Korruption“ Berlin, 30.6.2015.
2 Bundesministerium für Wirtschaft: Hintergründe und Aktuelles. Handreichung zum Rüstungsexport - Zwischenbericht 2014.
3 Dr. Claudia Major, Dr. Constanze Stelzenmüller, Dr. Christian Mölling, Aktionsplan Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Was Deutschland für Sicherheit, Verteidigung und Frieden tun muss, DGAP-Bericht, 20.9.2021.
4 Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen, www.auswaertiges-amt.de, 2012, S.5..
5 Zitiert nach Südkorea baut „Tötungs-Kette“ mit deutschen Taurus-Bomben, Die Welt, 11.8.2016.

Weg in die Kriegswirtschaft?

Deutsche Debatten über die Rolle der (Rüstungs-)Industrie

von Martin Kirsch

„Wir begeben uns in eine Kriegswirtschaft, was für viele von uns eine Veränderung bedeutet“, sagte Emmanuel Macron im Sommer 2022 auf der Rüstungsmesse Eurosatory. „eine Kriegswirtschaft, in der wir uns meiner Meinung nach auch auf Dauer werden einrichten müssen.“[1] Der französische Präsident war der erste, der das umstrittene Schlagwort öffentlich äußerte. Wenige Monate später griff Wolfgang Ischinger, ehemaliger Spitzendiplomat und Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, die Forderung nach einer Kriegswirtschaft auf. In einem Interview mit Bild sagte er, der Bedarf an Gerät und Munition für die Bundeswehr einerseits und für die ukrainische Armee andererseits seien so groß, dass die Wirtschaft das Militärische bevorzugen müsse.[2]
Ähnlich äußerte sich kurz darauf André Wüstner, der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, der größten Soldatenvertretung in Deutschland, in der ZDF-Talkshow Maybrit Illner im Januar 2023: „Ich will damit nicht sagen, dass Siemens statt Kühlschränke Munition produzieren muss, aber wir müssen jetzt beschleunigen mit Blick auf die Industrie.“ Und Manfred Weber, der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), bekräftigte die Forderung: „Wir brauchen – auch wenn der Begriff kein einfacher ist – eine Art Kriegswirtschaft in der EU, um Stabilität und Sicherheit gewährleisten zu können.“[3]

Kriegswirtschaft: Was ist das?

Was versteckt sich hinter der provokanten Wortwahl? Laut Gabler-Wirtschaftslexikon wird in einer Kriegswirtschaft „der Marktpreismechanismus bei ausgedehntem staatlichem Dirigismus größtenteils außer Kraft gesetzt“. Zwar werde das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht angetastet, aber in einer Kriegswirtschaft entscheide der Staat, was und wie viel produziert wird. Es handle sich um eine „zentrale Verwaltungswirtschaft“.[4] Ressourcen werden primär für die Streitkräfte eingesetzt, z.B. Arbeitskraft, Lebensmittel oder Mobilität. Für erwünschte Güter erlässt der Staat Preisgarantien, Patente werden aufgehoben, Ressourcen rationiert und bestimmten Unternehmen zugeteilt. Wenn kritische Rohstoffe fehlen, wird in befreundeten und neutralen Staaten beschafft, bis hin zur Beschlagnahmung und zahlreichen anderen Eingriffen. Historisch wurden neue industrielle Verfahren entwickelt, um kritische Rohstoffe zu ersetzen. Eine Kriegswirtschaft greift zu besonderen finanz- und fiskalpolitischen Maßnahmen. Um Rüstung und Kriegsführung zu bezahlen, werden oft hohe Schulden aufgenommen und Steuern und Abgaben erhöht. Andererseits werden staatliche Leistungen, die militärisch nicht relevant sind, gekürzt oder abgeschafft. Bei äußerster Knappheit wird Geld freiwillig oder unfreiwillig eingezogen: durch Spendensammlungen, wie zuletzt im Ukrainekrieg, oder durch Beschlagnahmung oder Enteignung bei vermeintlichen äußeren oder inneren Feinden.

Tendenzen unübersehbar

Die deutsche Wirtschaftsordnung hat mit einer so verstanden Kriegswirtschaft kaum etwas gemeinsam. Es gibt (bisher) keine Wehrpflicht, keine ökonomische Mobilisierung oder massive Staatsverschuldung, wenig staatliche Lenkung und so weiter. Allerdings sind Tendenzen erkennbar, die ermöglichen würden, die deutsche Wirtschaft künftig auf eine solche Kriegswirtschaft umzustellen.
Allgemein stehen neoliberale Prinzipien in der öffentlichen Kritik. Ab der Krisenkaskade seit Covid-19 wird die Abkehr vom Just-in-time-Prinzip gefordert, hin zu „Just in Case“, eine größere Lagerhaltung, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Für Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 und für den Klimaschutz hat die Bundesregierung neue Finanzierungsmöglichkeiten und Sondervermögen geschaffen.
Bei der aktuellen Debatte um die Kriegswirtschaft geht es primär um das Hochfahren der Rüstungsindustrie. „Eine schnelle Beschaffung setzt vorhandene industrielle Kapazitäten voraus – Kapazitäten, die man ska-

lieren kann“, sagte Bundesminister Boris Pistorius am 10. November 2023 auf der Bundeswehrtagung.[5] Die Produktion soll angekurbelt werden. Die EU hat der Ukraine im März 2023 eine Million Artilleriegranaten bis März 2024 versprochen und der Industrie entsprechende Abnahme- und Preisgarantien gemacht. Auch wenn dieses Versprechen nicht eingehalten werden konnte, weil die Industrie zu einem solch schnellen Hochfahren der Produktion nicht in der Lage war, ist allein das Versprechen und die Finanzierung bisher einzigartig in der Geschichte der EU.

In den sogenannten Rahmenverträgen der Bundeswehr werden auch künftige Produktionskapazitäten, die über den konkreten Bedarf hinausgehen, vertraglich vereinbart. Beispielsweise hat die Bundeswehr 18 neue Kampfpanzer vom Typ Leopard 2A8 geordert, um die an die Ukraine gelieferten Panzer zu ersetzen. Der Vertrag enthält Klauseln, denen zufolge die Bundeswehr zusätzlich bis zu 105 Stück abrufen kann, wobei Verbündete wie die Niederlande, Litauen und Tschechien eventuell überschüssige Panzer abnehmen sollen. Weiterhin hat sie 2.600 Panzerabwehrminen bestellt, weil diese Menge in die Ukraine geliefert wurde. Die Industrie soll allerdings Kapazitäten vorhalten, um bei Bedarf bis zu 10.000 weitere Minen liefern zu können.

An der im August 2022 von Deutschland organisierten Initiative European Sky Shield beteiligen sich 19 EU- bzw. NATO-Staaten. Deutschland, Estland, Lettland, Slowenien und Österreich kaufen in diesem Rahmen gemeinsam das Flugabwehrsystem IRIS-T SLM. Weitere haben Interesse bekundet. Deswegen wird das Konsortium unter Leitung von Diehl Defence seine Produktionskapazitäten verdoppeln.

Staatliche Eingriffe

Im Fall der Munitionsherstellung wird tatsächlich in die Produktion eingegriffen. Die Herstellung der Geschosse für den Gepard-Panzer hat Rheinmetall auf politischen Druck von einem Schweizer Tochterunternehmen ins Stammwerk in der Lüneburger Heide verlagert, weil die traditionell neutrale Schweiz sich gegen die Lieferung in die Ukraine sperrte.

Wichtiger noch ist, dass die staatliche Beteiligung an Rüstungskonzernen kontinuierlich zunimmt. Damit wachsen auch die Zugriffsmöglichkeiten auf die Branche. Beteiligungen an den Firmen Airbus, MBDA Deutschland und Jenoptik gibt es schon lange. 2021 kaufte sich der Bund bei Hensoldt ein und erwarb dort eine Sperrminorität.

Angestrebt wird eine solche Sperrminorität auch bei dem Unternehmen ESG, außerdem bei der Marinesparte von Thyssen-Krupp, die aus dem Konzern ausgliedert werden soll. 2022 kaufte der Bund die Warnowwerft bei Rostock. Darüber hinaus fordert Kriegsminister Pistorius ein generelles Vorkaufsrecht für die Bundeswehr bei deutschen Rüstungskonzernen, wie es beispielsweise in den USA bereits seit längerem gehandhabt wird. Auch in der Bundesregierung wird laut hierüber nachgedacht: „Scholz will die Produktionskapazitäten der deutschen Rüstungsindustrie ausweiten. […] Die Bundesregierung will das Problem nun lösen, indem sie der Industrie langfristige Abnahmegarantien gibt. Eine Möglichkeit hierzu wären Bestellungen mit anderen EU-Partnern. Die Rüstungskonzerne sollen zusätzlich Geräte und Geschosse künftig auch auf Vorrat produzieren dürfen, damit sie im Ernstfall

sofort verfügbar sind. Diese Pläne setzen jedoch eine Abkehr von der restriktiven Rüstungspolitik voraus. Ohne Gesetzesänderungen wird es nicht gehen, heißt es in der Bundesregierung.“[6]

Doch es geht nicht nur um militärisches Gerät im engeren Sinne. Unübersehbar soll auch die deutsche Energie- und Industriepolitik militär- und geostrategisch ausgerichtet werden. Deutschland soll unabhängiger werden von der Einfuhr strategisch wichtiger Rohstoffe, z.B. von Lithium. Das prominenteste Beispiel für das Streben nach „strategischer Autonomie“ ist die Mikroelektronik. Bei Magdeburg (IBM), Dresden (TSMC) und in Ensdorf im Saarland (Wolfspeed) sind neue Chipfabriken geplant, die zu einem erheblichen Teil mit Staatsgeldern finanziert werden sollen.

Ein weiteres, weniger bekanntes Beispiel ist Panzerstahl. Schon vor längerem sind die letzten Kapazitäten nach Schweden abgewandert. Welche Auswirkungen das Verfassungsgerichtsurteil zu Schattenhaushalten allerdings auf die notwendigen Subventionen für die Wirtschaftlichkeit der Chip- und Panzerstahlproduktion in Deutschland haben wird, ist aktuell noch immer offen.

Fazit

Kurz, die gegenwärtige Mobilisierung betrifft nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die deutsche Rüstungsindustrie und die weitere Industrie- und Wirtschaftspolitik. Deutschland soll kriegstüchtig werden. Protagonisten der Kriegswirtschaftsdebatte wie Wolfgang Ischinger ruderten später übrigens etwas zurück. „Ich wollte provozieren“, sagte er im März 2023 in der ARD-Talkshow „Maischberger“. „Jedenfalls ist eins klar, selbst wenn man den Begriff nicht benutzen möchte – aus historischen Gründen: Wir brauchen ein organisiertes und von staatlicher Seite vorgegebenes Hochfahren der Rüstungsindustrie.“[7]

Ben Tallis von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) findet diese Provokation eher kontraproduktiv, zumindest verfrüht: Zu einer Kriegswirtschaft gehörten „eine hochgradige Kontrolle sowie eine staatliche Lenkung der Wirtschaft“ und „vermutlich Rationierungen in verschiedenen Bereichen“, sagte er. „Dieses Signal ist die gegenwärtige Generation westeuropäischer Politiker meiner Überzeugung nach nicht bereit (an die Bevölkerung) zu senden.“[8] Hoffen wir, dass es dabei bleibt.

Anmerkungen

1 Vie-publique.fr: Déclaration de M. Emmanuel Macron, président de la République, sur les industries d‘armement française et européenne, à Villepinte le 13 juin 2022.
2 Bild.de: Knallhart-Forderung von Wolfgang Ischinger. Deutschland braucht die „Kriegswirtschaft“! 21.11.2022.
3 Merkur.de: Mehr Panzer, mehr Munition: CSU-Vize mahnt „Kriegswirtschaft“ an – spielt die Ampel mit? 26.1.2023.
4 Wirtschaftslexikon.gabler.de: Kriegswirtschaft, o.D.
5 Youtube.de: Bundeswehrtagung 2023: Rede von Boris Pistorius, 10.11.2023.
6 Matthias Gebauer/Marina Kormbaki: Mangelware Munition: Scholz lädt nach, Der Spiegel 6/2024.
7 Bild.de: Ampel-Abrechnung bei „Maischberger“. 16.3.2023.
8 DW.com: Muss Europa auf Kriegswirtschaft umstellen? 3.6.2023.

Europäische Rüstungsfinanzierung

Mit EDIS und EDIP in die Kriegswirtschaft?

von Jürgen Wagner

Neuerdings hantiert sogar Industriekommissar Thierry Breton genüsslich mit dem Begriff einer europäischen Kriegswirtschaft herum. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob die zahlreichen in jüngster Zeit neu aufgelegten Programme und Instrumente tatsächlich eine neue Qualität darstellen, die eine solche Beschreibung rechtfertigen.

Runde I: EVF und EFF

Dass EU-Haushaltsgelder überhaupt für Rüstungszwecke verwendet werden, ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Schließlich verbietet Artikel 41 (2) des EU-Vertrages für Maßnahmen der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP), „Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ aus dem EU-Haushalt zu bestreiten (siehe z.B. AUSDRUCK Februar 2019).
Schon seit vielen Jahren wurde dieses Verbot zumindest teilweise unterlaufen, etwa über die Finanzierung militärrelevanter Sicherheitsforschung oder die Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe.[1] Der endgültige Schritt über den Rubikon war aber die Einrichtung des „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF). Dabei handelt es sich um einen für die Jahre 2021 bis 2027 mit zunächst rund 8 Mrd. Euro befüllten Topf, mit dem die Erforschung und Entwicklung länderübergreifender Rüstungsprojekte aus dem EU-Haushalt finanziert werden kann. Im Februar 2024 wurde das EVF-Budget noch einmal um 1,5 Mrd. Euro aufgestockt. Trotz erheblicher rechtlicher Vorbehalte und einer bis heute beim Bundesverfassungsgericht herumliegenden Klage der früheren Linksfraktion wähnt sich die Kommission juristisch auf der sicheren Seite. Sie greift dabei auf den Trick zurück, den EVF (und fast alle später beschlossenen Fonds) als Maßnahmen der Industriepolitik zu erklären, wodurch sie nicht unter das Verbot von Artikel 41(2) fallen würden.[2] Ein zweiter Topf, der vor allem in jüngster Zeit immer weiter an Bedeutung gewann, ist die „Europäische Friedensfazilität“ (EFF). Sie dient der Finanzierung von EU-Militäreinsätzen und der Aufrüstung befreundeter Akteure, wofür ursprünglich 5,7 Mrd. Euro zwischen 2021 und 2027 vorgesehen waren. Die EFF wurde bewusst als haushaltsexternes Finanzinstrument konzipiert, wodurch sie nicht Teil des EU-Haushalts ist. Stattdessen wird sie separat mit Geldern der Einzelstaaten befüllt, weshalb auch sie nach Auffassung der Kommission nicht von Artikel 41(2) des EU-Vertrages betroffen ist (siehe AUSDRUCK Juni 2021). Seit dem russischen Angriff entwickelte sich die EFF schnell zum zentralen europäischen Finanzierungsinstrument für Waffenlieferungen an die Ukraine, weshalb immer wieder Gelder nachgeschossen werden mussten. Zuletzt wurde der Betrag im Juni 2023 auf rund 12 Mrd. Euro angehoben. Im Raum steht zudem die Forderung des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell, bis 2027 über die Friedensfazilität weitere 20 Mrd. Euro für Waffen an die Ukraine zu mobilisieren.[3]

Runde II: ASAP und EDIRPA

Im Juli 2023 trat dann als Teil des EU-Munitionsplans die „Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Förderung der Munitionsproduktion“ (engl. ASAP) in Kraft. Mit insgesamt 1 Mrd. Euro, 500 Mio. aus dem EU-Haushalt und ebensoviel von den Mitgliedsstaaten, sollen Maßnahmen wie die „Optimierung, Modernisierung, Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder die Schaffung neuer Produktionskapazitäten in diesem Bereich [Munitionsproduktion] sowie die Schulung von Personal“ unterstützt werden. Zeitlich ist das als Mittel der Industriepolitik deklarierte Instrument bis Ende 2025 befristet, finanziell geht es noch um relativ überschaubare Beträge und das Ganze ist bislang auch auf die Munitionsproduktion beschränkt. Aber dennoch greift die EU damit direkt als Akteurin in den Rüstungsproduktionsprozess ein, weshalb Industriekommissar Thierry Breton zu Pro-

tokoll gab: „[Der Munitionsplan ist] beispiellos [und] zielt darauf ab, mit EU-Geldern den Ausbau unserer Verteidigungsindustrie für die Ukraine und für unsere eigene Sicherheit direkt zu unterstützen […]. Um die Ukraine kurzfristig zu unterstützen, müssen wir weiterhin aus unseren Beständen liefern. Aber wir müssen auch die derzeitige Produktion neu priorisieren und sie vorrangig in die Ukraine leiten. […] Aber wenn es um die Verteidigung geht, muss unsere Industrie jetzt in den Kriegswirtschaftsmodus wechseln.“[4]

Als vierter zentraler Rüstungstopf existiert schließlich seit Oktober 2023 das „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung“ (engl. EDIRPA). Mit EDIRPA wird es nun erstmals möglich, länderübergreifende Rüstungsbeschaffungsmaßnahmen mit insgesamt 300 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt zu bezuschussen (zwischenzeitlich waren deutlich größere Beträge im Spiel). Wie schon EVF und ASAP tarnt die Kommission auch EDIRPA als industriepolitische Maßnahme, obwohl auch hier der Ausbau militärischer Kapazitäten klar im Vordergrund steht. Auch wenn es hier ebenfalls erst einmal um vergleichsweise überschaubare Beträge mit einer Befristung bis Ende 2025 geht, gelang damit ein weiterer Türöffner, wie Michael Gahler (CDU), der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europaparlament, betont: „Die heutige Abstimmung markiert einen historischen Moment für die EU-Verteidigung und schafft das erste EU-Instrument für die gemeinsame Beschaffung durch die Mitgliedstaaten. […] Angesichts einer historischen Krise kann EDIRPA jedoch nur ein Ausgangspunkt für eine weitaus ehrgeizigere gemeinsame Verteidigungsagenda sein.“[5]

Runde III: EDIS und EDIP

Trotz ihres bahnbrechenden Charakters sind ASAP und EDIRPA wegen ihrer diversen Beschränkungen noch nicht der ganz große Wurf. Aus diesem Grund wollte die EU-Kommission ursprünglich schon im November 2023 sowohl eine Strategie für die Verteidigungsindustrie (engl. EDIS) und ein Verteidigungsinvestitionsprogramm (engl. EDIP) vorlegen, mit denen die EU-Länder künftig „Fähigkeiten gemeinsam industrialisieren, erwerben und sogar betreiben“ können sollen, so Industriekommissar Thierry Breton.[6] Insgesamt hält sich die Kommission mit Informationen über beide Vorhaben bedeckt (zuletzt war von einem Veröffentlichungstermin nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe die Rede). Über EDIS sollen aber wohl vor allem die Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie „verbessert“ werden: „Das Problem, das wir haben, ist, dass wir jetzt unsere Produktionskapazitäten erhöhen müssen, vielleicht mit einem Paradigmenwechsel in der Verteidigungsindustrie“, so Breton. „Wir müssen in der Lage sein, zu intervenieren, um sicherzustellen, dass wir den Herstellern helfen, die Produktion zu steigern, auch wenn sie die Verträge noch nicht haben – wir sind bereit, einen Teil des Risikos zu übernehmen. […] Manchmal muss man wissen, wie man es anstellen muss, um die Kapazitäten der Industrie zu erhöhen, damit sie immer in der Lage ist, den Bedarf zu decken, indem man das Wirtschaftsmodell der Industrie ändert, auch in Bezug auf Rentabilität und Risikobereitschaft.“[7] Geplant sind zum Beispiel eine Erfassung vorhandener Produktionsfähigkeiten, das permanente Vorhalten zusätzlicher Produktionskapazitäten sowie bei Lieferengpässen kri-

tischer Rohstoffe eine Art Vorfahrt für die militärische vor der zivilen Nutzung kritischer Materialien.[8] Außerdem wird in einem EDIS-Vorbereitungspapier der Kommission unter anderem auch über Maßnahmen folgender Art nachgedacht: „Weitere Beispiele sind Lagerbestände an Wartungs- und Reparaturmaterial, kritischen Ersatzteilen, Munition, Reserven, flexiblen Produktionskapazitäten sowie die Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung spezifischer industrieller Kapazitäten.“[9]

Die Idee für ein EDIP tauchte bereits relativ früh in einer Kommissionsmitteilung im Mai 2022 auf. Im Kern steht seither die Idee, dass sich mehrere Mitgliedsstaaten zum Konsortium für Verteidigungsfähigkeiten (engl. EDCC) zur gemeinsamen Beschaffung von Rüstungsgütern zusammenschließen. Die dabei erworbenen Waffen sollen sowohl aus dem EU-Haushalt bezuschusst als auch von der Mehrwertsteuer befreit werden: „[EDCC] beschaffen gemeinsam Verteidigungsfähigkeiten zur Nutzung durch die beteiligten Mitgliedstaaten, die in der EU in Zusammenarbeit entwickelt werden und für eine Mehrwertsteuerbefreiung infrage kommen. […] Die Mehrwertsteuerbefreiung würde auch für den Betrieb, die Wartung und die Stilllegung gelten, die während des gesamten Lebenszyklus von Verteidigungsgütern mit erheblichen Kosten verbunden sind.“[10] Die Hoffnung der Kommission ist es augenscheinlich, damit eine neue Sprosse auf der Militarisierungsleiter zu erklimmen: „Die EDIP-Verordnung könnte als Dreh- und Angelpunkt für künftige gemeinsame Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte von hohem gemeinsamen Interesse […] dienen, insbesondere bei Projekten, die kein Mitgliedstaat allein entwickeln oder beschaffen könnte.“[11]

Der eigentliche Clou an EDIP ist die vorgesehene Mehrwertsteuerbefreiung, da es bei der direkten Bezuschussung zunächst einmal um relativ überschaubare Beträge geht – die Rede ist von 1,5 Mrd. bis maximal 3 Mrd. Euro in den nächsten zwei bis drei Jahren. Doch die Erfahrung lehrt, dass es dabei nicht bleiben wird.

Runde IV: EU-Rüstungstopf?

Unklar ist, in welcher Giftküche der Vorschlag für einen umfassenden EU-Rüstungstopf maßgeblich zusammengekocht wurde. Schon im Sommer letzten Jahres wurde aber zum Beispiel im Flaggschiff des deutschen außenpolitischen Establishments, der „Internationalen Politik“, Folgendes gefordert: „Höhere Verteidigungsausgaben, gemeinsame Waffenlieferungen für die Ukraine, neue EU-Rüstungsinitiativen und ein klares, gemeinsames Bekenntnis zur Bündnis- und Landesverteidigung: Die Europäer haben ihre Verteidigungszusammenarbeit seit dem Beginn von Russlands Angriffskrieg zwar deutlich vertieft – doch für eine wirkliche Verteidigungswende bedarf es mehr. […] Die Schaffung eines schuldenfinanzierten EU-Sondervermögens nach dem Vorbild des Corona-Wiederaufbaufonds mag derzeit ebenfalls unrealistisch erscheinen. Dies könnte aber im Zuge der Diskussionen rund um den nächsten EU-Haushalt erneut in Erwägung gezogen werden. Die US-Präsidentschaftswahlen 2024 könnten den nötigen Anstoß geben.“[12] Ende November 2023 wurde dann berichtet, diese Idee werde inzwischen in Brüssel eifrig diskutiert: „Europa hat die Möglichkeit eines Trump-Comebacks lange verdrängt, doch inzwischen lässt sich das Risiko nicht länger leugnen. Hinter

verschlossenen Türen wird in Brüssel deshalb diskutiert, einen neuen Milliardenfonds aufzulegen – nach dem Vorbild des Corona-Wiederaufbauplans ‚Next Generation EU'. Der entscheidende Unterschied: Dieses Mal sollen die Mittel nicht in Klimaschutzmaßnahmen, sondern in die Aufrüstung fließen." Mittlerweile wird die Idee auch von höchsten Stellen unterstützt, besondere Beachtung fand dabei die am 9. Januar 2024 erfolgte Äußerung von Industriekommissar Thierry Breton, die er im Zusammenhang mit der geplanten Vorstellung von EDIS und EDIP tätigte – sogar ein genaues Preisschild lieferte er gleich mit: „Um sicherzustellen, dass die gesamte Industrie mehr und mehr zusammenarbeitet, brauchen wir Anreize […]. Ich glaube, dass wir einen riesigen Verteidigungsfonds brauchen, um zu helfen, ja sogar zu beschleunigen. Wahrscheinlich in der Größenordnung von 100 Milliarden Euro […]. Nehmen wir an, Sie arbeiten zusammen, so wie wir es beim Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) getan haben – vier Länder, verschiedene Unternehmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen –, dann können wir Ihnen helfen, das, was Sie tun werden, im Voraus zu unterstützen."[13] Es sei allerdings dann an der nächsten EU-Kommission, die spätestens wohl Anfang 2025 die Arbeit aufnehmen wird, diesen Fonds konkret auf die Schiene zu setzen, so das Handelsblatt, ebenfalls Breton zitierend: „Zunächst will er Ende Februar ein neues Subventionsprogramm, das European Investment Defence Program (EDIP), vorschlagen. In der kommenden Legislaturperiode nach der Europawahl im Juni solle die neue Kommission dann größer denken und den 100-Milliarden-Fonds angehen. […] Der 100-Milliarden-Fonds sei keine Entscheidung für die nächsten drei Monate, aber sie müsse ‚frühzeitig' in der nächsten Legislaturperiode fallen. Das Geld solle dann für fünf Jahre reichen. ‚Verteidigung wird ein großes Thema für die nächste Kommission'."[14]

Geschlossener Rüstungskreislauf

Unklar ist, wie die EU-Staaten auf die Kommissionsvorschläge reagieren werden – so legen sie eine gewisse Skepsis an den Tag, sich allzu sehr in ihre nationale Rüstungswirtschaft hineinregieren zu lassen. Offensichtlich ist man aber auf EU-Ebene dabei, einen geschlossenen Rüstungskreislauf zu etablieren, der von der Forschung und Entwicklung (EVF) über die Produktion (ASAP/EDIS), die Beschaffung (EDIRPA/EDIP) bis hin zum Export (EFF) geht. Das alles mag noch nicht ganz einer Kriegswirtschaft entsprechen – es ist aber allemal der treffendere Begriff als der der einstigen „Zivilmacht Europa", von der so gut wie nichts mehr übrig ist.

Anmerkungen

1 Wagner, Jürgen: EUropas ertüchtigende Entwicklungshilfe. Militärische Kontrollstrategie auf Kosten der Armutsbekämpfung, Informationen zu Politik und Gesellschaft, Nr. 14, November 2017.
2 Linke will Subsidiaritätsklage gegen Verteidigungsfonds, Heute im Bundestag 411/2021.
3 Borrell will Waffenhilfe für die Ukraine um 20 Milliarden erhöhen, FAZ, 19.7.2023.
4 EU-Kommission will Munitionsherstellung ankurbeln, euractiv.com, 3.5.2023.
5 Europäisches Parlament: Stärkung der EU-Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung, Pressemitteilung, 12.9.2023.
6 Pugnet, Aurélie: EU-Strategie zur Produktion von Verteidigungsgütern laut Breton „auf Kurs", euractiv.com, 11.10.2023.
7 Pugnet, Aurélie: Thierry Breton: EU bei Rüstungsproduktion „bereit, Risiken einzugehen", euractiv.com, 11.1.2024.
8 Jehin, Olivier: [Décryptage] Les premières pistes de la future stratégie industrielle de défense s'esquissent. Une consultation au pas de charge, Bruxelles2, 18.12.2023.
9 Pugnet, Aurélie: EU-Kommission will Binnenmarkt für Verteidigungsindustrie besser nutzbar machen, euractiv.com, 6.12.2023.
10 Kommissionsmitteilung, Analyse der Defizite bei den Verteidigungsinvestitionen und die nächsten Schritte, JOIN(2022) 24, 18.5.2022.
11 Ebd.
12 Koenig, Nicole / Schütte, Leonard: Verteidigungswende jetzt! Internationale Politik, 28.8.2023.
13 Greive, Martin u.a.: Handelsblatt, 27.11.2023.
14 Pugnet, Aurélie EU-Verteidigungsindustrie: Breton schlägt 100-Milliarden-Euro-Fonds vor, euractiv.com, 10.1.2024.
15 Volkery, Carsten: Warum Thierry Breton 100 Milliarden Euro für Europas Verteidigung will, Handelsblatt, 12.1.2024.

Humanitär, feministisch und queer

Progressive Rahmung von Krieg und Militäreinsätzen

von Jacqueline Andres

„Denn es begann – wie immer – mit einer Lüge.
Der Lüge von verteidigten Menschenrechten und gebohrten Brunnen.
Der Lüge vom Antiimperialismus und der verteidigten Freiheit.
Der Lüge vom großen Abenteuer und dem sauberen Krieg für die gute Sache.
Der Lüge von Ruhm und Ehre und geretteten Leben.
Der Lüge es gäbe keine andere Wahl."
- *PunkNotWar*

Kriege brauchen ihre Legitimation, ihre Rechtfertigung und ihren Mythos – sie brauchen eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung. Abgesehen vom aktuellen Einsatz des US-Militärs im Roten Meer, der unter dem Namen „Wächter des Wohlstands" läuft, zeigen die Namen der Militäreinsätze und ihre legitimierenden Narrative, ihre progressive Rahmung[1] selten die dahinterliegenden geopolitischen und wirtschaftlichen Ziele. „Organisierte politische Gewalt"[2] bzw. Kriege brauchen einen in der Gesellschaft und in den internationalen Beziehungen verankerten Militarismus. Dieser besteht laut Chris Rossdale als „soziales System von Werten und Praktiken, die sich hinter den Einsatz von militärischen Ansätzen stellen."[3] Werte können für die Legitimierung von Krieg instrumentalisiert werden. Die „progressive Rahmung" von Militäreinsätzen fand bereits zu Zeiten des Kolonialismus im 19. Jahrhundert statt – durch die zivilisatorischen und fortschrittlichen „Werte". Heutzutage funktioniert die Kriegslegitimation u.a. durch das Narrativ, unvermeidbare Militäreinsätze können humanitär, feministisch und queer sein.[4]

Humanitär

In den 1990'er Jahre wurde der Humanitarismus, laut Killian McCormack und Emily Gilbert, ein legitimer Weg zum Einsatz von Militär. Beispielhaft zitierten sie Madleine Albrigt, als die damalige US-Staatssekretärin nach dem Ende des Kalten Krieges im Jahr 1993 den damals amitierenden Generalstabschef Colin Powell fragte: „Was nutzt uns dieses großartige Militär, von dem Sie immer reden, wenn wir es nicht einsetzen können?" Damals zögerte Colin Powell hinsichtlich der Luftschläge gegen Bosnien im Jahr 1993 mit dem Argument, es fehle ein klares politisches Ziel. Vermeintlich zwingende moralische Erfordernis füllte die Leerstelle von konkreten politischen Zielen und machte eine rechtliche Rahmung überflüssig. In den 1990ern etablierte sich auch das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect; R2P), ein Konzept, dass die Verantwortung des Wohlergehens einer Bevölkerung von der eigenen Regierung auf die internationale Gemeinschaft überträgt, sollte diese den Schutz selbst nicht gewährleistet können. Doch obwohl diese humanitären Interventionen „im Namen von Humanität und Menschlichkeit geführt werden, werden paradoxerweise Zivilisten getötet, um sie zu retten".[5]
Abgesehen von einer moralischen und humanitären Begründung eines Militäreinsatzes, der schützen soll, kann sich die Bezeichnung „humanitär" auch auf die Form des Krieges und des Tötens beziehen. So zum Beispiel verklärt die Darstellung der militärischen Besatzung als „humanitären Alternative zum Krieg"[6] ihre Natur der „organisierten politischen Gewalt". Dies ist Fall bezüglich der seit 2007 andauernden völkerrechtswidrigen Belagerung von Gaza: „Tatsächlich wird die Gewalt gerade durch einen Prozess der wirtschaftlichen ‚De-Entwicklung' aufrechterhalten, indem die Infrastruktur ins Visier genommen wird, aber auch durch die Einschränkung des Zugangs zu Land und damit zu den Lebensgrundlagen sowie zu Nahrung, Wasser, Bildung und Gesundheitsversorgung, was an sich schon humanitäre Verstöße darstellen."[7] Die humanitäre Art des Tötens bestimmt sich auch durch die eingesetzten Kampftechnologien. So argumentiert Talal Asad, „dass einige Formen des Tötens legitimiert sind – z. B. Drohnenangriffe – während andere als unmenschlich angesehen werden, z. B. ‚mit einer Machete zu Tode gehackt zu werden'."[8] Gregoire Cha-

mayou beschreibt die Kriegsführung mit Drohnen, die ihre Pilot*innen schützen, als „humilitarian“ – humanitär und militaristisch zugleich und erklärt: „[Die Drohne] ist eine Macht, die sowohl tötet, als auch rettet, verwundet und heilt, und sie erfüllt diese beiden Aufgaben in einer einzigen Geste, auf integrierte Weise“.[9] Laut McCormack und Gilbert zählen auch sogenannte nicht-lethale Waffen, die aber oftmals lethal sind, als weitere Beispiele für „humanitäre Waffen“. Die progressive oder auch moralische Rahmung von Krieg, macht ihn unausweichlich. McCormack und Gilbert zitieren hierzu den ugandischen Politikwissenschaftler und Philosophen Mahmood Mamdani, der treffend sagte, der Krieg gegen den Terror „war moralisch legitimiert und rechtlich unreguliert“.

Feministisch

Die Rahmung eines Militäreinsatzes als feministisch oder als der Emanziptaion der Frau dienlich, reicht bereits ebenfalls in die Kolonialzeit zurück. Gayatri Chakravorty Spivak, Mitbegründerin der Postkolonialen Theorie, formulierte schon in Hinsicht auf den Kolonialismus im 19. Jahrhundert den pointierten Satz, „weiße Männer retten braune Frauen vor braunen Männern“. Dies zeigte sich in den Entschleierungskampagnen der französischen Kolonialmacht in Algerien, die u.a. dazu dienten, die brutale Kolonialherrschaft als Vorantreiber der Emanzipation der algerischen Frauen zu betrachten. Der Afghanistankrieg begann 2001 mit der US-geführten Operation Enduring Freedom (Beständige Freiheit), an der sich auch Deutschland beteiligte, die offiziell auch zur Befreiung der afghanischen Frauen von der Herrschaft der Taliban beitragen sollte. Auch in den Leitlinien für feministische Außenpolitik des Auswärtigen Amtes findet eine Definition von Feminismus statt, die nicht in Widerspruch zum Militarismus steht, sondern diesen legitimiert. Deutlich wird dies in der Formulierung: „Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigt, dass im Angesicht brutaler Gewalt Menschenleben auch mit militärischen Mitteln geschützt werden müssen. Deshalb ist feministische Außenpolitik nicht gleichbedeutend mit Pazifismus. Sie ist der humanitären Tradition verpflichtet, aus der sich klassische Friedenspolitik und Rüstungskontrolle speisen. Dabei erkennt sie außenpolitische Realitäten an und stellt sich den daraus erwachsenden Dilemmata“.[10] Das Dilemma speist sich aus dem Anspruch, eine friedliche Welt anzustreben, doch gleichzeitig durch die politischen Realitäten zu militärischen Ansätzen gezwungen zu sein. Auch in Bezug auf den Krieg gegen Gaza sprach Außenministerin Annalena Baerbock von einem „Dilemma“: „Das ist ein unglaubliches Dilemma, weil die Hamas ganz bewusst die Zivilbevölkerung in Gaza als Teil ihres perfiden terroristischen Ziels, nämlich Israels Sicherheit zu zerstören, einsetzt. Das heißt, das unglaubliche Dilemma, das wir seit Wochen erleben, bedeutet, dass Israel sich verteidigen muss, um seine Bevölkerung vor den terroristischen Raketenangriffen zu schützen.“[11] Ein Dilemma, aus dem es für Baerbock keinen friedlichen Ausweg gibt und keine Forderung nach einem Waffenstillstand erlaubt, auch nicht, nachdem Südafrika Israel des Völkermords vor dem Internationalen Gerichtshof anklagte und dieser die Anklage als plausibel akzeptierte. Dabei ist die Lage besonders für Frauen und Mädchen katastrophal: „Israels nahezu

totale Belagerung und wahllose Bombardierung des Gazastreifens haben bereits Zehntausende palästinensischer Frauen und Kinder getötet, verstümmelt und unter den Trümmern verschwinden lassen. Viele weitere wurden vertrieben und müssen den strengen Winter ohne angemessene Unterkunft und Versorgung überleben. Der fast vollständige Zusammenbruch des Gesundheitssystems in Verbindung mit dem Mangel an Nahrungsmitteln und sauberem Wasser bedeutet, dass etwa 45.000 schwangere Frauen und 68.000 stillende Mütter in Gaza der Gefahr von Anämie, Blutungen und Tod ausgesetzt sind.“[12] Der Krieg wirkt sich auch auf das Leben von Frauen in der Westbank und selbst in Israel aus – es gibt Berichte über sexualisierte Gewalt in Hotels, wo Bewohner*innen der evakuierten israelischen Gemeinden untergebracht sind[13] und die drastisch gestiegene Zahl an Waffenscheinen bereitet Frauen in Israel Sorgen davor, dass diese in den eigenen vier Wänden gegen sie eingesetzt werden könnten.[14]
Ob die zuständigen Politiker*innen nun moralisch widerwillig oder ideologisch euphorisch für den Krieg stimmen, dürfte bei den Opfern des Krieges wenig Unterschied machen. Wie die Politikwissenschaftlerin und Aktivistin Françoise Vergès hervorhebt: „Die Staatsoberhäupter haben sich ein „weiches“ feministisches und humanistisches Patriarchat zu eigen gemacht, das in scharfen Kontrast zu einem vulgären, rassistischen, homophoben und transphoben Patriarchat steht, das sich damit brüstet, Frauen ‚bei der Muschi zu packen‘ und staatliche Institutionen zu verachten. Und doch verfolgen beide dieselbe neoliberale Politik, beide verteidigen die extraktivistische Wirtschaft, beide halten an der großen Erzählung des Westens vom unendlichen Fortschritt fest, von der wir wissen, dass sie historisch auf der Ausbeutung der Menschen und Ressourcen des Globalen Südens beruht.“[15]

Queer

Sowohl im Falle der Ukraine als auch Israels erfolgt eine Legitimierung der jeweiligen Kriege durch die Behauptung, diese sicherten die Rechte von queeren Menschen, die Freiheit und die Moderne. Die Instrumentalisierung der Rechte der LBTIQ-Community für eigene Interessen nennt sich Pinkwashing; damit stellen sich Staaten – und immer wieder auch ihr Militär und Rüstungsunternehmen – als fortschrittlich, modern, demokratisch und liberal dar. So schlossen sich z.B. Kämpfer*innen in der Ukraine in dem Einhornbattaillion zusammen, um in der Ukraine gegen Russland zu kämpfen. Sie begründen ihren Einsatz mit dem Willen, die Rechte der queeren Community vor Russland schützen zu wollen. Lenny Emson, Direktor von Kiev Pride, sagte bei der Sydney World Pride Conference im Jahr 2022, um die Unterstützung in der queeren Community zu vergrößern: „gegen Russland zu kämpfen heißt, gegen Homophobie und Transphobie zu kämpfen“.[16] Auch in der Bundeswehr, einem Ort an dem die Diskriminierung von queeren Soldat*innen vergleichsweise größer ist, als auf dem gängigen Arbeitsmarkt,17 findet Pinkwashing statt. Bei der Verabschiedung von Anastasia Biefang, der ersten Transgender-Kommandeurin in der Bundeswehr, aus der Storkower Kurmark-Kaserne, fuhr sie auf der Ladefläche eines Militärfahrzeugs stehend durch die Kaserne. Beide Seiten des Fahrzeuges schmückten ein buntes Einhorn. Biefang ist auch im Vorstand des QueerBw eV., der als Verein zur Interessensvertretung von queeren Soldat*innen dient. Doch auch dieser Verein legitimiert u.a. den Krieg gegen Russland: So setzte der Verein seinen Truck beim Colognepride im Jahr 2023 „ganz ins Zeichen der Ukraine“ und schließt seinen Beitrag dazu auf der eigenen Homepage mit „Slava ukraini!“[18] Weiter erklärt der Verein: „Die Ukraine gilt als Symbol für die Öffnung Osteuropas für den Westen, die Einführung eines modernen und fortschrittlichen Werteverständnis [sic] und letztlich die Freiheit und die Demokratie. Diese Werte versucht Russland anzugreifen. Seit beginn [sic] des Krieges kämpfen auch Queers in der Ukraine, um ihre Heimat und die Grundwerte unserer modernen Welt zu verteidigen.“[19] Die „moderne“ Welt und die Rechte von Queers behaupten auch die Israel Defense Forces (IDF) in Gaza zu verteidigen. Auf dem X-Account (zuvor twitter) @israel, dem offiziellen Account des Staates Israel gemanaged durch das Digital Diplomacy Team des Foreign Affairs Ministry, erschien am 13. November 2023 ein Bild eines IDF-Soldaten mit Regenbogenfahne in den Ruinen Gazas. Auf der Fahne stand auf Arabisch und Englisch „Im Namen der Liebe“. Beschrieben mit den Worten „Yoav Atzmoni, ein Mitglied der LGBTQ+-Gemeinschaft, wollte den Menschen in Gaza, die unter der Brutalität der Hamas leben, eine Botschaft der Hoffnung senden. Seine Absicht war es, die erste Pride-Flagge in Gaza als Aufruf zu Frieden und Freiheit zu hissen.“[20] Dabei ist es eine reine Behauptung, dass dies zum ersten Mal passiere – implizit wird damit gesagt, dass es unmöglich bereits Palästinerser*innen getan haben könnten.
Der israelische Collonel Jair Lapid der Oppositionspartei Jesch Atid äußerte sich in einem Interview mit Die Welt Unverständnis für Queers for Palestine, die auf der Demonstration „Free Palestine will not be cancelled“ am 4. November 2023 in Berlin mitliefen: „Warum gibt es keine Transperson in Gaza? Warum gibt es keine offenen Schwulen in Gaza? Sie werden dort ermordet, es ist eine Terrororganisation. Wenn wir sie nicht besiegen, werden sie auch auf Euch losgehen, sie werden nach Deutschland losziehen.“[21] Die

Organisation alQaws for Sexual & Gender Diversity in Palestinian Society analysiert ausführlich die Auswirkungen von Pinkwashing auf die palästinensische queere Community: „Wenn die Verteidiger*innen Israels über queere Palästinenser*innen sprechen, dann nur um ein Bild der individuellen Viktimisierung zu zeichnen, dass die Binarität zwischen palästinensischer Rückständigkeit und israelischer Fortschrittlichkeit darstellt. Diese Darstellungen suggerieren, dass die palästinensische Gesellschaft an pathologischer Homophobie leidet und dass abweichenden Stimmen in dieser Gesellschaft nicht lange überleben könnten. Pinkwashing sagt queeren Palästinenser*innen, dass persönliche (und niemals kollektive) Befreiung nur möglich ist, indem sie aus ihren Gesellschaften fliehen und in die Arme ihrer Kolonisator*innen laufen.“[22] Tatsächlich verschärft die israelische Besatzung die Marginalisierung von queeren Palästtinenser*innen, da einzelne u.a. durch ein angedrohtes Outing zur Kollaboration mit israelischen Nachrichtendiensten gedrängt werden und weil sie den Druck verinnerlichen ohne einen emanzipatorischen Ausweg zu sehen: „Stattdessen zwingt das Pinkwashing queere Palästinenser dazu, ihre Erfahrungen und ihren Schmerz durch die Linse der Opferrolle und Machtlosigkeit zu interpretieren, was zur allgemeinen Entmachtung und Unterdrückung aller Palästinenser unter kolonialer Herrschaft beiträgt.“ Dabei besteht in Queerness das Potenzial einer „Praxis des Widerstands“: „Queer im Sinne einer Unterbrechung der Gewalt der normativen Ordnung, und zwar auf kraftvolle Weise“.[23] Auch die Haltung von alQaws ist hier ähnlich: „Queere Befreiung ist ein politischer Ansatz zu Sexualität und Geschlecht, der in der Ablehnung von Heteronormativität und Patriarchat wurzelt, welches die Grundlage jedes Unterdrückungssystems ist – einschließlich des israelischen Siedlerkolonialismus.“[24] Umso schädlicher stellt sich das Pinkwashing zum Verschleiern von Unterdrückungssystemen und von Kriegen raus, denn die normative Ordnung sollte aufgebrochen werden, um Unterdrückungssysteme – Kapitalismus, Patriarchat und Militarismus – abzuschaffen, nicht um sie mit progressiven Werten und Rahmungen zu legitimieren.

Anmerkungen

1 Killian McCormack und Emiliy Gilbert: The geopolitics of militarism and humanitarianism, in: Progress in Human Geography, Vol. 46 (1), 2022, S.179-197.
2 Ebd.
3 Ebd.
4 Es gibt auch das greenwashing, durch das den Militärapparten eine schützende Rolle hinsichtlich der Umwelt und Nachhaltigkeit zugeschrieben wird. So erhalten Truppenstandorte z.B. Biodiversität. Dabei schaden die durch das Militär verursachte Umweltschäden und CO2-Emissionen dem Klima und der Umwelt erheblich.
5 Killian McCormack und Emiliy Gilbert: The geopolitics of militarism and humanitarianism, in: Progress in Human Geography, Vol. 46 (1), 2022.
6 Ebd.
7 Ebd.
8 Ebd.
9 Ebd.
10 Auswärtiges Amt: Feministische Außenpolitik gestalten. Leitlinien des Auswärtigen Amtes, auswaertiges-amt.de, 1.3.2024.
11 Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, zum G7-Außenministertreffen in Tokio am 8. November 2023 in Tokio, bundesregierung.de, 11.11.2024.
12 Maryam Aldossari: For feminists, silence on Gaza is no longer an option, aljazeera.com, 4.1.2024.
13 Displaced women, children endure sexual violence inside evacuee hotels, timesofisrael.com, 6.2.2024.
14 Women in abusive homes fear for their safety as war leads to relaxed gun licensing, timesofisrael.com, 3.11.2023.
15 Françoise Vergès: A Feminist Theory of Violence: A Decolonial Perspective, Pluto Press, 2022, S. 25.
16 ‘The first target’: Why Ukraine’s ‘unicorn battalion’ is taking the fight to Putin, smh.com.au, 4.3.2023.
17 Julian Daum: Diskriminierung in Bundeswehr. Keine bunte Truppe, tagesschau.de, 14.3.2023.
18 Queers in der Ukraine, queerbw.de, 2023.
19 Ebd.
20 https://twitter.com/Israel/status/1723971340825186754, 13.11.2023.
21 „Wenn wir diesen Krieg nicht gewinnen, dann werden sie auch auf euch losgehen“, welt.de, 6.11.2023.
22 alQaws: Beyond Propaganda: Pinkwashing as colonial violence, alqaws.org, 18.10.2020.
23 Omise‘eke Natasha Tinsley; Black Atlantic, Queer Atlantic: Queer Imaginings of the Middle Passage. GLQ 1 June 2008; 14 (2-3): 191–215, in: Sahar Mandour: From Diaspora to Nationalism via Colonialism: The Jewish “Memory” Whitened, Israelized, Pinkwashed, and De-Queered, Vol. 1 No. 1 | Summer 2015, kohljournal.press.
24 alQaws: Queer Liberation & Palestine, alqaws.org, 26.5.2021.

Patriotismus und Ökonomie

Bayern macht die Militarisierung zum Gesetz

von Andreas Seifert

Mit einem „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr“ versucht Bayern die Speerspitze der Militarisierung in Deutschland zu werden. Der Versuch weist auf etwas hin, was bei allen Debatten um Aufrüstung, Material und Bündnisse ins Abseits zu gleiten droht: die gesellschaftliche Dimension der Zeitenwende, die allumfassende Mobilmachung. Der projektierte Entwurf verhüllt die handfesten ökonomischen Interessen Bayerns nur kaum, hebelt Mitspracherechte aus und nimmt „Bedrohungen“ zum Anlass, in einen Dauerkrisenmodus zu schalten, der demokratische Prozesse obsolet macht.

Zugespitzter Kontext

Der bayerische Vorstoß steht nicht alleine da: In Baden-Württemberg gab es bereits eine von der CDU-Fraktion in Spiel gebrachte Initiative.[1] Vor allem greift das Gesetz die aktuellen, positiven medialen Debatten um Wehrpflicht und Waffenproduktion auf. Dazu zwei Schlaglichter.

Schon kurz nach Beginn des Ukrainekrieges haben sich diverse prominente Ex-Kriegsdienstverweigerer medial in Stellung bringen lassen, um einen Kampfeswillen vorzutragen, den sie (zu ihrem Glück) altersmäßig selbst nicht mehr erfüllen können. In diesem Zusammenhang wird inzwischen doch recht unverhohlen für eine neue Wehrpflicht plädiert: Sebastian Fischer (45 – puh! – gerade noch aus der Wehrpflicht geschafft[2]) weist etwa in seinem Leitartikel[3] im Spiegel zurecht darauf hin, dass die Wehrpflicht nie abgeschafft, sondern nur ausgesetzt worden ist und dass sich heute z.B. mit dem „schwedischen Modell“ eine gerechtere „Freiwilligkeit“ beim Einzug umsetzen lässt, als dies im Kalten Krieg möglich war. Seine Idee eines „softeren“ Zwangs zur Rekrutierung würde Männer wie Frauen („die Willigen und Fitten gehen zur Armee“) gleichermaßen ansprechen, aber letztlich nur Männer treffen, wenn die Zielvorgabe nicht erreicht wird. Er kann in der Wehrpflicht auch per se keine Militarisierung der Gesellschaft erkennen, vielmehr eine notwendige Integration des Militärischen in der Gesellschaft. Wieder einmal muss der „Staatsbürger in Uniform“ für einen intellektuellen Klimmzug herhalten, Kanonenfutter als „demokratisch“ zu legitimieren und wieder einmal übersieht ein eifriger Kriegsbefürworter dem Militärischen innewohnende Mechanismen von Befehl und Gehorsam, von Sterben und Töten.[4]

In einem Beitrag für die Neue Züricher Zeitung (NZZ) konstatiert der Journalist Marco Seliger, der vor Kurzem auch noch Pressesprecher des Waffenherstellers Heckler&Koch war, dass sich im Augenblick zeige, dass „Deutschland auch mittelfristig weder verteidigungsfähig noch die führende europäische Militärmacht sein kann.“[5] Er argumentiert, dass es (offensichtliche und auch noch provinzielle) Partikularinteressen sind, die verhindern, dass dringend benötigte Granaten in Deutschland produziert werden (siehe auch den Beitrag zu Troidsorf, DynITEC und Diehl in diesem Heft). Er verschweigt aber auch nicht, dass es vornehmlich das zögerliche Bestellsystem des Bundes ist, das die Industrie, aus Angst um ihre satten Gewinne, die für zu viele Investitionen draufgehen könnten, davon abhält, tatsächlich Kapazitäten zu bilden. Er schließt mit der Frage „wie viel Marktwirtschaft ist in dieser Zeit noch akzeptabel oder wie viel Planwirtschaft ist nötig, um die Produktionskapazitäten hochzufahren?“

Per Gesetz auf den Krieg verpflichtet

Mit dem Gesetz, das nun bereits das bayerische Kabinett passierte[6], nimmt die Regierung Söder die grassierende Kriegsstimmung auf und bricht sie auf den Freistaat herunter. Auch hier ist der Ukraine-Krieg Ausgangspunkt der Überlegungen und wie in der Zeitenwende überhaupt, muss eine starke Bundeswehr WIEDERerstehen, die Landes- und Bündnisfähigkeit WIEDERhergestellt werden. Dazu, so findet das Kabinett, muss es zu Änderungen in vielen Bereichen staatlichen Handelns kommen, darf die Zeitenwende nicht

auf Aufrüstung beschränkt bleiben. Ganz explizit wird hierzu z.B. auch die Planungssicherheit für die Verteidigungsindustrie genannt, die mit einem dauerhaften Hochsetzen des Bundeswehretats erreicht werden soll. Mehr Geld für Rüstung ist dabei durchaus auch bayerischer Eigennutz, schließlich ist das Bundesland Standort vieler Rüstungsunternehmen.

Das neue Gesetz zielt auf fünf Bereiche, in denen der Freistaat ein Potential sieht, die Bundeswehr zu fördern und ihr zu helfen, ihren Verteidigungs- und Bündnisverpflichtungen nachzukommen.[7]

Keine Zivilklauseln: Zuvorderst wird die Technologie und Wissenschaft angesprochen, wo man mit einer gezielten Förderung der Entwicklung von KI, Robotik, Drohnen und Cyberwaffen Deutschland helfen will, den Anschluss in moderner Kriegstechnologie zu halten. Hier könnte man schon kritisch fragen, wie die deutsche Bevölkerung durch die Entwicklung digitaler Angriffswaffen geschützt wird, doch der Punkt erschöpft sich nicht in möglichen Investitionen. Vielmehr geht es der Regierung darum, die Hochschulen und Wissenschaftler dazu zu verpflichten, Kooperationen mit der Bundeswehr (bzw. mit der Rüstungsindustrie) anzustreben – dem Willen der Regierung folgend, ist der einzelne Wissenschaftler im Zweifel verpflichtet, seine Ergebnisse der militärischen Verwendung zuzuführen. Konsequenterweise soll es auch künftig keine Zivilklauseln an bayerischen Hochschulen geben. Zivilklauseln wurden vorher mit dem Argument abgelehnt, dass sie einen Eingriff in die im Grundgesetz verbriefte Wissenschaftsfreiheit darstellen – umgekehrt kann das Kabinett in ihrer Vorgabe einer Verpflichtung auf den Krieg eine solche wohl nicht erkennen.

Eduard Meusel, Sprecher der Fachgruppe Hochschulen und Forschung in der GEW Bayern, kritisiert dies scharf: „Seit Jahrzehnten setzen wir uns in Bayern und bundesweit für Zivilklauseln ein, die Rüstungsforschung an Universitäten unterbinden. Forschende tragen Verantwortung dafür, dass Wissenschaft dem Wohle aller Menschen dient. Ein Zwang zur Militärforschung ist ein Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft sowie auf das Friedensgebot im Grundgesetz.“[8]

Dass man mit einem solchen Schritt zu Ländern wie der Volksrepublik China aufschließt, die man gerade wegen der Nähe von Partei, Hochschule und Militär kritisiert und am liebsten vom wissenschaftlichen Austausch ausschließen möchte, scheint in München keine große Rolle zu spielen. Wissenschaftler*innen in anderen Bundesländern sollte man auffordern, zu prüfen, ob ihre Kooperation mit einer bayerischen Hochschule dazu führen kann, dass sie in die Produktion und Bereitstellung von Wissen und Technologie für den Kriegseinsatz verwickelt werden.

Schule & Rekrutierung: Der zweite vom Kabinett genannte Punkt zielt darauf ab, die Bundeswehr wieder „sichtbarer“ zu machen. Vor allem die Schulen und die Berufsfindung hat man hier im Blick: „Im Bereich der politischen Bildung sollen alle staatlichen Schulen mit den Jugendoffizieren sowie den ‚Blaulichtorganisationen‘ zusammenarbeiten. Zudem sollen sie bei Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung ihre Ausbildungs-, Berufs- und Dienstmöglichkeiten vorstellen dürfen.“ Die Erweiterung der politischen Bildung um die Präsenz von Feuerwehrleuten und Polizeibeamten ist dabei tatsächlich interessant, aber wohl nicht zu Ende gedacht – Polizei, ziviler Katastrophen- und Bevölkerungsschutz spielen jedenfalls im Folgenden keine Rolle mehr.

Dass es bei all dem letztlich um Rekrutierung geht, wird nicht verschwiegen. Die unvermeidliche Vermischung politischer Bildung mit der Rekrutierung in der Person der Jugendoffiziere wird wie immer ignoriert. Statt konsequent für politische Bildung zu Sicherheits- und Friedenspolitik auch auf Institutionen außerhalb der Bundeswehr zu setzen, will man explizit den Soldaten, die Soldatin vor der Klasse stehen sehen. Das Lippenbekenntnis, man setze eine glasklare Trennung von Bildung und Rekrutierung voraus, vermag den Wunsch einer militärischen Repräsentation von Sicherheitspolitik im Unterricht nicht zu kaschieren. Hier kann man gespannt sein, welche Formulierung im Gesetz zu finden sein wird, die den Bereich der politischen Bildung von der Nachwuchswerbung glaubwürdig trennt. Erwartbar ist vielleicht, dass Lehrpläne angepasst werden müssen, um den Jugendoffizieren auch Platz einzuräumen. Die bereits erwähnte GEW-Presseerklärung erinnert an die Einhaltung des Beutelsbacher Konsens und verwahrt sich gegen das Diktat, Jugendoffiziere zwangsweise miteinzubeziehen. Darin wird unter anderem Oliver Danner, Sozialpädagoge und Sprecher der Jungen GEW Bayern, zitiert: „Gerade durch Maßnahmen wie eine Kooperationspflicht, den von oben aufoktroyierten Zugang bestimmter Berufsgruppen zu Bildungseinrichtungen, sehen wir die Meinungsbildung junger Menschen und elementare Grundlagen der politischen Bildung, beispielsweise ausformuliert im ‚Beutelsbacher Konsens‘, in Gefahr. Politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren.“[9]

Omnipräsentes Militär: Nach dem Willen des Kabinetts soll sich drittens die Landesplanung das Stichwort „Verteidigung“ stärker zu eigen machen, um die militärische Infrastruktur zu stärken. Diese begreift man als Voraussetzung zukünftiger Standortentscheidungen. Bayern als „Drehscheibe im Herzen des europäischen Kontinents“ für die Landes- und Bündnisverteidigung der NATO. Diese Offenheit, Flächen

und Ressourcen geradezu selbstlos der europäischen Sicherheit zu opfern, kommt ein wenig überraschend – schließlich kennt man das weder vom Ausbau der Windenergie (zur Absicherung des Strombedarfs deutscher Haushalte) noch von der Kernenergie, die man zwar fördern will, aber deren Müll nicht „end-lagern“. Das „Mit-Denken“ militärischer Anforderungen in der Landesplanung wurde auch schon von der CDU in Baden-Württemberg gefordert[10], wo man ein wenig stärker erläutert bekommt, was darunter eigentlich zu verstehen ist. Hier geht es letztlich darum, dass in der Priorisierung und Ausgestaltung von Infrastrukturmaßnahmen, z.B. Brücken- oder Straßenbau, Energieversorgung etc. militärische Anforderungen mitgedacht werden. Ob dies letztlich so weit geht, auch militärische Stellen direkt oder im Dialog in diese Planung mit einzubeziehen, ist nicht ausgeschlossen.

Genehmigungsfreies Bauen: Militärische Infrastruktur, so auch der vierte Punkt, soll in Bayern zukünftig schneller hergestellt werden als anderswo. Dies erreicht man, indem man bürokratische Hürden beim militärischen Bauen reduziert. So sollen Bauvorhaben auf bestehenden militärischen Geländen komplett ohne Genehmigungen auskommen können, örtliche Bauvorschriften nicht zum Zuge kommen. Das soll nicht nur die Geschwindigkeit der Bauvorhaben erhöhen, sondern auch deren Kosten senken und zuletzt auch die bayerische Baubehörde entlasten. Und: Es soll nach Möglichkeit mehr Geld nach Bayern fließen, denn schließlich gäbe es da einen Investitionsstau. Umweltschutz, Artenschutz, Arbeitsschutz, Lärmbelästigung, Energiegesetz – alles keine Kriterien mehr? Ein Freibrief fürs Militär, die Landschaft so zu benutzen, wie es ihm gefällt.

Erinnerungskultur: Zuletzt soll auch der Denkmalschutz konsequent geschliffen werden, damit die Bundeswehr flexibel mit ihren Gebäuden verfahren kann. Oder, um aus dem Vorhaben zu zitieren: „Der Gesetzentwurf schafft die Grundlage für ein kooperatives Zusammenwirken von Militär und Denkmalschutz, in dem die militärische Nutzbarkeit Vorrang erhält.“ Die „Kooperation“, die in diesem Satz angelegt ist, ist keine, es ist die Aufhebung der Notwendigkeit einer solchen: Die Denkmalämter werden angehalten, alles zu streichen, was sich in der Hand der Bundeswehr befindet.

Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass es der bayerischen Regierung nicht darum geht, die Bundeswehr zu stärken oder ein „Signal der Unterstützung an die Soldatinnen und Soldaten“ zu senden, sondern vor allem darum, den Zugang zu Bundesmitteln abzusichern – es sind die bayerischen Partikularinteressen die hier federführend sind. Für den Ausbau der bayerischen Kriegswirtschaft müssen hehre Gedanken von Verteidigung und Bevölkerungsschutz herhalten und es werden Grundrechte und Verfahren abgebaut, die es zivilen Stellen erlauben, den Rahmen des Militärischen in der Gesellschaft zu begrenzen.

Anmerkungen

1 Andreas Seifert, „Aufrüstung im Inneren“, in: Ausdruck 3/2023, S. 59-60.
2 Laut Gesetz gilt die Wehrpflicht für alle Männer zwischen dem 18. und dem vollendeten 45. Lebensjahr – im Spannungs- und Verteidigungsfall endet sie mit dem 60. Lebensjahr.
3 Sebastian Fischer, „Zurück zum Bürger in Uniform“, Spiegel Online 26.1.2024.
4 Siehe den Beitrag „Von Söldnern zu Wehrdienstleistenden“, in: Ausdruck, 3/2020, S. 24-27.
5 Marco Seliger, „Nein zu Munitionsfabriken in der Provinz: Deutschland ist unfähig zur Zeitenwende“, NZZ, 4.12.2023.
6 Bayerische Staatsregierung, Pressmitteilung: Bericht aus der Kabinettssitzung vom 23. Januar 2023.
7 Grundlage ist hier die Veröffentlichung der Staatskanzlei.
8 Presserklärung der GEW Bayern: Gerade jetzt Zivilklausel und Friedensbildung statt Kooperationspflicht, GEW-Bayern, 26.1.2024.
9 Ebenda.
10 Andreas Seifert, „Aufrüstung im Inneren“, in: Ausdruck 3/2023, S. 59-60.

Operationsplan Deutschland

Polizei, THW, Feuerwehr, Kommunen und Unternehmen im Kriegsmodus

von Alexander Kleiß

„Wir sind zwar nicht im Krieg, wir sind aber auch schon lange nicht mehr im Frieden“, ließ der Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, Generalleutnant André Bodemann, im Oktober 2023 auf dem YouTube-Kanal der Bundeswehr verlauten.[1] Deutschland werde jeden Tag in Form von Cyberangriffen, Desinformation, Ausspähung und durch Sabotageakte angegriffen und bedroht. Er begründet diese fragwürdige Analyse mit Verweis auf eine Sabotage bei der Deutschen Bahn im Oktober 2022 und die Sabotage der Nordstream-Pipelines. Deutschland müsse sich auf einen Krieg gegen Russland vorbereiten, da dieser in hybrider Form bereits begonnen habe. Dass die Verantwortung für die Sabotage der Nordstream-Pipelines bis heute gänzlich ungeklärt ist, spielt für ihn offenbar kaum eine Rolle. Auch die vermeintliche Sabotage der Deutschen Bahn stellte sich bereits Monate vorher – im Juli 2023 – als das Werk von Kupferdieben heraus.[2] Dennoch zieht die Bundeswehr ihre eigenen Schlüsse daraus: „Um sich genau diesen Herausforderungen in Frieden, Krise, aber auch letztendlich im Krieg, zu widmen und zu wappnen, dafür erarbeiten wir […] derzeit den Operationsplan Deutschland“, so Bodemann weiter.[3] Der genaue Inhalt dieses Dokuments ist streng geheim. Dennoch lässt sich bereits in groben Zügen erkennen, was der geheime Operationsplan beinhalten wird. Der Plan soll genaue Ausführungsabläufe für den Krisen- oder Kriegsfall beinhalten[4] und lässt sich grob in zwei Teile untergliedern:

1. Deutsche Gesamtverteidigung:
Hier sollen neben der Bundeswehr u.a. auch die Polizeien (von Bund und Ländern), die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), die Feuerwehren, die Länder und Kommunen sowie mutmaßlich auch Geheimdienste beteiligt sein. Die Verantwortung hierfür soll laut dem zuständigen Generalleutnant Bodemann beim Bundesinnenministerium liegen. Die Bundeswehr sei für den militärischen Anteil der Gesamtverteidigung zuständig und fordert dafür ggf. zivile Unterstützung an. Ziel sei es, gemeinsam und koordiniert gegen Fake-News, Desinformation, Cyberangriffe, Ausspähung und Sabotage vorzugehen.[5] Mehrere zentrale Akteure denken hier laut über eine Abschwächung oder Umgehung der föderalen Bundesstruktur der BRD nach, um militärisch effektiver vorgehen zu können.[6] Der Föderalismus wurde nach dem Nationalsozialismus eingeführt, um zu verhindern, dass einzelne staatliche Strukturen (z.B. das Militär) zu viel Macht auf sich zentrieren.

2. NATO-Komponente:
In diesem Bereich geht es um die Sicherstellung des Aufmarsches der NATO-Streitkräfte über Deutschland in Richtung Russland. Im Militärjargon wird diese Aufgabe „Host Nation Support“ (Unterstützung durch die Gastgebernation) genannt. Die Bundeswehr betont bereits seit mehreren Jahren die zentrale Rolle Deutschlands als militärische „Drehscheibe“ für die Verlegung von NATO-Truppen nach Osteuropa. Konkret beinhaltet der Host Nation Support die Sicherung der Verlegungsrouten sowie die Betankung, Versorgung und Unterbringung verbündeter Streitkräfte. Dafür soll die Bundeswehr auch mit Privatunternehmen zusammenarbeiten.[7]

Fließende Übergänge

Die Übergänge zwischen beiden Bereichen sind teilweise fließend. Manche Aufgaben wie z.B. die Bekämpfung von Ausspähung, Sabotage und Cyberangriffen betreffen im Grunde beide Bereiche. Geplant ist auch die Stationierung von Soldat*innen an allen wichtigen Straßen, Häfen, Bahnhöfen und sonstiger kritischer Infrastruktur, z.B. im Bereich der Energieversorgung. Auch hier werden bereits Kontakte zu den betreffenden Unternehmen geknüpft. Generalleutnant Bodemann erklärte außerdem, dass das Territoriale Führungskommando derzeit am Aufbau einer neuen Operationszentrale arbeitet, die für die zivil-militärische Komponente der Landes- und Bündnisverteidigung zuständig sein soll. Eine ähnliche Einrichtung gibt es bereits für den Bereich der Amts- und Katastrophenhilfe.[8] Wo die

neue Zentrale angesiedelt sein wird, ist bislang noch unklar, ebenso mögliche Überschneidungen mit dem Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm, das für die schnelle Verlegung von Truppen innerhalb des gesamten NATO-Gebiets zuständig ist. Weitere Maßnahmen, die mit dem Operationsplan Deutschland in Verbindung gebracht werden, sind die Einführung eines Freiwilligendienstes für Bürger*innen und die vermehrte Einrichtung von Schutzräumen.[9]

Zeitplan

Das Territoriale Führungskommando der Bundeswehr richtete am 25. Januar 2024 das Symposium „Deutschland.Gemeinsam.Verteidigen“ zum Operationsplan Deutschland in Berlin aus. An der Veranstaltung nahmen 300 Vertreter*innen von Landesregierungen, Sicherheitsbehörden, Bevölkerungsschutzbehörden und Wirtschaft teil.[10] Die Anregungen aus dem Symposium sollen nun in den Operationsplan übernommen werden. Im März soll die erste Fassung des Dokuments fertig sein. Anschließend soll es laufend aktualisiert und angepasst werden.

Fazit: Krisenzustand?!

Beunruhigend ist, dass im Zusammenhang mit dem Operationsplan Deutschland immer wieder die Rede von einem (bereits eingetretenen) Krisenzustand zwischen Krieg und Frieden ist, der von hybrider Kriegsführung geprägt sei.[11] Inwiefern der Operationsplan auch in diesem Fall greifen soll, bleibt intransparent. Im Bericht der Bundeswehr über das Symposium heißt es z.B., „hybriden Bedrohungen könne wirksam nur gemeinsam begegnet werden – gegebenenfalls bereits vor Eintritt eines Spannungs- oder Verteidigungsfalls.“[12] Der sächsische Innenminister Armin Schuster betont, der Grundsatz „Der Krieg gehört dem Bund, der Frieden den Ländern“ sei überholt. Inwiefern die Bundeswehr Grundgesetzänderungen hinsichtlich der föderalen Struktur oder der rechtlichen Verankerung eines Spannungs- oder Krisenfalls (unterhalb der Stufe des Spannungs- und Konfliktfalls) anstrebt, bleibt zu beobachten.

Ein Ziel des Operationsplans scheint es auch zu sein, die alarmistischen Bedrohungsanalysen der Bundeswehr in andere staatliche Institutionen und den Rest der Gesellschaft zu tragen. Oberstleutnant i.G. Marcel Bohnert formulierte das zum Ende des Symposiums so: „Sie werden als Multiplikatoren fungieren und dazu beitragen, dass sich das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein für die gewandelte sicherheitspolitische Realität weiter erhöht.“[13] Etwas klarer äußert sich dazu die Ministerialdirigentin des Bundesinnenministeriums Jessica Däbritz: „Deutschland muss unverkrampfter etwa über Krieg sprechen.“[14] Völlig unverkrampft werden im Rahmen des Operationsplans Deutschland verfassungsrechtliche Grundsätze und Lehren aus der NS-Zeit wie die föderale Struktur der BRD oder das Trennungsgebot zwischen Militär, Polizei und Geheimdiensten kritisiert und deren Aufweichung gefordert.

Anmerkungen

1 YouTube.de: Nachgefragt: Das Kommando zum Schutz Deutschlands / Bundeswehr. 27.10.2023.
2 Tagesschau.de: Michael Götschenberg, Holger Schmidt: Bahnchaos im Oktober. Keine Sabotage, sondern Gier. 28.7.2023.
3 YouTube.de, siehe Endnote 1
4 Ebd.
5 Ebd. .
6 Deutscher Bundeswehrverband: Katja Gersemann: Bundeswehr stellt Grundzüge des Operationsplans Deutschland vor. 30.1.2024; Spiegel.de: Vernetzung mit Sicherheitsbehörden Bundeswehr stellt »Operationsplan Deutschland« vor. 25.1.2024.
7 Ebd.; YouTube.de: Furcht vor Russland: Operationsplan! Boris Pistorius will Deutschland kriegstüchtig machen. 27.1.2024.
8 Ebd.
9 Ebd.
10 Bundeswehr.de: Michael Wils-Kudiabor: Symposium: Deutschland.Gemeinsam.Verteidigen. 26.1.2024.
11 YouTube.de, siehe Endnote 1
12 Bundeswehr.de: Symposium: Deutschland.Gemeinsam. Verteidigen. 26.1.2024.
13 Deutscher Bundeswehrverband: 30.1.2024.
14 Deutscher Feuerwehrverband: TFK-Symposium zum Operationsplan Deutschland. 26.1.2024.

Waffenproduktion statt Wohnungsbau?

Konflikt um Rüstungsproduktion- Diehl Defence und Pistorius ausgebremst

von Hans-Achim Brand

Das Handelsblatt vom 1. Dezember 2023 titelte: „Provinzposse gefährdet Granatenlieferung“.[1] Die Rheinische Post fordert: „Stoppt Putins nützliche Idioten in NRW“.[2] Was ist passiert? Am 28. November beschließt der Rat der Stadt Troisdorf auf Antrag der GRÜNEN mit den Stimmen der CDU und der LINKEN gegen die Stimmen der SPD und FDP, das Vorkaufsrecht auf ein circa 55 Hektar großes Betriebsgelände des ehemaligen Rüstungsunternehmens Dynamit Nobel auszuüben. Nach § 25 Baugesetzbuch kann eine Gemeinde zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung ein besonderes Vorkaufsrecht geltend machen. Bürgermeister Alexander Biber (CDU) erklärt, dass er verpflichtet sei, langfristig zu denken und „Schaden von den Bürgern dieser Stadt abzuwenden“[3]. Derartige Produktionsanlagen auf einem Areal mitten im Wohngebiet mit Kindergarten, Krankenhaus, Altenheim und an einer ICE-Trasse seien auf Dauer nicht mehr zeitgemäß. Für die Baugenehmigung des angrenzenden Kindergartens und des nahen Altenheims mussten schon die dort lagernden Sprengstoffmengen reduziert werden.

Konfliktpunkt ist die Erweiterung der Produktion von Zündern für Munition durch das Unternehmen DynITec in der Innenstadt von Troisdorf, auf dem früheren Gelände von Dynamit Nobel. Der Stifter des Nobelpreises, Alfred Nobel, hatte das Unternehmen 1865 gegründet. 2004 wurde die Dynamit Nobel AG in einzelne Firmen zerschlagen und an verschiedene Unternehmen weiterverkauft. Dem Namen nach übrig geblieben sind u.a. die Dynamit Nobel GmbH Explosivstoff- und Systemtechnik (DNES) in Leverkusen, die Dynamit Nobel Defence (DND, heute im Besitz des israelischen Rüstungsunternehmens Rafael) in Burbach bei Siegen und eben die Firma DynITEC in Troisdorf. DynITEC ist ein Joint-Venture zwischen dem Diehl-Konzern, einer seiner Töchter, dem Uhrenhersteller Junghans und Rheinmetall. Junghans Defence verarbeitet die aus Troisdorf bezogenen Explosivstoffe und Detonatoren zu Zündern und Zündköpfen für Handgranaten, Artilleriegeschosse, Mörsermunition, Schulterwaffen, Bomben oder Flugkörper.

Der Beschluss des Stadtrates führt zu höchster Erregung in der Politik. Kriegsminister Boris Pistorius ist entsetzt und telefoniert mit NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst. Der zuständige Bereichsvorstand von Diehl Defence, Thomas Bodenmüller erklärt dem Handelsblatt „Es gebe weder einen alternativen Standort, noch einen anderen Hersteller“ und „somit ist durch die Infragestellung des Standorts Troisdorf letztendlich auch die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt.“[4] Ende Dezember wird der Troisdorfer Bürgermeister in die Düsseldorfer Staatskanzlei einbestellt um Helmut Rauch, dem Vorstandsvorsitzenden von Diehl Defence, Rede und Antwort zu stehen. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages stellt im Parlament eine Anfrage und konstatiert anschließend in der Sendung „Hart aber Fair“: „Es geht nicht um Troisdorf, es geht nicht mal um Deutschland, es geht um Europa, es geht um die Ukraine, es geht um uns alle, um das bloße Überleben.“[5]

Die Gewerkschaft IG Chemie und der Betriebsrat „setzen sich dafür ein, Diehl Defence den Kauf des Grundstückes zu ermöglichen und so den Produktionsstandort zu erhalten.“[6] Die Gewerkschaft mobilisiert zur Sitzung des Stadtrats gut 50 Mitarbeiter, um gegen den Beschluss zu protestieren: Arbeitsplätze, nicht nur in Troisdorf, stünden vor dem Aus. Hersteller von Verteidigungstechnik seien ohne DynITEC „nicht produktionsfähig“, heißt es.[7]

Durch Umstellung auf Schichtbetrieb und Nutzung bisher leerstehender Gebäude soll angeblich die Zahl der Arbeitsplätze von 120 auf bis zu 400 verdreifacht werden. Sven Schlesiger, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtrat wendet sich direkt an die zuhörenden Beschäftigten: „Lassen Sie sich keine Angst machen“, angesichts des Fachkräftemangels fänden sie im Zweifelsfall schnell auch andere Arbeit.[8] Hingegen stellt sich die SPD Troisdorf an die Seite der IG Chemie

und des Rüstungskonzerns Diehl Defense: „Wir tragen der geopolitischen Lage durch die Produktion wichtiger Komponenten für Bundeswehr und NATO Rechnung.“[9] Der ehemalige SPD Bundestagsabgeordnete Uwe Göllner aus Troisdorf ergänzt: „Munition wird in Troisdorf seit 125 Jahren produziert. Zu Zeiten von Monarchie und Diktatur war das keine Diskussion wert.“[10]

Dynitec GmbH in Troisdorf produziert Zünd- und Anzündmittel für das Militär, Explosivstoffe und elektronische Zündsysteme. Bei der Herstellung von Sprengmitteln können chemische Stoffe wie Hydrazinhydrat zum Einsatz kommen. Hydrazinhydrat ist laut Gefahrstoffverordnung ein akut toxischer, ätzender, entzündbarer, wassergefährdender Stoff. Er gehört zu der Gruppe der krebserregenden, erbgutverändernden und die Fortpflanzung beeinträchtigenden Substanzen. Lungen- und Nierenschädigungen sowie Leberentzündungen sind typische Krankheitssymptome. Bereits in den 1970er Jahren wurde Dynamit Nobel in Troisdorf von Mitarbeitern wegen der Vergiftung mit gesundheitsschädlichen und krebserregenden Substanzen verklagt. Anstatt die damals von der Gewerbeaufsicht verordneten Maßnahmen umzusetzen, wurde auf Zeit gespielt und letztendlich die betroffene Produktionsstätte stillgelegt.

125 Jahre chemische Produktion von Munition und Sprengstoffen hinterlassen Spuren. Entsprechend kontaminiert ist das Gelände. Gutachten zur Altlastensanierung des Geländes beziffern die Kosten auf 10 bis 40 Millionen Euro. Mit „blankem Entsetzen“ haben die Mitglieder der Bürgerinitiative Naturfreunde Troisdorf von den Plänen der Firma Diehl Defence erfahren, so Gerd Bücher vom Vorstand der Initiative.[11] Teile der ehemaligen Produktionsstätten der Zündhütchenfabrik „Züfa“ beziehungsweise der Dynamit Nobel AG „gelten immer noch als extrem verseucht“.[12] Diese Areale grenzen unmittelbar an den Spicher Wald als Landschaftsschutzgebiet. Auf der anderen Seite des Mauspfads beginne die Wahner Heide, die im Rahmen der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie in den Natura 2000 Katalog aufgenommen wurde und zudem als Vogelschutzgebiet anerkannt ist.

In einer Pressemeldung der Stadt Troisdorf vom 14. Dezember 2023[13] wird festgestellt, dass eine deutlich vergrößerte Rüstungsfabrik mitten in der Stadt mit Zweidrittel-Mehrheit des Rates abgelehnt wird. Die Fläche soll nach einer Sanierung für Gewerbegebiete und in Randbereichen für die Schaffung von Wohnraum genutzt werden. Bis zur Fertigstellung dieser Pläne soll die Stadtverwaltung eine Veränderungssperre für die Flächen verfügen. Damit können durch den derzeit diskutierten Verkauf des Geländes und die damit verbundenen Investitionen keine Fakten geschaffen werden. „Der Stadtrat bekommt Handlungsfreiheit und kann in Ruhe über die mittel- und langfristige Nutzung dieser wertvollen Fläche in der Innenstadt entscheiden“, betont Fraktionsvorsitzender Thomas Möws. „Die GRÜNEN wollen hier vor allem Wohnraum schaffen, den wir in Troisdorf dringend benötigen.“[14] Der Stadtrat möchte verhindern, dass riesige Teile des Dynamit Nobel Areals für immer brachliegende Abstandsflächen einer Rüstungsfabrik bleiben.

Das überregionale Friedensbündnis gegen die Pläne von Diehl Defence schreibt: „Während in Deutschland und der Welt die Rüstungsausgaben ständig weiter steigen und scheinbar kein Limit kennen, leben immer mehr Menschen in Armut. Gestiegene Energiekosten, spürbar teurere Lebensmittelkosten und immer höhere Wohnungskosten machen vielen Menschen zu schaffen. In Troisdorf spüren die Menschen besonders wie bizarr diese Situation ist. Während dringend Wohnungen, möglichst auch mit Sozialbindung, gebaut werden müssen, um dem Wohnungsmangel entgegen zu treten, gibt es mitten in Troisdorf eine große Waffenfabrik die durch Abstandsbestimmungen eine weitere Wohnungsbebauung verhindert. Durch eine Vergrößerung der Fabrik wird diese Abstandsbestimmung sogar noch erweitert. Rüstungsfirmen wie Diehl Defence nehmen Städte wie Troisdorf in Geiselhaft und wollen diesen Zustand zementieren.“[15]

Anmerkungen

1 Handelsblatt, 1.12.2023.
2 Rheinische Post, 2.12.2023.
3 Kölner Stadt-Anzeiger, 16.12.2023.
4 Handelsblatt, 1.12.2023.
5 ARD, Hart aber fair, Sendung vom 11.12.2023.
6 IG BCE, DynITEC: Für den Erhalt tarifgebundener Arbeitsplätze, 9.11.2023.
7 Kölner Stadt-Anzeiger, 30.11.2023.
8 Ebenda.
9 SPD Troisdorf, Langfristig den Standort sichern, 29.11.2023.
10 General-Anzeiger, 7.12.2023.
11 Kölner Stadt-Anzeiger, 26.10.2023.
12 Ebenda.
13 Pressemeldung Stadt Troisdorf, Zur aktuellen Diskussion um das frühere Dynamit Nobel Gelände, 14.12.2023.
14 GRÜNE Troisdorf, Troisdorfer GRÜNE wollen Wohnbebauung auf dem DN-Gelände, 1.11.2023
15 Keine Munitionsfabrik in Troisdorf, Flugblatt Januar

Hinweis: Lebensqualität statt Rüstungsproduktion – Demonstration in Troisdorf am 16.3.2024 ab 13.00 Uhr. Mehr Informationen: koelner-friedensforum.org

Rüstung durch Sozialabbau

Der Haushalt 2024 ist übel – aber das richtig dicke Ende droht erst noch

von Jürgen Wagner

Seit vielen Jahren singen rüstungs- und militärnahe Akteure vom selben Blatt: Eine chronische Unterfinanzierung habe zu einer völlig abgewirtschafteten Bundeswehr geführt, so die vermeintliche Binsenweisheit. Nützlich ist diese äußerst fragwürdige Behauptung vor allem deshalb, weil hierüber schon lange steigende Militärausgaben begründet werden.[1] Auch im Bundeshaushalt 2024 mussten fast alle Etats schmerzhafte Kürzungen hinnehmen, während der Militärhaushalt erneut Zuwächse verzeichnen konnte. Mit dieser Aufrüstung geht ein gigantisches Umverteilungsprojekt einher, wie der emeritierte Politikprofessor Christoph Butterwegge kritisiert: „Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreisexplosion und Inflation stark belastet wurde.“[2]
Und tatsächlich steht zu befürchten, dass bislang lediglich die Spitze des Eisbergs sichtbar wurde und das richtig dicke Ende erst noch bevorsteht. Mit einigem Stolz verkündete die Bundesregierung, in diesem Jahr würden erstmals Militärausgaben oberhalb von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreicht, was allerdings nur durch die Entnahme hoher Beträge aus dem „Sondervermögen“ der Bundeswehr gelingt. Gleichzeitig haben die Ampel-Parteien wie auch die Union erklärt, die Ausgaben auch nach dem Ende des Sondervermögens (vermutlich 2027) mindestens auf diesem Niveau belassen zu wollen. Um dies zu erreichen, müsste spätestens dann aber nach der aktuellen Finanzplanung der Bundesregierung eine gigantische Deckungslücke von 25 bis 35 Mrd. Euro geschlossen werden, wofür massive haushaltsinterne Umschichtungen und drastische soziale Einschnitte nahezu unausweichlich wären.

Ein Sondervermögen für die kaputtgesparte Bundeswehr?

Schon häufig wurde darauf hingewiesen, dass die nicht enden wollende Litanei von der kaputtgesparten Bundeswehr jeder Grundlage entbehrt (siehe z.B. Ausdruck Nr. 113/Juni 2023). Tatsächlich stieg der Militärhaushalt von 32,5 Mrd. Euro (2014) bis unmittelbar vor der Zeitenwende auf 50,4 Mrd. Euro (2022) selbst inflationsbereinigt um 40 Prozent an. Dennoch wurde diese Botschaft viele Jahre unermüdlich in die Köpfe der Bevölkerung hineingehämmert, was wohl nicht unerheblich dazu beitrug, dass Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede am 27. Februar 2022 das Sondervermögen der Bundeswehr von 100 Mrd. Euro vor allem in dieser Größenordnung so sang- und klanglos ausloben konnte.
Damit das Sondervermögen nicht mit der sogenannten Schuldenbremse kollidierte, war eine Grundgesetzänderung erforderlich, für die die Union mit ins Boot geholt wurde. Ergänzt wurde dann in Artikel 87a ein neuer Absatz, der folgendermaßen lautet: „Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein Sondervermögen mit eigener Kreditermächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro errichten. Auf die Kreditermächtigung sind Artikel 109 Absatz 3 und Artikel 115 Absatz 2 [Schuldenbremse] nicht anzuwenden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“
Das besagte „Gesetz zur Finanzierung der Bundeswehr und zur Errichtung eines ‚Sondervermögens Bundeswehr‘“ (BwFinSVermG) trat schließlich am 1. Juli 2022 in Kraft. Ihm wurde ein – zumindest in Ansätzen bereits lange vor dem russischen Angriff ausgearbeiteter – Wirtschaftsplan angehängt, der allerdings nur äußerst grob Auskunft darüber gibt, welche Projekte aus dem Sondervermögen bezahlt werden sollen (und seither in jeweils aktualisierter Form im jährlichen Haushalt zu finden ist).[3]

Haushalt 2024: Aufrüstung und Sozialabbau

Im Jahr 2023 pirschte sich die Bundesregierung mit Militärausgaben von rund 1,6% des BIP allmählich an die 2%-Zielmarke heran. Dabei belief sich das offizielle Militärbudget zwar „nur“ auf 50,1 Mrd. Euro, es sollten aber nun auch erstmals relevante Gelder im Umfang von 8,4 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen hinzukommen (real entnommen wurden schlussendlich 5,81 Mrd. Euro).[4] Außerdem müssen noch weitere nicht im Verteidigungshaushalt verortete militärrelevante Beträge nach NATO-Kriterien addiert werden. Die Bundesregierung schätzt diese zusätzlichen Ausgaben im Jahr 2023 auf 9,5 Mrd. Euro, woraus sich ein Gesamtbetrag von 65,4 Mrd. Euro ergibt – das ist zwar viel, allerdings auch noch weit unter den anvisierten 2% des BIP.[5] Diese Hürde soll nun aber in diesem Jahr genommen werden – nach deutlichen Verzögerungen wurde der Haushalt schlussendlich im Februar 2024 verabschiedet. Für den offiziellen Militärhaushalt 2024 ist nun eine Summe von 51,95 Mrd. Euro vorgesehen – 1,85 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Hinzu sollen voraussichtlich 19,8 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen sowie 14,5 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien aus anderen Haushalten kommen (womöglich auch noch mehr).[6] Zusammen ergibt das in etwa die 86 Mrd. Euro, die wohl auch 2 Prozent des BIP betragen würden.[7]

Weil aber gleichzeitig eisern wieder an der sogenannten Schuldenbremse festgehalten werden soll, mussten schon im ersten Regierungsentwurf im Sommer letzten Jahres 16 Mrd. Euro eingespart werden. Infolgedessen wurde bei nahezu allen Ressorts kräftig der Rotstift angesetzt: „Der Kürzungshaushalt der Ampel ist eine soziale Katastrophe – und sollte eine Steilvorlage für alle Gegner der Sparpolitik sein. […] Bundesfreiwilligendienste minus 26 Prozent, Wohngeld minus 16 Prozent, Freie Jugendhilfe minus 19 Prozent, psychosoziale Zentren minus 60 Prozent, Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer minus 30 Prozent, Asylverfahrensberatung sowie besondere Rechtsberatung für queere und sonstige verwundbare Geflüchtete minus 50 Prozent. Die Liste ließe sich erschreckend lange fortsetzen.“[8]

Nachdem das Bundesverfassungsgericht der Regierung in seinem Urteil im November 2023 darüber hinaus auch noch die Rechtswidrigkeit ihres Haushaltsentwurfs attestierte, musste noch einmal weiter gekürzt werden. Denn dadurch war es nicht mehr möglich, ungenutzte Kredite aus der Corona-Pandemie für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) zu verwenden. Schlussendlich entstand hierdurch im Haushalt eine weitere Deckungslücke von zusätzlichen 17 Mrd. Euro, die über teils deutliche Abgabenerhöhungen, eine repressivere Handhabung des sogenannten Bürgergeldes, aber auch über weitere Kürzungen gestopft wurde. Angesichts der hier im Raum stehenden Beträge sollte außerdem dringend auf zwei sprachliche Nebelkerzen hingewiesen werden: Erstens handelt es sich selbstverständlich nicht um ein „Sondervermögen“, sondern um Schulden, die spätestens ab 2031 zurückgezahlt werden müssen. Und zweitens verschleiert das Gerede von den 2 Prozent des BIP die tatsächlichen Dimensionen, um die es hier geht: Denn bei einem geplanten Gesamtbudget von 476,8 Mrd. Euro im Jahr 2024 sind das (das nicht in diesem Betrag enthaltene Sondervermögen mit eingerechnet) knapp 19 Prozent des Haushaltes. Anders ausgedrückt: 2024 werden die Ministerien Bildung (21,5), Gesundheit (16,7), Entwicklung (11,2), Wirtschaft & Klima (11,1), Wohnen (6,7), Auswärtiges (6,7) und Umwelt (2,4) alle zusammen immer noch mehr als 13 Mrd. Euro weniger als das Militär erhalten!

Ungedeckte Schecks: Das dicke Ende kommt 2027ff

Schon nach dem ersten Regierungsentwurf im Sommer 2023 zeigte sich Verteidigungsminister Boris Pistorius überaus zufrieden mit dem Ergebnis: „Ich bin das einzige Haus, das einen nennenswerten Aufwuchs hat. Das einzige Ministerium, zwei kleinere haben noch minimale Aufwüchse, aber alle anderen mussten abliefern. […] Nochmal zur Erinnerung: Wir mussten in diesem Haushaltsjahr 16 Milliarden Euro einsparen, über alle Ressorts. Dann ist es schon bemerkenswert, wenn bei mir dann mehr kommt, als vorher da war und gleichzeitig, da mache ich kein Hehl draus, ist es zu wenig.“[9]

Auch die abschließende Einigung zum Haushalt 2024 dürfte die Stimmung des Verteidigungsministers kaum eingetrübt haben – im Gegenteil.[10] Vor allem wurde aber die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen – ungedeckte Schecks für fixe Ausgabenposten in künftigen Haushalten – deutlich erhöht: „Neben einer Vielzahl kleinerer Änderungen und der Anpassung an Bedarfe sind zudem Verpflichtungsermächtigungen in Milliardenhöhe ausgebracht worden, etwa für die Beschaffung des Nachfolgers für den Transportpanzer Fuchs. Diese Verpflichtungsermächtigungen sind teilweise als Anschlussfinanzierung ab 2028 für Projekte aus dem Sondervermögen Bundeswehr gedacht. Die Verpflichtungsermächtigungen in dem Etat liegen nunmehr bei 49,04 Milliarden Euro. Das sind 7,22 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf.“[11]

Damit werden – mutmaßlich bewusst – Sachzwänge geschaffen, mit denen später die Beibehaltung eines hohen Ausgabenniveaus gerechtfertigt werden kann. Das erscheint Rüstungsfreunden mit Blick auf die Zeit, wenn das Sondervermögen bis auf den letzten Cent aufgebraucht sein wird, auch dringend geboten. Schließlich sieht die im Juli 2023 von Finanzminister Christian Lindner vorgelegte Mittelfristige Finanzpla-

nung für 2027 bislang einen Verteidigungshaushalt von 51,9 Mrd. Euro vor. Auch in Kombination mit Ausgaben anderer Haushalte nach NATO-Kriterien, die von der Bundeswehr-Universität für dieses Jahr auf rund 8 Mrd. Euro geschätzt werden, verfehlt die bisherige Planung das 2%-Ziel, das 2027 wohl bei rund 95 Mrd. Euro liegen dürfte, also deutlich.[12]

Allzu große Kopfschmerzen scheint dies dem Verteidigungsminister allerdings nicht zu bereiten. Der Grund für Pistorius' Gelassenheit dürfte darin liegen, dass er bereits im Oktober 2023 angab, verbindliche Zusagen für dauerhaft hohe Militärausgaben erhalten zu haben: „Deswegen ist es gut, dass wir jetzt gesagt haben, wir nehmen das Sondervermögen verstärkt mit rein. Aber Sie haben völlig recht, das wird 2027/2028 verausgabt sein. […] Und ab ´27/´28 werden die 2% abgebildet sein. Der Bundeskanzler wird nicht müde zu betonen erstens, die 2% werden sichergestellt sein; und, ja, die Bundeswehr, das BMVg kann mit diesen 2% auch jetzt schon planen, was wir übrigens auch müssen, denn wir reden ja nicht über Beschaffungen, die sich auf ein Jahr beziehen, sondern wir reden immer über Beschaffungen, die sich auf Monate erstrecken oder Jahre in vielen Fällen, also reden wir über fünf, sechs, acht, zehn Jahre, also brauchen wir Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt und die müssen zugelassen werden und diese Zusage hab ich!"[13]

Schulden oder Sozialabbau?

Diese klaren Aussagen des Verteidigungsministers waren allein schon aus dem Grund erstaunlich, weil mit Fraktionschef Rolf Mützenich ein führender Sozialdemokrat zumindest zwischenzeitlich das 2%-Ziel offen in Frage stellte.[14] Hier positionierte sich dann Kanzler Olaf Scholz bei der Bundeswehrtagung im November 2023 noch einmal mehr als unmissverständlich: „Wir werden dauerhaft diese zwei Prozent gewährleisten, die ganzen 20er-Jahre über, die 30er-Jahre. Diese Zusage gilt."[15] Unter Verweis auf diese Aussage geht Pistorius nun hausieren, um die Werbetrommel für drastische Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes zu rühren. Ende Januar 2024 wurde er etwa in der Presse wie folgt zitiert: „Wir haben die Zusage des Kanzlers, dass wir bis in die 2030er-Jahre hinein mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investieren. Also ausdrücklich auch dann, wenn das Sondervermögen ab 2027 aufgebraucht sein wird."[16]

Da die Union bislang signalisiert, einer erneuten Aussetzung der Schuldenbremse für ein „Sondervermögen II" nicht zustimmen zu wollen, müssten diese Beträge dann durch haushaltsinterne Umschichtungen aufgebracht werden. Mit beeindruckender Deutlichkeit offenbarte ein Beitrag in der Europäischen Sicherheit & Technik, Deutschlands führendem militär- und rüstungsnahen Magazin, was das konkret bedeuten würde: Es bedürfe einer „grundlegenden gesellschaftlichen Debatte über die nationalen Prioritäten", gibt dort Redakteur Ole Henckel zum Besten. Am Ende stehe man aber vor einer simplen Wahl: „entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr." Weiter heißt es in dem Artikel: „30 Milliarden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. […] Der entscheidende Punkt und die damit verbundene Debatte wird allerdings erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzten [sic!] muss. Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist."[17] Auch Verteidigungsminister Boris Pistorius deutete bereits im Sommer 2023 an, man werde gegebenenfalls nicht um Kürzungen im Sozialhaushalt herumkommen, um den Bedarf seines Ministeriums zu befriedigen.[18] Ende Januar wurde er dazu erneut recht deutlich: Er verstehe ja diejenigen, „die nicht so viel Geld für Waffen und Munition ausgeben wollen" – aber: „Am Ende geht es darum, dass wir in dieser Phase der Bedrohung neue Prioritäten setzen." Und weiter: „Natürlich müssen sich die Berechnungen nun auch in der Mittelfristigen Finanzplanung niederschlagen. Das heißt: Die Weichen für den Aufwuchs des Verteidigungsetats müssen noch in diesem Jahr gestellt werden."[19]

Die in wenigen Monaten anstehende nächste Mittelfristige Finanzplanung wird bis 2028 reichen und muss erstmals Auskunft geben, woher die Gelder für die Umsetzung des 2%-Ziels kommen sollen. Wenig überraschend ist die Antwort, die Finanzminister Christian Lindner laut Spiegel im Januar 2024 im Verteidigungsausschuss gegeben haben soll: „Kürzlich war Finanzminister Lindner im Verteidigungsausschuss des Bundestags zu Gast. In der vertraulichen Sitzung verriet der Major der Reserve, woher er das fehlende Geld für Waffen und Ausrüstung der Bundeswehr gern nehmen würde: aus dem Sozialetat. Hier gebe es Einsparpotenziale, die Freiräume für Wehrausgaben eröffnen würden, sagte Lindner laut Teilnehmern."[20]

Auch wenn diese Aussagen bei Vertreter*innen der beiden anderen Ampel-Parteien nicht unbedingt Begeisterungsstürme ausgelöst haben sollen, Grüne und Sozialdemokraten haben sich – ob fahrlässig oder mutwillig ist schwer einzuschätzen – mittlerweile in eine Situa-

tion hineinmanövriert, in der sie kaum um massive Sozialkürzungen herumkommen (sofern sie bis dahin überhaupt noch auf der Regierungsbank sitzen). Es sei denn, sie stellen endlich die Prämisse in Frage, nämlich ob es uns wirklich sicherer macht, fast 20 Prozent des Bundeshaushaltes in das Militär zu stecken. In diesem Sinne fasste Christoph Butterwegge die anstehenden Entscheidungen folgendermaßen zusammen: „Wird das größte Aufrüstungsprogramm seit Gründung der Bundeswehr 2026/27 – wie geplant – in den regulären Staatshaushalt überführt, bleiben die soziale und die Klimagerechtigkeit womöglich ganz auf der Strecke. […] Trotz des Ukrainekrieges sind derartige Rüstungsanstrengungen von Nato-Staaten weder erforderlich noch zukunftsträchtig. Vielmehr sollte die Bundesregierung ihre Bemühungen um Frieden, Entspannung und Abrüstung intensivieren, statt den Einzelplan 14 noch weiter aufzublähen. Sinnvoller als das ‚Sondervermögen Bundeswehr' wäre die Bereitstellung ähnlich voluminöser Investitionsprogramme für den öffentlichen Wohnungsbau, den Ausbau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, eine bessere Alterssicherung von Geringverdienern sowie die nötige Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut, Langzeitarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Vornehmlich der sozialen, Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur gebührt viel mehr Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit. Denn hier liegt der Schlüssel für eine humane, friedliche und demokratische Entwicklung unseres Landes. Hingegen schadet der Menschheit, der Umwelt und dem Klima nichts mehr als das Militär."[21]

Anmerkungen

1 Ob die Bundeswehr im Übrigen tatsächlich so „blank" dasteht, wie dies Heeresinspekteur Alfons Mais und viele rüstungsnahe Akteure betonen, ist zwar nicht Gegenstand dieses Artikels, darf aber dennoch zumindest bezweifelt werden. Einiges spricht dafür, dass dies zumindest übertrieben ist, um immer mehr Gelder für Bundeswehr und Rüstungsindustrie herauszuleiern. Siehe dazu zum Beispiel Bayer, Markus u.a.: Verschwendet oder effektiv eingesetzt? Militärausgaben in Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich im Vergleich, Greenpeace, November 2023.

2 Butterwegge, Christoph: „Fortschrittskoalition" ohne Fortschritt, Rotary Magazin, 22.12.2023.

3 Tatsächlich lagen spätestens im Oktober 2021 Pläne für ein Bundeswehr-Sondervermögen im Umfang von 102 Mrd. Euro vor. Details wurden aber zur Verschlusssache erklärt. Siehe Wagner, Jürgen: Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung, Köln 2022, S. 145.

4 Siehe für Details zu allen Projekten, die aus dem Sondervermögen bezahlt werden, Kirsch, Martin/Wagner, Jürgen: Das Sondervermögen der Bundeswehr: Finanzen – Projekte – Kritik: Ein antimilitaristisches „living document", IMI-Mitteilung, 15.11.2023.

5 Hasenkamp, Ellen: Bundesregierung verfehlt Ziel für Sondervermögen, Schwäbisches Tagblatt, 24.1.2024.

6 Seibel, Karsten: Von wegen nur neue Bundeswehr-Ausrüstung – Wie Deutschland seine Nato-Quote schönt, Die Welt, 8.8.2023.

7 Die geschätzte Höhe der Ausgaben nach NATO-Kriterien für 2024 wurde von Verteidigungsstaatssekretär Thomas Hitschler mit 14,5 Mrd. Euro angegeben. Erst danach wurden noch einmal weitere 4 Mrd. Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine angekündigt und es ist unklar, ob dieser Betrag in Hitschlers Angaben bereits berücksichtigt wurde. Siehe Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Hitschler vom 26. 7.2023, Drucksache 20/7889. Der deutliche Anstieg der NATO-Kriterien soll wohl unter anderem dadurch erreicht werden, dass künftig auch Zinszahlungen mit hineingerechnet werden (Seibel 2023 a.a.O.).

8 „Berechnet wird die Nato-Quote auf der Grundlage der Wirtschaftsleistung. Für das Jahr 2024 erwartet die Bundesregierung laut Herbstprojektion des Wirtschaftsministeriums ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 4309,5 Milliarden Euro." (Baerbock bestätigt Pläne für massiven Ausbau der Ukrainehilfe, Spiegel Online, 13.11.2023).

9 Werner, Alban: Sparoffensive ohne Gegenspieler, Jacobin, 21.9.2023.

10 „Die Israelis verhalten sich sehr umsichtig" (Tag 611 mit Boris Pistorius), Streitkräfte und Strategien, 27.10.2023.

11 Lediglich der gegenüber dem ersten Regierungsentwurf neue Transfer von 500 Mio. Euro für den Ersatz von an die Ukraine abgegebenem Kriegsmaterial aus dem Allgemeinen Haushalt ins Sondervermögen wurde kritisiert.

12 Haushalt 2024: Plus im Verteidigungsetat, Heute im Bundestag 42/2024.

13 Carstens, Peter: Bei der Bundeswehr wird schon wieder gekürzt, FAZ, 22.8.2023.

14 Streitkräfte und Strategien, 27.10.2023 a.a.O.

15 Auf der Suche nach den zwei Prozent, Süddeutsche Zeitung, 16.7.2023.

16 Jungholdt, Thorsten: Bei einem Satz des Kanzlers wird mancher im Publikum hellhörig, Die Welt, 10.11.2023.

17 Gebauer, Matthias / Kormbaki, Marina: Was nach dem Bundeswehr-Sondervermögen kommt? Die Ampel hat keinen Plan, Spiegel Online, 26.1.2024.

18 Henckel, Ole: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie – Vorbote einer harten Debatte, Europäische Sicherheit & Technik, 4.7.2023.

19 Auf der Suche nach den zwei Prozent, Süddeutsche Zeitung, 16.7.2023.

20 Gebauer/Kormbaki 2024 a.a.O.

21 Ebd.

22 Butterwegge 2023 a.a.O.

Wie einst im Kalten Krieg

Quadriga und Steadfast Defender Großmanöver als Zeitenwende zum Anfassen

von Jürgen Wagner

Vor einiger Zeit machte in den Medien ein „Geheimpapier“ der Bundeswehr die Runde, dem ein Szenario zugrunde lag, in dem mit massiven Truppenverlegungen auf einen – aus NATO-Sicht – möglicherweise bevorstehenden russischen Angriff reagiert wird. Generell wird der raschen Verlegung von Soldat*innen und Material an die Grenzen Russlands inzwischen große Bedeutung beigemessen. Bereits auf dem NATO-Gipfel im Juni 2022 beschloss die NATO, die diesbezüglichen Zielgrößen, die nun auch die Grundlage für das aktuell diskutierte Bundeswehr-Papier bilden, massiv nach oben zu schrauben. Vor allem logistisch stellt dies eine enorme Herausforderung dar, wobei Deutschland und die Bundeswehr eine zentrale Rolle spielen.
Unter anderem mit „Steadfast Defender“, dem größten NATO-Manöver seit dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges, sollen deshalb die diesbezüglichen Abläufe eingeübt werden. Im Zusammenhang damit will die Bundeswehr zwischen Februar und Mai 2024 in den Quadriga-Manövern mehrere Monate lang ebenfalls die schnelle Verlegung von Truppen und Material erproben. „[Nun] soll der Ernstfall im großen Maßstab geübt werden – bis zu 40 000 Soldaten sollen zur Nato-Großübung ‚Steadfast Defender‘ allein aus den USA kommen – Teil des Manövers ist auch die von Deutschland organisierte Übung ‚Quadriga‘. Damit will die Bundeswehr den raschen Aufmarsch an die Nato-Ostflanke trainieren. […] Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) spricht inzwischen davon, dass Deutschland wieder ‚kriegstüchtig‘ werden müsse. Für die Formulierung hat er Kritik auch aus den eigenen Reihen bekommen. Wie das dann aussehen und wie es sich im bundesdeutschen Alltag auswirken wird, soll die Großübung ‚Quadriga‘ zeigen. Viel Militär wird dann auf der Straße zu sehen sein, lange Kolonnen mit Bewaffneten und Panzern, eben wie einst im Kalten Krieg. ‚Zeitenwende zum Anfassen‘ nennen sie das im Verteidigungsministerium.“ (Süddeutsche Zeitung, 14.11.2023)

Streitkräftemodell: Großer Verlegungsbedarf

Schon lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine wurden in NATO-Kreisen intensive Überlegungen über die schnelle Verlegefähigkeit von Truppen und Gerät angestellt. Prägend waren hier 2016 veröffentlichte Planspiele der RAND Corporation, denen zufolge Russland in der Lage gewesen sein soll, innerhalb von längstens 60 Stunden die Außenbezirke von Tallin und Riga zu erreichen. Anschließend wäre es Russland möglich, die sogenannte Suwalki-Lücke, ein nur etwa 60km breiter Landstrich zwischen Litauen und Polen, zu schließen und so die einzige Landverbindung der baltischen Staaten mit den übrigen NATO-Ländern dicht zu machen. Der kurz darauf beschlossenen Vorwärtsstationierung von NATO-Truppen sowie der Fähigkeit zur schnellen Verlegung zusätzlicher Soldat*innen wurde vor diesem Hintergrund größte Bedeutung zugemessen.
Schon 2014 war hierfür beschlossen worden, die Schnelle Eingreiftruppe der NATO (damals verlegbar innerhalb von 30 Tagen) auf 40.000 Soldat*innen zu vergrößern. 2016 folgte die Entscheidung, eine permanente NATO-Vorwärtspräsenz in Bataillonsgröße (~1.500 Soldat*innen) in jedem der baltischen Staaten und in Polen aufzubauen. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wurde diese Vorwärtspräsenz auf vier weitere Staaten (Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien) ausgedehnt und angekündigt, zumindest in einigen dieser Länder die Truppenstärke auf Brigadegröße (~3.000 bis 5.000 Soldat*innen) anzuheben. Dazu gehört auch der Ausbau der von Deutschland angeführten Brigade in Litauen, wo künftig rund 5.000 Bundeswehrangehörige dauerhaft stationiert sein sollen (siehe IMI-Analyse 2023/29).
Als nächstes wurde dann beim NATO-Gipfel im Juni 2022 ein neues NATO-Streitkräftemodell (NSM) auf den Weg gebracht, das 2025 an den Start gehen soll. Es sieht vor, 100.000 Soldat*innen innerhalb von zehn Tagen, weitere 200.000 bis Tag 30 und zusätzliche 500.000 bis Tag 180 in Marsch setzen zu können:

Deutschland hat für die ersten beiden Bereitschaftsgrade einschließlich der bereits in Litauen fest stationierten Einheiten 35.000 Soldat*innen zugesagt (siehe IMI-Standpunkt 2023/027).

„Geheimpapier“ Bündnisverteidigung 2025

An diesem neuen Streitkräftemodell orientiert sich augenscheinlich auch das Bundeswehr-Szenario „Bündnisverteidigung 2025“. Erstmals wurde Anfang des Jahres in der Bild-Zeitung darüber berichtet, wobei das Blatt nicht vergaß, prominent auf den angeblich hochgradig geheimen Charakter des Papiers hinzuweisen, obwohl es mit „Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch“ eine vergleichsweise niedrige Einstufung erhielt. Dennoch sind das darin aufgespannte Szenario, die beschriebene Eskalationsdynamik sowie die einzelnen NATO-Schritte von großem Interesse, zeigen sie doch unter anderem, wie eng man sich in der Bundeswehr an den Vorgaben des neuen NATO-Streitkräftemodells orientiert: „Das geheime Bundeswehr-Szenario ‚Bündnisverteidigung 2025‘ beginnt im Februar 2024. Russland startet eine weitere Mobilisierungswelle und beruft zusätzlich 200 000 Mann in die Armee ein. […] So könnte es laut dem Geheimpapier der Bundeswehr eskalieren: Im Oktober verlegt Russland Truppen und Mittelstreckenraketen nach Kaliningrad und rüstet seine Exklave mit der Propaganda-Lüge eines bevorstehenden Nato-Angriffs weiter auf. Das geheime Ziel des Kreml: Die Suwalki-Lücke zu erobern – den schmalen polnisch-litauischen Korridor zwischen Belarus und Kaliningrad. […] Im Mai 2025 beschließt die Nato laut Bundeswehr-Szenario ‚Maßnahmen zur glaubhaften Abschreckung‘, um einem russischen Angriff auf die Suwalki-Lücke aus Richtung Belarus und Kaliningrad zuvorzukommen. […] Am ‚Tag X‘, so das Geheimpapier der Bundeswehr, befiehlt der Oberbefehlshaber der Nato die Verlegung von 300 000 Soldaten an die Ostflanke, darunter 30 000 Bundeswehrsoldaten.“ (Bild, 14.1.2024)
Das Szenario lässt offen, wie die ganze Geschichte ausgeht, es ist aber völlig offensichtlich, dass die Bedeutung schneller Truppenverlegungen nicht nur in der NATO, sondern auch in der Bundeswehr hoch eingeschätzt wird.

Ohne Logistik verliert man Kriege

Für eine schnelle Verlegung von Truppen und Gerät ist die entsprechende Logistik von entscheidender Bedeutung, wie der Militärexperte Roger Näbig ausführt: „Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe und Panzer erhalten in den letzten Jahren zunehmend eine größere mediale Aufmerksamkeit. Militärtransportern, Tankwagen oder gar Feldküchen, die für den Nachschub und die Versorgung einer Armee von Bedeutung sind, schenken der militärische Laie und weite Teile der Presse dagegen kaum Beachtung. Dabei ist gerade eine funktionierende Logistik entscheidend für den militärischen Erfolg einer Armee, wie es der Krieg in der Ukraine gerade im ersten Kriegsjahr wieder einmal deutlich demonstriert hat. […] Durchschnittlich rechnen NATO-Logistiker im Kampfeinsatz pro Soldat/in mit 100kg an Nachschub am Tag. Bei Angriffsoperationen erhöht sich diese Menge durch den vermehrten Treibstoff- und Munitionsverbrauch auf rund 200kg.“ (Roger Näbig, konflikteundsicherheit.wordpress.com, 6.10.2023)
Oder, etwas kürzer vom in der Bundeswehr zuständigen Generalmajor Gerald Funke zusammengefasst: „Logistik gewinnt keine Kriege, aber ohne Logistik gehen Kriege verloren.“
Funke muss es wissen, schließlich befehligt er aktuell das Logistikkommando der Bundeswehr. Insgesamt verfügt die größte Abteilung der Streitkräftebasis über 17.000 Angehörige, die für die Organisation der gesamten Logistik der Bundeswehr zuständig sind. Doch auch über die Planung der Bundeswehrlogistik hinaus müsse Deutschland aufgrund seiner zentralen Lage „Verantwortung“ als „Gastland“ („Host Nation“) übernehmen und als Drehkreuz für den zügigen Transport befreundeter Armeen Richtung Russland sorgen – und genau das wird auch ein wesentlicher Teil der anstehenden Manöver sein: „Deutschland ist dabei, wieder den Krieg zu denken – und muss schnell eine Fähigkeit neu erlernen, die das Land bereits einmal besaß, in Zeiten des Kalten Kriegs: Es muss in der Lage sein, in kürzester Zeit Zehntausende Soldaten aufzunehmen – und diese dann schnell durch das Land in Richtung Osten zu verlegen. ‚Host Nation Support‘ nennt das die Nato.“ (Süddeutsche Zeitung, 14.11.2023) Bereits die „Konzeption der Bundeswehr“ sah im Juli 2018 eine „Rolle Deutschlands als mögliche Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung“ voraus. Dementsprechend wurde schon im selben Jahr die Einrichtung eines NATO-Logistikkommandos (Joint Support and Enabling Command, JSEC) in Ulm beschlossen und schlussendlich im September 2021 in Dienst gestellt (siehe IMI-Analyse 2022/15).

Realistische Umsetzung der NATO-Verteidigungspläne

Beim NATO-Gipfel in Vilnius wurden im Juli 2023 drei neue Verteidigungspläne beschlossen. Auf rund 4.000 Seiten werden darin detailliert Truppen und Gerät drei neu aufgeteilten Regionen zugeordnet: Für den Atlantikraum und die Nordflanke ist nun das Kommando in Norfolk (USA) zuständig. Die Ostfront von Mitteleuropa bis zu den baltischen Staaten fällt in den Verantwortungsbereich des Kommandos im niederländischen

Brunssum und Südosteuropa, inklusive das Schwarze Meer und das Mittelmeer, sind Sache des Kommandos in Neapel (siehe IMI-Standpunkt 2023/027).

Diese Aufteilung bilde nun die „Blaupause für die kommenden Großmanöver" wie die „Nato-Großübung ‚Steadfast Defender'", schreibt die Süddeutsche Zeitung. Für das größte NATO-Manöver seit dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges wurde in den meisten Meldungen zunächst die Zahl von 40.000 teilnehmenden Soldat*innen genannt. Nachdem aber Großbritannien Mitte Januar 2024 angekündigt hatte, sich allein schon mit 20.000 Soldat*innen beteiligen zu wollen, war klar, dass diese Zahl deutlich zu niedrig angesetzt war. Und tatsächlich wird inzwischen von rund 90.000 teilnehmenden Soldat*innen berichtet (hinzu kommen noch rund 50 Marineschiffe, 80 Flugzeuge und über 1.100 Kampffahrzeuge).

Neu an der Übung soll vor allem auch sein, dass erstmals mit realen Daten die Umsetzung der NATO-Verteidigungspläne geübt werden soll: „Die Soldaten werden die gerade erst beschlossenen Verteidigungspläne der Allianz erproben – und zwar nach realistischen Szenarien. […] Das gegnerische Bündnis greift die NATO an ihrer schwächsten Stelle an, der Suwalki-Lücke an der nur 60 Kilometer breiten Landgrenze zwischen Polen und Litauen. Die Angreifer rücken Richtung Weichsel vor. Die NATO aktiviert ihre Eingreifkräfte - Zehntausende Soldaten, die in wenigen Tagen einsatzbereit sind. […] Bisher waren NATO-Soldaten es dagegen gewohnt, in sorgsam konstruierten Phantasiewelten Krieg zu führen. […] Natürlich war Russland gemeint, aber dieser fiktive Staat hatte fiktive Straßen, Häfen, Grenzen. […] Für die Soldaten heißt der Gegner zwar immer noch nicht Russland, sondern ‚Occasus'. Das ist ein östliches Militärbündnis, das die NATO angreift und den Bündnisfall auslöst. Aber auf den Landkarten für die Manöver sind die Mitglieder der Allianz klar zu erkennen: Russland und Belarus in ihren realen Grenzen." (FAZ, 17.9.2023)

Quadriga: Großmanöver wie im Kalten Krieg

Über 12.000 Bundeswehr-Soldat*innen sollen an den Quadriga-Manövern teilnehmen, deren Verlegung an nahezu alle Grenzen Russlands dabei erprobt werden soll. Von dort aus (und teils schon unterwegs) sollen sie sich dann in diverse zu Steadfast Defender gehörende NATO-Manöver einklinken. Genauer gesagt setzt sich die Übung aus vier Einzelmanövern zusammen: „Unter Quadriga 2024 fasst die Bundeswehr mehrere Großübungen in Deutschland und im Ausland zusammen und verbindet diese mit Übungsvorhaben ihrer Verbündeten. Gleich dem antiken Vorbild einer Quadriga, einem Viergespann, setzt sich das gleichnamige Großmanöver im Wesentlichen aus vier Teilübungen zusammen: Grand Center (Mitte Februar bis Ende Februar 2024), Grand North (Mitte Februar bis Mitte März 2024), Grand South (Ende April bis Ende Mai 2024) und Grand Quadriga (Mai 2024). Der Name verweist auch auf die Quadriga auf dem Brandenburger Tor in Berlin, die symbolisch für Freiheit, Einigung und Stärke steht. […] Bei Quadriga geht es darum, die Fähigkeiten zur schnellen Verlegung eigener Kräfte an die NATO-Ostflanke nach Norwegen, Litauen, Rumänien oder Ungarn zu trainieren und dabei Erkenntnisse für den Einsatz der Landstreitkräfte zu gewinnen – von der Alarmierung bis zum multinationalen Gefecht." (bundeswehr.de, 30.11.2023)

Grand Center unterscheidet sich von den drei anderen Übungen insofern, als hier auch die Rolle als Drehkreuz für den Weitertransport vor allem US-amerikanischer Soldat*innen auf dem Manöverzettel steht. Dabei soll sich die 1. Panzerdivision verbündeten Kräften auf der Reise nach Osten anschließen: „Den Beginn machen Kräfte der 1. Panzerdivision, die als Teil eines multinationalen Gefechtsverbandes unter US-amerikanischer Führung durch Polen bis nach Litauen verlegen wird. Dies fordert neben dem Heer als Träger landbasierter Operationen vor allem auch das neu aufgestellte Territoriale Führungskommando der Bundeswehr als operative Schaltstelle für alle in Deutschland zu treffenden Maßnahmen. Die Bedeutung Deutschlands als Drehscheibe für die Verstärkungskräfte an der Ostflanke wird unterstrichen. Die Übungen ‚Quadriga Grand Center' und ‚Saber Strike' ermöglichen es, die reibungslose und schnelle Verlegung zu forcieren und dabei auch das Überwinden von Hindernissen zu üben." (Europäische Sicherheit & Technik, 9.11.2023)

Bei Grand North soll die Gebirgsjägerbrigade 23 als Teil der Division Schnelle Kräfte (DSK) nach Norwegen verlegt werden, um sich an dem dort geplanten NATO-Manöver zu beteiligen: „Mit der Gebirgsjägerbrigade 23 übt die Division Anfang 2024 bei der nördlichen Teilübung Grand North. Im Anschluss geht es bei der Übung Nordic Response um den Kampf unter extremen Wetterbedingungen, gemeinsam mit Norwegen und erstmals mit den neuen NATO-Partnern Finnland und Schweden sowie einer Vielzahl weiterer Partner." (bundeswehr.de, 30.11.2023)

Bei Grand South sollen Bundeswehr-Truppen über Ungarn nach Rumänien verlegt werden, damit „anschließend bei Swift Response Fallschirmjägerkräfte der Division Schnelle Kräfte die schnelle Verlegung und den Einsatz an der südlichen Ostflanke Europas trainieren." (ebd)

Aus Sicht der Bundeswehr wird dann der „Übungshöhepunkt und Schwerpunk" der Übung mit Grand Quadriga erreicht. Dabei geht es um die Verlegung der gesamten neu in Aufstellung befindlichen 10. Panzerdivision, die ab 2025 den Kern der der NATO für das neue Streitkräftemodell zugesagten Kräfte darstellen soll, an die Ostflanke: „Die 10. Panzerdivision, die sich mit dem Projekt ‚Division 25' derzeit auch für ihren neuen Auftrag im Rahmen des deutschen Beitrags zum NATO deployable force pool aufstellt, wird daher unter anderem die Übung ‚Grand Qudariga' nutzen, um exemplarisch für einen Großverband des Heeres alle Phasen eines möglichen Einsatzes an der NATO-Ostflanke zu durchlaufen. Am Ende werden deutlich mehr Soldatinnen und Soldaten des Heeres in Litauen eingesetzt, als dies noch bei der Übung ‚Griffin Storm' im Frühjahr 2023 der Fall war. Somit üben die Brigaden

Quadriga 2024. Quelle: Wikipedia/ NordNordWest.

der Division in ‚Quadriga' gleichzeitig sowohl an der NATO-Ostflanke wie auch auf deutschen Übungsplätzen in einem noch nie dagewesenen Umfang." (Europäische Sicherheit & Technik, 9.11.2023)

Show of Force!

Vier Monate soll also ein möglicher Krieg mit Russland geprobt werden – auch und gerade als Signal für eine Re-Normalisierung militärischer Großaufmärsche, wie sie während des Kalten Krieges üblich waren: „Weil Deutschland als Drehscheibe – als sogenannte Host Support Nation – eine besondere Rolle spielt, wird Quadriga quasi ‚Zeitenwende zum Anfassen' sein: Züge mit Panzern und Konvois auf Autobahnen könnten dann zum Bild gehören. Die schnelle Verlegung eigener Kräfte von Norwegen bis Rumänien wird, genau wie Steadfast Defender, ein Test für das Funktionieren von miteinander verknüpften NATO- und nationalen Verteidigungsplänen sein – schließlich wird noch die Verlegung von Kräften von Nordamerika nach Europa geübt. Im ganzen Übungsraum werden insgesamt rund 40.000 Soldaten teilnehmen. Es ist eine Show of Force. Eine Übung, aber eben auch ein Signal nach Moskau." (Bundeswehrverband, 2.1.2024)

Tatsächlich ist es alles andere als normal, wenn alle Ressourcen in die Aufrüstung und die Vorbereitung auf einen möglichen Krieg mit Russland gesteckt werden, während kaum Anstrengungen unternommen werden, aus der jetzigen Eskalationsspirale wieder herauszukommen. Voriges Jahr gab es an vielen Orten Proteste gegen die Großübung Air Defender (siehe IMI-Analyse 2023/22). Es wäre wünschenswert, wenn eine ähnliche Mobilisierung auch für die noch einmal weit umfassenderen Quadriga-Manöver gelänge.

Nordischer Brückenkopf

NATO-Mitgliedschaften und US-Militärpräsenz in Skandinavien

von Ben Müller

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine haben Finnland und Schweden die Mitgliedschaft in der NATO beantragt, um ihre langjährige Annäherung an das Militärbündnis auch formal zu einem Abschluss zu führen. Aus dem NATO-Lager waren daraufhin Häme und Jubel zu vernehmen. US-Präsident Biden freute sich, dass Putin statt der „Finnlandisierung" Europas die „Natoisierung" Finnlands erreicht habe, und dass die NATO mit Finnland und Schweden stärker als jemals zuvor sein werde.[1] Und der niederländische NATO-Admiral Rob Bauer betonte, die NATO müsse nun zwar zusätzliches Territorium und eine lange Grenze zu Russland verteidigen, erhalte dafür aber die sehr fähigen Streitkräfte von Finnland und Schweden. Russland dagegen habe jetzt eine längere Grenze zur NATO ohne zusätzliche Truppen.[2] Doch nicht nur in Finnland und Schweden, auch in Dänemark und Norwegen dreht sich der Wind, was Militärkooperationen betrifft.

Selbstauferlegte Zurückhaltung

Die Art, wie sich Finnland und Schweden der NATO annähern, unterscheidet sich deutlich von den Bedingungen, die die Gründungsmitglieder Norwegen und Dänemark 1949 für ihren Beitritt zu dem Militärbündnis gestellt haben. Damals war Norwegen der einzige NATO-Staat mit einer direkten Grenze zur Sowjetunion. Norwegen war es daher wichtig, nicht nur Abschreckung, sondern auch Zurückhaltung und vertrauensbildende Maßnahmen einzusetzen, um seinen Nachbarn nicht zu provozieren. Sowohl Norwegen als auch Dänemark verpflichteten sich zu einer Reihe von Einschränkungen, an die ihre NATO-Mitgliedschaft in Friedenszeiten gebunden sein sollte.

Zu diesen selbstauferlegten Einschränkungen gehört bis heute die Absage an fremde Militärbasen auf dänischem und norwegischem Territorium; nur die Thule Air Base der USA in Grönland wurde akzeptiert. Außerdem sollen in Dänemark und Norwegen keine alliierten Truppen dauerhaft stationiert und keine Atomwaffen oder chemischen Waffen gelagert werden. Norwegen hat darüber hinaus strenge Regeln für Militärmanöver in Grenznähe formuliert und seinen Luftraum sowie seine Hoheitsgewässer östlich des 24. Längengrads für alliierte Flugzeuge und Schiffe gesperrt. Dänemark hat seine Ostsee-Insel Bornholm demilitarisiert und auf die Teilnahme an bestimmten NATO-Manövern östlich des 17. Längengrads verzichtet.[3]

Finnland dagegen öffnet seinen Luftraum bereitwillig für Spionageflugzeuge befreundeter Staaten. Im März 2023 flog die erste RC-135 Rivet Joint der US-Luftwaffe entlang der finnisch-russischen Grenze, um Informationen zu sammeln.[4] Im August 2023 wurde der erste Spionageflug einer schwedischen Maschine beobachtet.[5] Und im September 2023 folgte eine Überwachungsdrohne im Auftrag der NATO. Die in Sigonella (Italien) stationierten NATO-Drohnen vom Typ RQ-4D können 30 Stunden in der Luft bleiben und Informationen bis zu 500 km hinter der russischen Grenze sammeln. Der Einsatz in Finnland erfolgte laut Pressemitteilung, um die Piloten an das neue Gebiet zu gewöhnen.[6]

Die damalige finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin erklärte 2022, sie schließe weder NATO-Basen noch Atomwaffen auf finnischem Territorium aus. Sie widersprach dafür sogar ausdrücklich einer anders lautenden Reuters-Meldung.[7] Laut einer aktuellen Umfrage unterstützen aber nur 38% der finnischen Bevölkerung den Transport von Atomwaffen durch ihr Land und nur ca. 20% würden auch die dauerhafte Stationierung akzeptieren.[8] Schweden zeigte sich bei seiner Bewerbung um die NATO-Mitgliedschaft mit allen Bedingungen einverstanden und akzeptierte auch die „wesentliche Rolle von Atomwaffen" für die NATO-Verteidigung.[9] Aus der aktuellen konservativen Regierung gibt es aber vorsichtige Äußerungen des Außen- und des Verteidigungsministers, die nach dem norwegischen und dänischen Beispiel wenigstens Atomwaffen oder Atomwaffen und permanente Mili-

tärbasen auf schwedischem Boden verhindern möchten.[10] Ob es sich dabei um ernsthafte Absichten handelt oder nur um Rhetorik, wird sich zeigen.

Zeitenwende in Norwegen und Dänemark

Schon zur Zeit des Kalten Kriegs haben Norwegen und Dänemark ihre selbstauferlegten Einschränkungen gelegentlich ignoriert oder flexibel ausgelegt. So haben beide Länder in geheimen Abkommen mit den USA die Benutzung von Flughäfen durch die US-Luftwaffe im Rahmen des Programms „Collocated Operational Bases“ gestattet. Norwegen hat außerdem den US-Marines erlaubt, in der Nähe von Trondheim unterirdische Depots für Munition, gepanzerte Fahrzeuge und allerhand Militärausrüstung einzurichten. Diese Depots werden bis heute weiterbetrieben als Teil des „Marine Corps Prepositioning Program“.[11]

In den letzten Jahren hat Norwegen seine Einschränkungen immer weiter aufgeweicht. US-Bomber benutzen norwegische Flughäfen, Atom-U-Boote legen Zwischenstopps in norwegischen Häfen ein, bis zu 700 US-Marines waren zeitweise in Norwegen stationiert und Militärübungen werden immer größer und unberechenbarer.[12] Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird in Norwegen auch offen darüber debattiert, ob die selbstauferlegten Einschränkungen noch zeitgemäß sind. Der ehemalige Militärchef Rune Jakobsen spricht sich für ihre Abschaffung aus, um stärkere Signale an Russland zu senden.[13] Der Direktor des Fritjof Nansen Instituts Iver B. Neumann befürwortet eine US-Basis in Norwegen, um die Unterstützung der USA nicht zu verlieren.[14] Und Karsten Friis vom Norwegischen Institut für internationale Angelegenheiten möchte in Norwegen Raum für eine NATO-Basis schaffen.[15]

Der Krieg in der Ukraine hat sich auch auf die Haltung Dänemarks ausgewirkt. In einer Volksabstimmung wurde am 1. Juni 2022 der dänische Vorbehalt gegen die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik abgeschafft. Damit kann sich Dänemark demnächst an europäischen Militärprojekten beteiligen. Außerdem führte Dänemark zusammen mit den USA im Rahmen von „Defender Europe 2022“ eine gemeinsame Militärübung auf Bornholm durch, was von Russland heftig kritisiert wurde.[16] Dänemark hat beschlossen, einen Feiertag abzuschaffen, um mehr Geld für den Militäretat zu erwirtschaften.[17] Und Dänemark verhandelt zurzeit ein bilaterales Militärabkommen mit den USA, das wahrscheinlich die Präsenz von US-Soldaten auf dänischem Boden ermöglichen wird.[18] Vermutlich wird dieses Abkommen so ähnlich aussehen, wie entsprechende Abkommen, die die USA bereits mit Norwegen, Schweden und Finnland abgeschlossen haben.[19]

Bilaterale Militärabkommen mit den USA

Das bilaterale Militärabkommen zwischen den USA und Norwegen[20] wurde am 16. April 2021 unterzeichnet und 2022 vom norwegischen Parlament gebilligt. Die Abkommen mit Schweden[21] und Finnland[22] wurden am 6. Dezember 2023 und am 18. Dezember 2023 unterzeichnet. Alle drei Abkommen sind als Ergänzung zum NATO-Truppenstatut von 1951 gedacht. Sie bestehen aus 30 Artikeln mit einem Anhang und regeln unter anderem Ein- und Ausreisemodalitäten für Angehörige der US-Streitkräfte, Befreiungen von Steuer- und Zollpflichten, Anerkennung von US-Fahrerlaubnissen und Zuständigkeiten bei der Strafverfolgung gegen US-Militärs im Gastland. Die Abkommen haben eine Mindestlaufzeit von zehn Jahren und können danach mit einer Frist von einem Jahr gekündigt werden.

Die Abkommen enthalten aber auch eine Liste von „vereinbarten Einrichtungen und Gebieten“, die den US-Streitkräften ohne Mietkosten zur Verfügung gestellt werden. Zu diesen im Anhang aufgelisteten Gebieten erhalten die USA ungehinderten Zugang für Besuche, Trainings, Übungen, Manöver, Transits, Unterstützung und ähnliche Aktivitäten. Sie können dort Flugzeuge landen und auftanken, Schiffe bevorraten und zeitweise Wartung an Fahrzeugen, Schiffen und Flugzeugen vornehmen. Auch die Unterbringung von Personal, Kommunikation, Stationierung von Truppen und Material sowie das Vorab-Postieren von Ausrüstung, Nachschub und Militärmaterial sind möglich. Ferner werden gemeinsame Aktivitäten wie Militärtrainings mit dem Gastland oder Katastrophenschutzübungen genannt.

Innerhalb der vereinbarten Gebiete sollen Bereiche möglich sein, zu denen ausschließlich US-Kräfte Zugang haben. Zu diesen Bereichen zählen zum Beispiel die Lagerstätten für vorab-postiertes Material. Über Art und Menge des dort gelagerten Materials soll das Gastland jeweils vor der Einbringung informiert werden. In Abstimmung mit dem Gastland dürfen in den vereinbarten Gebieten auch Bauten errichtet und Verbesserungen vorgenommen werden. Die Bau- und Betriebskosten für exklusiv genutzte Bereiche tragen die USA, für gemeinsam genutzte Bereiche werden sie anteilig aufgeteilt. Bauwerke und nicht-bewegliche Konstruktionen gehen später in das Eigentum des Gastlands über.

„Vereinbarte Gebiete“

Das Abkommen zwischen den USA und Norwegen enthält ursprünglich vier vereinbarte Gebiete, zu denen die US-Streitkräfte Zugang erhalten: im Süden des Landes die Militärflughäfen Sola und Rygge und im Norden den Militärflughafen Evenes und die Marine-

basis Ramsund. Für die Depots der US-Marines bei Trondheim gibt es ein eigenes bilaterales Abkommen, sodass sie hier nicht erwähnt werden. Am Flughafen Rygge wollen die USA vier Hangars für Kampfflugzeuge bauen sowie Fundamente für Verlegungen, größere Munitionsspeicher, ein Lagerhaus und einen Sicherheitszaun mit Patrouillenweg. Mit Ausnahme des Lagerhauses, das ausschließlich von den USA genutzt werden soll, sind die Einrichtungen für norwegische und US-amerikanische Nutzung gedacht.[23]

Im Abkommen zwischen den USA und Schweden sind 17 vereinbarte Gebiete ausgewiesen, darunter fünf Flughäfen (Luleå, Ronneby, Såtenäs, Uppsala und Vidsel), ein Hafen (Härnösand) sowie mehrere Regimentsflächen, Militärcamps und Übungsgelände. Die Flächen verteilen sich über das gesamte Festland und die Insel Gotland. Das Abkommen mit Finnland zählt 15 vereinbarte Gebiete auf: vier Luftwaffenbasen (Kuopio-Rissala, Rovaniemi, Tampere-Pirkkala und Jyväskylä-Tikkakoski), eine Marinebasis (Upinniemi), eine Basis der Grenzwache (Ivalo), verschiedene Garnisonen, militärische Lagerflächen, Übungsgelände und den Zugang zur Insel Russarö.

Das Abkommen zwischen den USA und Norwegen betont an mehreren Stellen, dass die norwegischen Einschränkungen bezüglich der Stationierung von fremden Truppen oder Atomwaffen hierdurch nicht verändert würden. Außerdem enthält es Ausnahmen für das Svalbard-Archipel und die Inseln Jan Mayen und Bouvetøya. Im Abkommen zwischen den USA und Finnland wird nur der besondere Status der Åland-Inseln festgehalten. Atomwaffen werden weder im finnischen noch im schwedischen Abkommen erwähnt.

Dennoch geht der schwedische Verteidigungsminister Pål Jonson davon aus, dass die USA keine Atomwaffen nach Schweden bringen werden: „Die schwedische Position ist allgemein bekannt. Wir sehen keine Notwendigkeit und keinen Grund, Atomwaffen auf unserem Territorium zu haben, und die USA haben gesagt, dass sie das respektieren.“[24] In den 1950er und 1960er Jahren hatten die USA allerdings regelmäßig Atomwaffen durch den dänischen Luftraum über Grönland transportiert und auch auf der Thule Air Base gelagert, obwohl das im Widerspruch zur Position Dänemarks stand.[25]

Anfang Februar 2024 haben die USA und Norwegen ihr Abkommen um acht weitere vereinbarte Gebiete erweitert. Der norwegische Verteidigungsminister Bjørn Arild Gram erklärt zur Begründung, die Sicherheitsherausforderungen und betrieblichen Anforderungen seien nun größer und ernster als 2021. Die neu vereinbarten Gebiete umfassen vier weitere Flughäfen (Andøya, Ørland, Værnes und Bardufoss), eine Marinebasis (Haakonsvern), ein Übungsgelände, ein Treibstoffdepot sowie einen Höhlenkomplex in der Nähe von Evenes.[26]

Quelle: IMI.

Einschätzungen der norwegischen Chef-Ankläger

In Norwegen haben Vertreter*innen der obersten militärischen und zivilen Strafverfolgungsbehörden die juristischen Auswirkungen des bilateralen Militärabkommens analysiert und mehrere Kritikpunkte formuliert.[27] So betone das Abkommen zwar, die norwegische Souveränität zu respektieren und in Einklang mit norwegischem Recht zu stehen. Wenn aber unterschiedliche Auffassungen über die Anwendbarkeit dieses Rechts gegeneinander stünden, sei es wahrscheinlich nicht möglich, die norwegische Auffassung durchzusetzen. Im Extremfall könne sogar jedes Mitglied der US-Truppe gegenüber norwegischen Zivilpersonen Autorität ausüben, nicht nur innerhalb der vereinbarten Gebiete, sondern unter besonderen Umständen auch darüber hinaus, wenn das für die Sicherheit von US-Operationen notwendig sei. Auf See könne es dann z.B. passieren, dass normaler Schiffsverkehr in von den US-Kräften definierte Sicherheitszonen gerate.

Weiterhin gebe das Abkommen zwar vor, dass die USA ihre Sicherheitspläne mit norwegischen Behörden abstimmen sollen, es sei aber nicht genau festgelegt, mit welchen Behörden. Durch

unterschiedliche Wahrnehmungen von Gefahren und Bedrohungen könne es eventuell zu Maßnahmen durch US-Kräfte kommen, die als unverhältnismäßig zu bewerten seien. Als fiktives Beispiel wird Schusswaffengebrauch durch US-Militärs zur Verteidigung von bestimmten Sicherheitszonen angeführt.
Die Stellungnahme der norwegischen Anklagebehörden kritisiert auch, dass in erster Linie die USA für die Verfolgung von Straftaten durch Mitglieder der US-Truppe zuständig seien. Da dieses Privileg auch für Straftaten gelte, die außerhalb des Dienstes verübt werden, könne das norwegische Rechtsempfinden erheblich gestört werden. Das gelte etwa, wenn norwegische Bürger*innen aufgrund von schweren Straftaten, die Mitglieder der US-Truppe in ihrer Freizeit begangen haben, zu Schaden kommen, z.B. Körperverletzung oder Vergewaltigung. Eine Strafverfolgung nur durch die USA wäre in solchen Fällen schwer hinnehmbar.

Transportwege an die Front

Im Gegensatz zur NATO-Ostflanke, wo Battlegroups in Bataillons- oder Brigadestärke im Rahmen der Vorwärtspräsenz in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien stationiert sind, hat die NATO für Finnland oder Norwegen bisher keine Stationierung von Battlegroups angekündigt. Stattdessen setzt das Bündnis darauf, dass die nationalen Armeen einem Einmarsch an der Nordflanke so lange standhalten können, bis Verstärkung eingetroffen ist. Die US-Marines haben zu diesem Zweck ihre Depots bei Trondheim angelegt. In sechs in den Berg getriebenen Stollen lagert so viel Material, dass eine schnell eingeflogene Vorhut von 4.600 Soldat*innen damit über mehrere Wochen kämpfen kann.[28] Während dieser Zeit könnte dann weiterer Nachschub herbeigeschafft werden.
Um Verstärkung aufnehmen zu können, haben die Militärchefs von Norwegen, Dänemark, Schweden und Finnland die bedeutende Rolle von vier Atlantik-Häfen herausgestellt. Neben dem dänischen Hafen Esbjerg und dem schwedischen Göteborg zählen dazu der norwegische Hafen Narvik und die Fjordregion bei Trondheim.[29] Bei Trondheim lagert nicht nur das vorab-postierte Material der US-Marines, hier startet auch eine Eisenbahnverbindung ins schwedische Östersund mit Abzweigungen in verschiedene Richtungen, so dass ankommendes Material schnell weitertransportiert werden kann. Auch Narvik ist Endstation einer wichtigen Eisenbahnlinie nach Schweden. Sie führt über Kiruna nach Luleå, wo eine Anschlussstrecke über das finnische Rovaniemi bis nach Kemijärvi führt, knapp 100 km vor der russischen Grenze. Finnland hat die strategische Bedeutung dieser nördlichen Eisenbahnverbindung bereits erkannt und mit der Erneuerung der Strecke begonnen.[30] Das schwedische Eisenbahnnetz ist dagegen in einem maroden Zustand. Insbesondere auf der nördlichen Strecke, die regelmäßig für Eisenerz-Transporte aus Kiruna in die Häfen Narvik und Luleå genutzt wird, kommt es immer wieder zu Zugentgleisungen und Streckensperrungen. Die schwedische Frachtbranche hofft, dass der NATO-Beitritt ihres Landes zu Investitionen in die Bahn-Infrastruktur führen wird. Allerdings beschränken sich die militärischen Prioritäten auf Ost-West-Verbindungen, um Nachschub von Norwegen nach Schweden zu transportieren.[31]
Ende Januar 2024 hat die EU-Kommission 54 Mio. Euro aus dem Haushaltsposten für „militärische Mobilität“ bereitgestellt, um fünf Transportinfrastruktur-Projekte in Schweden zu fördern. Mit diesen Geldern sollen Projekte unterstützt werden, die nicht nur zivilen, sondern auch militärischen Nutzen bringen. Diese Förderung enthält auch 8,6 Mio. Euro für die nördliche Eisenerz-Linie zwischen Narvik und Luleå.[32]

„Nordic Response 2024“

Auch der Transport von Verstärkung über den Atlantik zu den skandinavischen Häfen muss aus Sicht der NATO sichergestellt werden. Die Meerespassagen zwischen Grönland, Island und Großbritannien („GIUK-Lücke“) erfüllen hier eine Doppelfunktion. Einerseits sollen russische Schiffe und U-Boote daran gehindert werden, diese Passagen zu durchqueren und in die Weiten des Atlantiks einzudringen, und andererseits sollen am Meeresgrund verlaufende Kommunikationsleitungen geschützt werden ebenso wie Transporte zwischen den USA und Europa. Mit dem Manöver „Dynamic Mongoose“ übt die NATO dort deshalb jedes Jahr den Kampf gegen feindliche U-Boote.
Auch die Verstärkung der NATO-Nordflanke wird regelmäßig geübt. 2018 fand dazu das Großmanöver „Trident Juncture“ statt, und seitdem wird das alle zwei Jahre stattfindende Manöver „Cold Response“, das von Norwegen organisiert wird, für diesen Zweck genutzt. Ab 2024 wird dieses Manöver in „Nordic Response“ umbenannt. Diese Umbenennung soll deutlich machen, dass es um alle nordischen Staaten (Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island) geht und dass das Übungsgelände auf die ganze nordische Region von der Arktis bis zur Ostsee ausgedehnt werden kann.[33] Auch die deutsche Gebirgsjägerbrigade 23 wird an Nordic Response 2024 teilnehmen. Der Verband, der regelmäßig unter arktischen Bedingungen trainiert, verbindet den Aufenthalt in Norwegen mit der Übung „Grand North“, die Teil des Bundeswehr-Großmanövers „Quadriga 2024“ ist.[34]

„Nordic Response“ soll vom 3. bis 14. März 2024 stattfinden. Es werden mehr als 20.000 Soldat*innen mit über 50 Schiffen und über 110 Flugzeugen erwartet.[35] Angesichts der eingangs erwähnten Zitate von Joe Biden und Rob Bauer können dann schon Zweifel aufkommen, ob es dabei wirklich nur um Verteidigung geht. In jedem Fall dürfte der martialische Aufmarsch wenig zur Deeskalation der ohnehin schon explosiven Lage beitragen.

Anmerkungen

1 Biden: Putin got the ‚Natoisation‘ of Finland, yle.fi, 30.6.2022.
2 Finland and Sweden joining NATO adds new border with Russia – but also extra troops, says admiral, arctictoday.com, 19.9.2022.
3 Richard A. Bitzinger: Denmark, Norway and NATO: Constraints and Challenges, rand.org, November 1989.
4 Finland begins international cooperation on domestic airspace surveillance, yle.fi, 23.3.2023.
5 Thomas Nilsen: Sweden flies first time intelligence mission close to Kola Peninsula, thebarentsobserver.com, 2.8.2023.
6 Thomas Nilsen: NATO drone on first time mission over Finland, thebarentsobserver.com, 14.9.2023.
7 PM does not rule out nuclear weapons or permanent Nato bases in Finland, yle.fi, 29.10.2022; PM: Reuters misrepresented Nato comments, yle.fi, 19.5.2022.
8 Poll: Backing for Nato remains high in Finland, yle.fi, 21.12.2023.
9 Sweden accepts ‚essential role of nuclear weapons‘ in Nato letter, thelocal.se, 12.7.2022.
10 Sweden to spurn nuclear weapons as NATO member, foreign minister says, reuters.com, 11.11.2022; Bruno Waterfield: Sweden won’t host nuclear weapons bases after joining Nato, thetimes.co.uk, 12.1.2023.
11 Patrick Cullen, Ole Martin Stormoen: US-Norway Bilateral Defense Agreements: a partnership that strengthens NATO, nupi.no, 28.2.2020.
12 Ben Müller: Norwegens kalte Antwort, IMI-Studie 2/2022, imi-online.de, 7.3.2022.
13 Thomas Nilsen: „High time to scrap self-imposed restrictions,“ says former Norwegian Commander. This week’s flight map shows why, thebarentsobserver.com, 23.8.2023.
14 Astri Edvardsen: „Norway Must Sweeten the Deal to Keep the US’ Interest,“ Says FNI Director, highnorthnews.com, 24.3.2023.
15 Trine Jonassen: Believes Norway’s Cautiousness Toward Russia to Be Outdated, highnorthnews.com, 21.8.2023.
16 Thomas Zelt: Ukraine-Krieg: Dänemark strebt aktivere Rolle an Seite von USA und Nato an, telepolis.de, 31.8.2022.
17 Dänemark: Feiertag, IMI-Aktuell 2023/144, imi-online.de, 2.3.2023
18 Thomas Zelt, a.a.O.
19 Ähnliche Abkommen haben die USA auch mit vielen Staaten im ehemaligen Ostblock abgeschlossen, u.a. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn und Bulgarien. Vgl. Martin Kirsch: Aufrüstung der Slowakei, IMI-Analyse 2022/09, imi-online.de, 18.3.2022.
20 Supplementary defense cooperation agreement between the government of the Kingdom of Norway and the government of the United States of America, regjeringen.no.
21 Agreement on defense cooperation between the government of the Kingdom of Sweden and the government of the United States of America, regeringen.se.
22 Agreement on defense cooperation between the government of the Republic of Finland and the government of the United States of America, defmin.fi.
23 American Investments in Infrastruture at Rygge Air Station are Important for Norway’s Defense Capability, defense-aerospace.com, 6.3.2023.
24 Astri Edvardsen: Sweden and the US Signs Defense Cooperation Agreement, highnorthnews.com, 8.12.2023.
25 Hans M. Kristensen: U.S. Nuclear Weapons Deployments Disclosed, Nuclear Policy, nautilus.org, 20.10.1999.
26 Norway and USA agree on additional agreed facilities and areas under the SDCA, regjeringen.no, 2.2.2024.
27 Astri Edvardsen: New Norway – USA Defense Agreement Allows Extensive US Authority in the North, highnorthnews.com, 8.6.2022.
28 Martin Egnash: A cave in cold Hell has everything a Marine brigade needs to fight, stripes.com, 6.2.2018.
29 Hilde-Gunn Bye: Nordic Chiefs of Defence Stress Narvik as a Central Port in the North, highnorthnews.com, 27.10.2022.
30 Anne Kauranen, Johan Ahlander: In NATO’s new north, fresh chances to contain Moscow, arctictoday.com, 3.7.2023.
31 Industry hoping Nato membership will boost freight transport, sverigesradio.se, 13.12.2023.
32 Hilde-Gunn Bye: EU Supports Iron Ore Line Projects: Important Upgrades For Civilian and Military Use, highnorthnews.com, 31.1.2024.
33 Astri Edvardsen: Nordic Countries to Further Strengthen Defence and Security Cooperation, highnorthnews.com, 16.8.2022.
34 Heer und NATO-Partner starten 2024 ein Großmanöver, bundeswehr.de, 23.11.2023.
35 Nordic Response 2024, forsvaret.no, 7.12.2023.

Schulterschluss Rüstung

Positionspapier von IG Metall, SPD-Wirtschaftsforum und BDSV

von Andreas Seifert

In der Mobilisierung von noch mehr Geld meldet sich eine neue Troika zu Wort: Gewerkschaft (IGM), Kapital (BDSV) und Lobbyverband (SPD-Wirtschaftsforum) fordern gemeinsam, man dürfe nicht nachlassen noch mehr Ressourcen in die heimische Rüstung zu pumpen. Mit einem gemeinsamen Positionspapier „Souveränität und Resilienz sichern – Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ ging man am 9. Februar 2024 an die Presse.[1] Tenor des 12-seitigen Papiers: Wir sehen, dass die Bundesregierung (endlich) in die Rüstung investiert, aber es ist nicht genug und es wird zu wenig in deutsche Unternehmen gesteckt. Deutschland droht seine Kompetenzen in der Rüstung zu verlieren und damit gehen Arbeitsplätze verloren.

Rüstungsfesseln abschaffen

Die Stärkung „nationaler Kompetenzen“ im Verbund mit den in Deutschland vorhandenen Arbeitsplätzen ist das verbindende Element dieses Papiers und es wird schnell deutlich, dass hier die unternehmerische Perspektive federführend war: „Mit dem 100-Milliarden-Euro-Programm ist es möglich, notwendige Beschaffungen für die Entwicklung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit durchzuführen; zu erheblichen Teilen erfolgen diese aus den USA und Israel. Weder aus der Sicht des Bundeswehr-Bedarfs noch aus Sicht der SVI [Sicherheits- und Verteidigungsindustrie] reicht dies aus. Deutschland und Europa brauchen ein industriepolitisches Konzept zur Stärkung der SVI und Aufbau und zur Entwicklung eigener leistungsfähiger Verteidigungssysteme in den Dimensionen Land, Luft und See.“
Wesentlicher Hebel einer Förderung ist die Berücksichtigung nationaler Unternehmen und Kompetenzen und die Verstetigung aller Ausgaben. Die dauerhafte Sicherstellung von hohen Investitionen in den Bereich der Wehrtechnik, z.B. auch durch die gezielte Förderung technologischer Entwicklungen, gepaart mit dem Wunsch nach langfristigen und auskömmlichen Lieferverträgen ist das Schlüsselelement, das zum Gedeihen der Industrie führen soll. Zudem wird gefordert, dass eine größere Verbindlichkeit im Kontext länderübergreifender Rüstungsprojekte entsteht und eine Harmonisierung der Exportrichtlinien in Europa die vermeintlich vorhandene Benachteiligung deutscher Unternehmen aufhebt. Oder um es etwas einfacher zu formulieren: Weg mit zu viel Einschränkungen beim Export ... auch wenn die Branche es natürlich und ausdrücklich unterstützt, „dass Deutschland mit großer Sorgfalt jeden einzelnen Exportfall prüft.“ Nein, das ist nicht so, was insbesondere im Verhältnis zu Dual-Use-Gütern deutlich wird, wo den Schreiber*innen die mögliche Verhinderung eines Geschäfts durch eine Exporteinschränkung ein Dorn im Auge ist. Und wenn man schon einmal dabei ist, sich gegen Regularien zu stemmen, wird auch gleich die Befreiung von der CO2-Bepreisung durch EU-Regularien und eine Ausnahme vom EU-„Carbon Border Adjustment Mechanism“ gefordert, da ihre Produkte „nur im begrenzten Umfang ‚grüne‘ Technologien beinhalten können.“ Da Krieg also nicht „grün“ geht, sollte man die Industrie nicht mit dem Klima belästigen.

Partikularinteressen

Entlang der Sektoren Land, See und Luft werden diese Ideen im Verlauf des Papiers durchdekliniert. Wie nicht anders zu erwarten, ist Aufrüstung die einzige Option, die den Schreiber*innen einfällt. Das ist dann besonders kurios, wenn die „Bedrohungslage“ als terroristisch eingestuft wird oder ein Sabotageakt vorliegt. Die Antwort auf die Frage, ob mehr Fregatten, Korvetten und Flottendienstboote den „Sabotageakt auf die Gaspipeline Nord-Stream im September 2022“ hätten verhindern können, bleibt das Papier schuldig – es reicht als Ausgangspunkt einer verstärkten Aufrüstung. Dass es umgekehrt auch nicht darum geht, dieser angenommenen Bedrohungslage mit wirklichen

Quelle: Flickr/ tonal decay.

Maßnahmen zu begegnen, sondern vor allem die eigenen Partikularinteressen durchzusetzen, wird deutlich, wenn „europäische“ Projekte auf ihre „nationalen“ Auswirkungen runtergebrochen werden. So war laut dem Positionspapier die Vergabe der F126 Fregatte an einen „europäischen Wettbewerber“ letztlich ein Fehler, da Kompetenzen in Deutschland verloren gehen – ein effizienter Umgang mit Haushaltsmitteln ist demnach kein Kriterium. Nationale Lösungen sind somit deshalb schon besser, weil sie das Geld im Land lassen. Mangelnde Kosteneffektivität, wie sie z.B. zuletzt auch in einer Greenpeace-Studie[2] festgestellt wurde, sind kein Anlass zur Selbstkritik. Es wird deutlich, dass die führenden Industrieunternehmen regelrecht ihren Wunschkatalog in dieses Positionspapier haben einbringen können, vorhandene Kritik an ihrem Gebaren ausblenden und gern auch mal deutlich übertreiben. So werden z.B. im „Leitsektor Domäne Luft“ die Beschäftigungswirkungen der 4. Eurofighter-Tranche über den grünen Klee gelobt, obschon die zugrunde gelegte PwC-Studie im Auftrag des BDLI,[3] als Gefälligkeitsgutachten mehr als kenntlich ist. In der wird dann beispielsweise behauptet, dass sich der Eurofighter quasi über seine Produktion alleine schon zu fast 66% selbst refinanziert – erreicht wird dies unter anderem indem man die Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten gleich mal als Steuern wertet (eine Logik, die man ansonsten nur noch beim Lobbyverband der Steuerzahler findet). Kurzum, Rüstung in Deutschland ist nicht nur sicherheitstechnisch ein Gewinn, die Gesamtwirtschaft wird dadurch gestärkt.

Leichtfertige Rüstungswünsche

Als Papier der Industrie konnte man nichts anderes erwarten. Von einem Papier, das aus dem Fokus der in der Industrie Beschäftigten kommt, auch nicht ganz etwas anderes: es sind ja schließlich ihre Arbeitsplätze, um die es hier geht. Im Namen der Gesamt-IGM ist das vielleicht schon wieder ein bisschen anders. Von einem SPD-Wirtschaftsforum hingegen hätte man sich die Berücksichtigung auch anderer wesentlicher Aspekte der Gesamtwirtschaft erwarten können. Denn Rüstung ist nicht irgendeine Form einer wirtschaftlichen Betätigung – hier wird das produziert, was andere dazu verleitet, die militärische Bedrohung überhaupt erst zu erschaffen, gegen die man sich mit mehr Waffen zu schützen glaubt. Rüstung erschafft per se keine Sicherheit, sondern das Gegenteil davon. Der leichtfertige Wunsch, mehr zu produzieren und zu exportieren, damit es der Volkswirtschaft gut geht und Arbeitsplätze erhalten werden, wird erfüllt, in dem andere ggf. in anderen Teilen der Welt in einer größeren Unsicherheit leben müssen, Opfer von Krieg und Waffeneinsatz zu werden. Die Rechnung, mithilfe von vielen unproduktiven Euro in die Rüstung würde es allen gut gehen, kann nicht aufgehen – andere Bereiche der Wirtschaft sind hier wesentlich effektiver, Wohlstand zu schaffen und zu erhalten, als eine überteuerte Rüstung. Ein Fingerzeig ist hier, dass die Worte Gewinn, Rendite, Aktionäre in dem Papier nicht zu finden sind – selbstlos.

Anmerkungen

1 Zwei nahezu gleichlautende Presserklärungen von Wirtschaftsforum der SPD e.V. und Industriegewerkschaft Metall vom 9.2.2024. Der BDSV hat sich bisher einen eigenen Verweis erspart. Das Papier: „Souveränität und Resilienz sichern – Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ 8.2.2024 ist beim Wirtschaftsforum der SPD hinterlegt.

2 Greenpeace/Michael Brzoska, It’s not the money, stupid! Die Hauptprobleme im Beschaffungswesen der Bundeswehr, Hamburg 5/2022, online.

3 PwC Strategy&, Auswirkungen der Tranche 4 des Eurofighter-Programms auf die deutsche Wirtschaft, Sozio-ökonomischer Beitrag der Eurofighter Tranche 4, 10/2023, im Auftrag des BDLI (Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.), online.

Wächter des Wohlstands

Westliche Militäreinsätze im Roten Meer

von Jürgen Wagner

Seit dem 19. November 2023 greifen die jemenitische Ansarollah („Huthis“) unter Verweis auf den Krieg in Gaza immer wieder Handelsschiffe im Roten Meer an. Unter Führung der USA wurden daraufhin Kriegsschiffe entsandt und auch bereits mehrfach Angriffe auf das jemenitische Festland unternommen. Die Europäische Union hat am 19. Februar 2024 den Militäreinsatz „Aspides“ beschlossen, eine deutsche Beteiligung segnete der Bundestag am 23. Februar 2024 mit großer Mehrheit ab.
Der Einsatz ist für die innerdeutsche Debatte insofern ein Novum, als von politischer Seite erstmals in aller Offenheit zur Rechtfertigung auf die Notwendigkeit der Durchsetzung ökonomischer Interessen verwiesen wird. Ernüchternd ist, dass dies auf kaum nennenswerten Widerstand stößt, was vor nicht allzu langer Zeit noch undenkbar gewesen wäre. Allerdings existiert neben völlig berechtigten grundsätzlichen Erwägungen auch eine Reihe weiterer Gründe, weshalb dieser Militäreinsatz und die deutsche Beteiligung daran abgelehnt werden sollten.

Prosperity Guardian: US-Offensive

Die Bedeutung des Roten Meeres und besonders der Meerenge Bab Al-Mandab ist schwer zu überschätzen. Generell finden 90 Prozent des Welthandels über den Seeweg statt, das Rote Meer (bzw. den Suezkanal) passieren 15 Prozent davon (das sind zwölf Prozent des Welthandels), was es zu einer der wichtigsten Wasserstraßen der Welt macht. Angrenzend an das Rote Meer kontrollieren die „Huthi“-Rebellen im Westen des Jemen rund ein Drittel des Landes, in dem ein Großteil der Bevölkerung lebt. Von dort aus begannen sie, wie erwähnt, ab dem 19. November 2023 mit Angriffen auf Handelsschiffe. Nach Angaben der Huthis zufolge würden nur Schiffe ins Visier genommen, die in einem Zusammenhang mit dem israelischen Krieg in Gaza stünden, wobei die Angriffe bis zu einem Waffenstillstand fortgesetzt würden. Seither sehen sich viele Schiffe gezwungen, den großen Umweg um das Kap der Guten Hoffnung zu nehmen – im Februar 2024 sollen 80 Prozent weniger Schiffe den Suezkanal passiert haben, als zu erwarten gewesen wäre.
Bereits am 19. Dezember 2023 startete unter Führung der USA der Einsatz „Wächter des Wohlstands“ („Prosperity Guardian“). Am 10. Januar 2024 verurteilte der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 2722 die Angriffe der Huthis, was von den USA postwendend als Blankoscheck gewertet wurde, einen Tag darauf Ziele auf dem jemenitischen Festland zu beschießen. Eine weitere Eskalationsstufe wurde am 3. Februar 2024 erreicht, als die USA in Reaktion auf Angriffe auf eine US-Basis in Jordanien auch Ziele im Irak und in Syrien bombardierten. Nur einen Tag später wurden noch einmal 36 Ziele im Jemen angegriffen usw.

Aspides: „Schwerer Waffengang“

Parallel zu „Prosperity Guardian“ konkretisierte die EU Pläne für eine eigene Militärmission, die am 19. Februar 2024 offiziell begann. Es sollen dabei mindestens drei Kriegsschiffe gleichzeitig vor Ort sein, Deutschland signalisierte früh eine Beteiligung mit der Fregatte „Hessen“. Laut Ratsbeschluss soll der erst einmal auf ein Jahr begrenzte Einsatz einen riesigen Raum abdecken: „Das Operationsgebiet umfasst die Meerenge von Bab Al-Mandab und die Straße von Hormus sowie die internationalen Gewässer im Roten Meer, im Golf von Aden, im Arabischen Meer, im Golf von Oman und im Persischen Golf.“ Das „strategische Ziel“ der Operation sei es, „die Freiheit der Schiffahrt sicherzustellen.“ Um dies zu gewährleisten, werde man „Schiffe im Operationsgebiet begleiten“ sowie „eine maritime Lageerfassung im Operationsgebiet sicherstellen“ und „Schiffe vor bereichsübergreifenden Angriffen auf See unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts, einschließlich der Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit, in einem Untergebiet des Operationsgebiets schützen.“[1]

Besonders wird im Ratsbeschluss betont, die Operation sei „defensiver Natur“, es werde keine Operationen an Land geben, allerdings könne man im Sinne des „Rechts auf Selbstverteidigung handeln, um einen unmittelbar bevorstehenden oder andauernden Angriff auf ihre eigenen Schiffe oder Schiffe von Dritten abzuwehren.“ Was das dann alles umfassen könnte, bleibt unklar, erkennbar ist aber durchaus ein Bemühen, eine gewisse Distanz zum US-Einsatz zu wahren, der in der gesamten Region scharf abgelehnt wird. Ob diese Trennung allerdings tatsächlich so strikt sein wird, ist zumindest fraglich.

Vorsorglich legte die Fregatte „Hessen“ bereits am 8. Februar schon einmal in Richtung Einsatzgebiet ab, um zum Start der Mission auch vor Ort zu sein. Das am Freitag zu beschließende Bundestagsmandat orientiert sich mit einer Obergrenze von 700 Soldaten am EU-Ratsbeschluss. Entschieden wird über den bislang riskantesten Einsatz der Bundeswehr-Marine, die einen „schweren Waffengang“ erwartet. So gab Marineinspekteur Jan Christian Kaack zu Protokoll: „Wir rechnen mit dem gesamten Spektrum von direkten und indirekten Angriffen. (…) Das reicht von ballistischen Flugkörpern großer Reichweite (…) über normale Seezielflugkörper bis hin zu Drohnen und auch Kleinstdrohnen, aber auch ferngesteuerte Überwassereinheiten im Kamikazebetrieb.“[2]

Krieg für Interessen

Lange war die Debatte um das Für und Wider deutscher Kriegseinsätze buchstäblich zwiegespalten: Öffentlich wurden bei allen Militäreinsätzen Menschenrechte ins Feld geführt, während in einem nicht notwendigerweise geheimen, aber dennoch dem Großteil der Bevölkerung kaum präsenten Fachdiskurs kein Blatt vor den Mund genommen und offen die militärische Durchsetzung ökonomischer und machtpolitischer Interessen gefordert wurde. Dies öffentlich zu sagen, war aber lange tabu und kostete zum Beispiel 2010 den damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler das Amt.

Noch 2019 wurde die Entsendung von Kriegsschiffen in den Persischen Golf von der Bundesregierung nur politisch, nicht aber militärisch unterstützt. Empört fasste damals Welt-Kolumnist Alan Posener seine Sicht auf die Gründe dieser Entscheidung folgendermaßen zusammen: „Schon vor neun Jahren ließ das schwarz-gelbe Kabinett Merkel II lieber den Bundespräsidenten wegen seiner Befürwortung von Militäreinsätzen über die Klinge springen, als dem Volk die Wahrheit zu sagen: Köhler hat recht. (…) Merkels Problem ist nicht Feigheit vor dem Feind, sondern Feigheit vor dem Volk.“[3]

Damit scheint es nun allerdings endgültig vorbei zu sein, wie die Debatte um „Aspides“ vor Augen führt. Mit fast schon entwaffnender Offenheit heißt es in der Zeitschrift Europäische Sicherheit und Technik: „Unser Wohlstand wird auch am Bab Al-Mandab verteidigt!“[4] Auch das Bundestagsmandat betont: „Gemäß Beschluss des Rates der EU ist Eunavfor Aspides beauftragt, zum Schutz der Freiheit der Schifffahrt und zur Sicherheit des Seeverkehrs im Einsatzgebiet beizutragen.“[5]

Am 12. Januar 2024, einen Tag nach den US-amerikanischen Angriffen auf das jemenitische Festland, unterzeichnete das Auswärtige Amt zusammen mit neun Staaten zudem folgende Solidaritätsadresse: „Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs (haben) im Einklang mit dem naturgegebenen Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung, das mit der VN-Charta in Übereinstimmung steht, gemeinsame Schläge gegen eine Reihe von Zielen in von den Huthis kontrollierten Gebieten im Jemen durchgeführt. Durch diese Präzisionsschläge sollten die Fähigkeiten, die die Huthis nutzen, um den Welthandel und das Leben internationaler Seeleute auf einem der weltweit wichtigsten Seewege zu bedrohen, gestört und geschwächt werden.“

Die Stellungnahme begründet nicht nur unumwunden militärischen Handlungsbedarf aufgrund ökonomischer Interessen, sondern sie ist auch deshalb bemerkenswert, weil sich die Bundesregierung damit die überaus problematische Rechtsauslegung der USA zu eigen macht.

Interessen versus Völkerrecht

In der Begründung ihrer Luftangriffe am 11. Januar 2024 verweisen die USA ganz explizit auf die einen Tag zuvor verabschiedete UN-Resolution 2722, auf deren Grundlage sie ihre Bombardierungen durch das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta gedeckt sehen. In der Resolution findet sich zwar tatsächlich der Verweis auf das „Recht der Mitgliedstaaten (…) ihre Schiffe gegen Angriffe, einschließlich solcher, die die Freiheit der Schiffahrt untergraben, zu verteidigen.“ Allerdings wird recht unmissverständlich festgehalten, alle Reaktionen müssten „im Einklang mit dem Völkerrecht“ erfolgen. Weiter wird „Vorsicht und Zurückhaltung gefordert, um eine weitere Eskalation der Lage im Roten Meer und der gesamten Region zu verhindern.“[7]

Mit einiger Sicherheit lässt sich allerdings sagen, dass die wiederholten US-Angriffe an Land davon nicht gedeckt sind, wie der Völkerrechtler Stefan Talmon ausführt. Auf ein Selbstverteidigungsrecht könne sich nicht ernsthaft berufen werden, dies sei nur bei einem Angriff auf US-Kriegsschiffe möglich, was mit großer Sicherheit vor dem Beginn der US-Angriffe nicht

geschehen sei. Selbst dann müssten die Reaktionen verhältnismäßig sein, was ebenfalls nicht der Fall sei. Der militärische Schutz von Handelsschiffen, die zudem unter allen erdenklichen Flaggen segeln würden, oder gar großangelegte Angriffe auf Stellungen an Land hätten nichts mit dem Selbstverteidigungsrecht zu tun: „Das Recht auf Selbstverteidigung in Artikel 51 der UN-Charta beschränkt sich auf eine Anwendung von Gewalt, die erforderlich und verhältnismäßig ist, um einen ›bewaffneten Angriff‹ zurückzuschlagen. Es erlaubt keine Anwendung staatlicher Gewalt, um vermeintliche Sicherheits-, Wirtschafts- oder andere Interessen zu schützen. Der Schutz von Schiffahrtsrechten und -freiheiten gegen illegale Angriffe (…) erlaubt nicht die Anwendung von Gewalt zur Selbstverteidigung. Es gibt kein Recht zur Selbstverteidigung gegen Angriffe auf internationale Handelsschiffe.“[8]

Eskalationsgefahr

Verhältnismäßig ist an dem US-Einsatz überhaupt nichts, insbesondere wenn man die reale Gefahr in Rechnung stellt, dass er eine großangelegte Eskalation in der gesamten Region auslösen könnte. Außerdem ist das US-Einsatzziel völlig unklar – geht es darum, die Passage zu ermöglichen, scheint das Agieren vorsichtig formuliert wenig erfolgreich zu sein. War in der ersten Zeit von einer Reduzierung der Suezpassagen um rund 40 Prozent die Rede, ist diese Zahl nach den US-Angriffen auf das Festland auf 80 Prozent gestiegen. Mit einer fast schon an Realsatire grenzenden Aussage bestätigte US-Präsident Joseph Biden diesen Umstand: „Halten sie (die Angriffe an Land) die Huthis auf? Nein. Werden sie weitergehen? Ja.“
Mit Luftschlägen dürften die Huthis tatsächlich nicht zu besiegen sein, schließlich war Saudi-Arabien hierzu selbst nach erheblichem Gewalteinsatz zwischen 2015 und 2023 nicht in der Lage. Zwar spricht bislang noch niemand von einem Einsatz von Bodentruppen, sie wären aber ein möglicher nächster Eskalationsschritt. Auch könnte die Entwicklung im Roten Meer der Vorbote einer weitaus größeren regionalen Auseinandersetzung sein. Im schlimmsten Fall erhalten dabei die Hardliner, vor allem in den USA, weiter Auftrieb, denen ohnehin seit eh und je jedes Argument recht ist, für einen Angriff auf den Iran zu werben. Dabei steht es zwar außer Frage, dass die Huthis (und andere regionale Akteure) vom Iran unterstützt werden. Der Umfang einer solchen Unterstützung ist aber unklar, und es wäre falsch, die Huthis als bloße Marionetten Teherans zu bezeichnen: „Die jemenitischen Rebellen sind nicht willfährige Erfüllungsgehilfen oder Stellvertreter des Regimes in Teheran. Ein Blick auf die Geschichte der Bewegung und ihren Aufstieg zeigt, dass die Beziehung zu Iran von einer begrenzten Zweckgemeinschaft zu einer von (auch ideologisch) zunehmender Nähe und – wechselseitigem – großem Nutzen geprägten Waffenbrüderschaft gewachsen ist.“[10]

Rein defensiv?

Ungeachtet der bemühten Versuche, sich von den USA und ihren Angriffen abzugrenzen, ist es mit der strikten Trennung einer „rein defensiven“ „Aspides“-Mission und der offensiv ausgerichteten Mission „Prosperity Guardian“ womöglich nicht so weit her, wie man gerne glauben machen möchte.
Wie der für gewöhnlich gut informierte Journalist Thomas Wiegold betont, reichen die Aufklärungsfähigkeiten, etwa der deutschen Fregatte, bis weit ins jemenitische Festland, wobei davon auszugehen sei, dass die so gewonnenen Daten auch den USA zur Verfügung gestellt werden dürften: „Während der Einsatz von Waffen der ›Hessen‹ auf die Abwehr anfliegender Raketen, Marschflugkörper und Drohnen begrenzt bleiben soll, werden die Aufklärungsradare der deutschen Fregatte einen deutlich weiteren Bereich abdekken: Die genannten 400 Kilometer Reichweite erfassen auch Teile des Jemen. Angesichts eines absehbaren Austauschs der Lagebilder, auch mit der US-Mission, hat der deutsche Einsatz damit voraussichtlich auch Bedeutung über die EU-Operation hinaus.“[11]
Und tatsächlich bestätigt das „Aspides“-Mandat die enge Verknüpfung beider Operationen: „Die Eunavfor Aspides arbeitet mit der Operation ›Prosperity Guardian‹, den multinationalen Seestreitkräften und bereitwilligen Staaten, die zur maritimen Sicherheit in ihrem Einsatzgebiet beitragen, zusammen.“[12] Was das bedeutet, erläutert noch einmal Thomas Wiegold: „Allein der Schutz der Handelsschiffe ist zulässig, ein Kampfauftrag ist damit nicht verbunden. Allerdings wird ein sehr weitreichender Datenaustausch mit der US-geführten Operation Prosperity Guardian ausdrücklich festgeschrieben.“[13] Von einer strikten Trennung beider Einsätze kann also keine Rede sein – und es besteht kaum ein Zweifel, dass dies auch in der Region so gesehen werden dürfte.

Der Elefant im Raum

Die Aussagen der Huthis sind recht unmissverständlich: Die Angriffe hören auf, wenn es zu einem Waffenstillstand im Gazastreifen kommt. Vor diesem Hintergrund liegt die Lösung des Konflikts ja eigentlich auf der Hand, wie auch die ehemalige EU-Spitzendiplomatin Nathalie Tocci betont: „Also, wie können die Angriffe gestoppt werden? (…) Der einzige Weg besteht darin, (…) ihre scheinbare Ursache zu beseitigen: den Krieg in

Gaza. Gäbe es einen Waffenstillstand in Gaza, würden die Angriffe der Huthis aller Wahrscheinlichkeit nach enden oder deutlich zurückgehen.“[14]

Dennoch scheint diese Überlegung im gesamten Diskurs kaum eine Rolle zu spielen, was den Verdacht nahelegt, dass die westlichen Staaten Israel weiter weitgehend freie Hand lassen wollen oder zumindest nicht bereit sind, den erforderlichen Druck für einen Waffenstillstand auszuüben. Die Reaktion auf diese Erkenntnis in der arabischen Welt dürfte man sich ausmalen können. Dies alles führt dazu, dass die Huthis als Streiter für die palästinensische Sache in der Region stark an Rückhalt gewinnen. Wer aber nun behauptet, das westliche Vorgehen sei allein schon wegen der Gefahren für die Weltwirtschaft alternativlos, befindet sich nicht nur ethisch, sondern auch argumentativ auf dem Holzweg.

Hämmer, Nägel und Alternativen

Im Aspides-Mandat des Bundestags heißt es: „Der wirtschaftliche Schaden durch die Angriffe der Huthis-Miliz ist erheblich – auch für Deutschland. Die Ausweichroute mit Umrundung des Kaps der Guten Hoffnung führt zu einer Verlängerung der Seerouten um rund zwei Wochen, mit negativen Auswirkungen auf globale Lieferketten und die Kosten der internationalen Handelsschiffahrt.“[15]

Um es kurz zu machen: Der Weltwirtschaft droht aufgrund der Ereignisse im Roten Meer keineswegs ein Kollaps, die Auswirkungen sind sogar relativ überschaubar. Zwar ist der Transportweg um das Kap der Guten Hoffnung rund 6.000 Kilometer länger, was natürlich Mehrkosten verursacht. Aufgrund vorhandener Überkapazitäten und des niedrigen Anteils der Transportkosten an Produktendpreisen, fällt dies aber kaum ins Gewicht. „Vor allem die Menge weltweit verschiffter Waren zeigt, dass der Welthandel in keiner Krise steckt, sondern stabil geblieben ist. Zwar können einzelne Firmen unter Lieferverzögerungen leiden, insgesamt sind aber keine Engpässe bei Vorprodukten oder Konsumgütern zu erwarten“, so Julian Hinz vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. „Die Kosten für Fracht sind meist nur ein verschwindend geringer Anteil des Endpreises von so einem Produkt. Weil einfach sehr viele Produkte in so einen Container hineinpassen.“[16]

Es spräche unter diesem Blickwinkel also wirklich überhaupt nichts dagegen, unter Hochdruck an einer Lösung des Gazakrieges zu arbeiten und unterdessen einfach das Rote Meer zu umschiffen – doch der Ruf nach militärischen „Lösungen“ ist inzwischen nahezu reflexhaft geworden. Die Warnung, dass, wer über einen Hammer verfügt, in allen Problemen nur noch Nägel sieht, bewahrheitet sich hier einmal mehr. Allein schon, um nicht in diese Falle zu tappen, wäre es wichtig, zu einer kategorischen Ablehnung jeglicher Militäreinsätze zurückzukehren.

Anmerkungen

1 Beschluss (GASP) 2024/583 des Rates vom 8. Februar 2024 über eine Operation der Europäischen Union der maritimen Sicherheit zur Wahrung der Freiheit der Schiffahrt im Zusammenhang mit der Krise im Roten Meer (Eunavfor „Aspides“), 12.2.2024.

2 Bundeswehrfregatte „Hessen“ Richtung Rotes Meer ausgelaufen, Spiegel Online, 8.2.2024.

3 Alan Posener: Feigheit vor dem Volk, Internationale Politik, 1.9.2019.

4 Hans Uwe Mergener. Angriffe im Roten Meer: Warnung der internationalen Koalition wird die Huthis-Rebellen wenig beeindrucken, Europäische Sicherheit und Technik, 4.1.2024.

5 Deutscher Bundestag. Antrag der Bundesregierung: Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation Eunavfor „Aspides“, Drucksache 20/10347. 16.2.2024.

6 Gemeinsame Erklärung von 10 Ländern, Auswärtiges Amt. Angriffe der Huthis auf Handelsschiffe im Roten Meer, Pressemitteilung, 12.1.2024.

7 UNSCR. Resolution 2722, Maintenance of international peace and security, 10.1.2024.

8 Stefan Talmon: Germany Supports Expansive Interpretation of the Right to Self-Defence Against Attacks by the Houthis on Commercial Shipping in the Red Sea, German Practice in International Law, 23.1.2024.

9 Huthis-Miliz greift weiteren US-Frachter an, Süddeutsche Zeitung, 19.1.2024.

10 Christoph Ehrhardt: Wie groß ist Irans Einfluss auf die Huthis-Rebellen wirklich? FAZ, 18.1.2024.

11 Thomas Wiegold: Rotes Meer: „Hessen“ als Geleitschutz, bewaffnete Kommandos auf Handelsschiffen, augengeradeaus.net, 2.2.2024.

12 Beschluss (GASP) 2024/583 des Rates vom 8. Februar 2024.

13 Thomas Wiegold: EU-Beschluss zur Marinemission im Roten Meer formal festgezurrt, augengeradeaus.net, 12.2.2024.

14 Nathalie Tocci: Red Sea: Time to treat the cause, not the symptom, Politico, 16.1.2024.

15 Antrag der Bundesregierung. Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation Eunavfor „Aspides“, Drucksache 20/10347.

16 Frachtmenge im Roten Meer geht weiter zurück, weniger Schiffe in Hamburg, Institut für Weltwirtschaft, 7.2.2024.

AfD unter falscher Flagge

Antiamerikanismus macht noch keine Friedenspartei

von Merle Weber

Es läuft gut für die AfD. Seit bald zwei Jahren geht es in den Wahlumfragen auf Bundesebene steil bergauf: Von rund zehn Prozent im Frühjahr 2022 zu über 20 Prozent heute.[1] Inzwischen ist die für Faschisten offene Partei zweitstärkste Deutschlands. Der Anstieg findet genau in dem Zeitraum statt, in dem die AfD anfing, unter der Friedensfahne zu marschieren. Im Februar 2023 hatte die AfD mit einem Antrag im deutschen Bundestag ihre sogenannte „Friedensinitiative" gestartet. Sie pocht darin auf die „Verantwortung Deutschlands für den Frieden in Europa" und fordert, Deutschland solle in einer Vermittlerrolle für eine Verhandlungslösung des Ukraine-Krieges eintreten. Im April letzten Jahres setzte sie die im Parlament begonnene Kampagne auf der Straße fort. In mehreren Städten demonstrierte die AfD unter dem Motto „Dem Frieden eine Chance geben" nach eigenen Angaben „für den Frieden in der Ukraine".[2] Als „einzige politische Kraft"[3] die sich gegen die „Kriegstreiberei"[4] der Bundesregierung stelle, will die AfD „zwei Dritteln der Deutschen eine Stimme" geben.[5] Die Strategie scheint Früchte zu tragen.

Der Wolf im Schafspelz

Die AfD benennt die regierenden Parteien zurecht als Kriegstreiber. Das hält die angebliche Alternative jedoch nicht davon ab, deren Politik der Kriegsvorbereitungen mitzutragen. Die Hochrüstungsprojekte der Regierung begrüßt die AfD in der Regel. Dass die Ampel für den Wehretat 1,7 Milliarden mehr eingeplant hat, war für einen Redner der angeblichen Friedenspartei in den Debatten um den Haushalt 2024 „erstmal eine gute Nachricht". Auch dass über das sogenannte Sondervermögen weiterhin Milliardenbeträge in die Aufrüstung fließen, sei „grundsätzlich auch erstmal gut" – „endlich passiert was". Aber eben nicht genug. Jedenfalls nicht in den Augen der AfD. Die Regierung habe „immer noch viel zu wenig Munition auf dem Einkaufszettel". Auch hier fordert die AfD „deutlich mehr". Auf die nächste 25-Millionen-Euro-Vorlage, also das nächste rüstungspolitische Großprojekt, „freue" er sich „jetzt schon", lässt der AfD-Redner den Verteidigungsminister wissen. Und versichert dem Verteidigungsminister der Kriegstreiber, die AfD werde an der Hochrüstung Deutschlands „weiterhin konstruktiv mitwirken".[6] Auch die Grundsatzpapiere der AfD schlagen in dieselbe Kerbe: Es sei „unstrittig, dass die Bundeswehr derzeit erhebliche Mängel" aufweise. Die Bundeswehr sei „umfassend zu ertüchtigen".[7] Die deutsche Armee müsse befähigt werden, „durchhaltefähige sowie personell und materiell voll einsatzbereite […] Großverbände aller Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche bereitzuhalten". Die AfD träumt von einer „starken Bundeswehr" – „anerkannt, geachtet" und „gefürchtet". Das koste „natürlich Geld, viel Geld". Aber „nur so" lasse sich „die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands" steigern.[8] Für „deutsche Männer" fordert die AfD die Wiedereinführung der „allgemeinen Wehrpflicht",[9] und eine „kriegsnahe Ausbildung" die sich den „Bedingungen auf dem Gefechtsfeld so weit an[nähert], wie es die Regeln der Menschenführung" in einer Demokratie „zulassen".[10]

Und nicht nur die Bundeswehr will die AfD stärken. Neben einer schlagkräftigen Armee sei auch eine starke nationale Rüstungsindustrie „unverzichtbar" für die „Souveränität Deutschlands".[11] Die für den Ausbau der nationalen militärischen Fähigkeiten „notwendigen Großaufträge" möchte die AfD an die „deutsche Industrie" vergeben wissen.[12] Für eine effizientere und schnellere Aufrüstung wünscht sich die AfD, wie die amtierenden Parteien auch, eine Beschleunigung der „militärischen Beschaffungsprozesse". Und auch „jegliches Bestreben" die NATO und die Bundeswehr von Interventionskriegen auf die sogenannte Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten, unterstützt die AfD nach eigenen Angaben.[13] Unter dem Schlagwort der Rückbesinnung auf die sogenannte Landes- und Bündnisverteidigung vollziehen die NATO und auch Berlin seit 2014 die Vorbereitungen auf einen Krieg mit Rus-

sland und zunehmend auch China. Auch diese Politik trägt die angebliche Friedenspartei AfD mit. Denn die Kriegsvorbereitungsmaßnahmen der NATO „korrespondieren“ nach Einschätzung der AfD mit ihrem Ziel, Deutschlands nationale militärische Schlagkraft auszubauen.[14]

Mittelmacht zwischen den Großmächten

Wieso schwenkt eine deutschnationale Aufrüstungspartei-Partei die Friedensfahne? Um das zu verstehen, braucht es einen Blick über den deutschen Tellerrand hinaus. Denn entscheidend für die Positionierung der AfD bezüglich des Ukraine-Krieges ist nicht die Friedens- sondern die Bündnisfrage. Die Verschiebungen im globalen Kräfteverhältnis stellen den deutschen Staat vor strategische Grundsatzentscheidungen. Durch die globalen Machtverschiebungen steht die US-dominierte internationale Ordnung der letzten Jahrzehnte zunehmend infrage. Als rohstoffarme Mittelmacht mit exportzentrierter Wirtschaft ist Deutschland in besonderem Maße abhängig von eben dieser Ordnung. Deutschland verfügt auf seinem Territorium weder über die Rohstoffe noch über den Absatzmarkt, die notwendig sind, um seine Volkswirtschaft in ihrer gegenwärtigen Form zu erhalten. Gleichzeitig ist Berlin auf sich allein gestellt auf internationaler Ebene weder politisch noch militärisch in der Lage, seine Interessen eigenständig gegen Widerstände durchzusetzen. Deutschland droht im Tauziehen der Großmächte um die Weltordnung seine gewohnte Position unter dem Schirm des US-Imperialismus zu verlieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Bündnisfrage für den deutschen Staat zurzeit mit großer Dringlichkeit.

Protest gegen die AfD in Saarbrücken im Januar 2024. Quelle: Flickr/ Kai Schwerdt.

Soll Deutschland trotz aller Spannungen mit Washington weiterhin auf eine Juniorpartnerschaft mit den USA setzen, wie es die Transatlantiker fordern? Oder doch lieber danach streben, die militärische Abhängigkeit von den USA abzubauen und stattdessen Berlins Weltgeltung durch eine Führungsposition in einer geeinten und militärisch gestärkten EU verwirklichen, so wie es die Strategischen Autonomisten gerne hätten? Oder soll Deutschland den Fortbestand seiner Exportwirtschaft durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit insbesondere mit dem ressourcenreichen Nachbarn Russland sicherstellen, wie es unter anderem die AfD fordert?

Souveränität über alles

Vor allem „Deutschland“ drohe zwischen den „Großmächten zerrieben zu werden“, warnt die Fraktionsvorsitzende der AfD. Berlins Bedeutung in „internationalen Gesprächen“ auch gegenüber den „Großmächten“ habe in den letzten Jahren „deutlich“ abgenommen. Der Bundesregierung sei es „bisher nicht“ gelungen eine angemessene Reaktion auf die Verschiebungen in den internationalen Kräfteverhältnissen und den damit einhergehenden Politikwechsel der USA zu finden.[15] Bei der „Bewältigung“ der „großen globalen Herausforderungen“ verschreibt sich die AfD in einem Grundsatzpapier einer „nationalen Außenpolitik“, die sich „stets“ des „Nutzens für Deutschland vergewissert“. Die Grundlage der „Bestimmung und Wahrnehmung deutscher Interessen“ sei dabei die „Souveränität Deutschlands“. Dazu gehöre, dass die „Freiheit des deutsche Volkes nicht durch auswärtige Mächte“ beeinflusst werde. „Ein souveränes Deutschland“ ist oberstes Ziel der AfD. Dass Deutschland sich „für ein friedliches Miteinander der Völker“ einsetzt, schreibt die AfD hingegen ausdrücklich an letzter Stelle ihrer außenpolitischen Prioritätenliste. Die Völkerverständigung kommt für die AfD nicht nur nach der deutschen Souveränität, sondern auch nach einer Politik, die Deutschlands „Wohlstand mehrt“. Der „Zugang zu allen Rohstoff- und Absatzmärkten“ begreift die AfD als „für unser Land überlebenswichtig“.[16] Auch die AfD kommt dabei zu der Einschätzung, dass Berlin nicht in der Lage ist, seine Interessen „alleine durchzusetzen“ – jedenfalls nicht „immer“. Deutschland falle als „Mittelmacht militärisch nicht ins Gewicht“ und solle seine „Rolle unter den Nationen der Welt“ deswegen lieber als „Vermittler, als ehrlicher Makler“ verstehen[17] – wohlgemerkt während es gleichzeitig seine Armee und nationale Rüstungsindustrie stärkt, um sein militärisches Gewicht zu erhöhen. Solange die militärische Eigenständigkeit noch nicht erreicht ist, will die AfD den deutschen Wohlstand durch „zielorientierte“ Kooperationen mit anderen Staaten durchsetzen.[18] In diesem Zusammen-

hang ist der „Ausgleich mit Russland“ für die AfD von „größter Wichtigkeit“.[19] Denn „pragmatisch betrachtet“ müsse anerkannt werden, dass Russland „über die in Deutschland dringend benötigten Rohstoffe in mehr als ausreichenden Mengen verfügt“. Diese „Situation“ hofft die AfD, „zu beiderseitigem Vorteil zu nutzen“.[20] Die deutschen Interessen durch eine Juniorpartnerschaft zu den USA oder eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik der EU zu verfolgen, lehnt die AfD ab. Denn die Ansätze der Transatlantiker und der Strategischen Autonomisten stehen beide im Widerspruch zur obersten Priorität der AfD: die nationale Souveränität Deutschlands. Die Transatlantiker sind bereit, Deutschlands militärische und damit machtpolitische Abhängigkeit von den USA zu akzeptieren – undenkbar für die AfD. Die Strategischen Autonomisten wollen zwar im Verhältnis zu den USA (wie die AfD) die deutsche „Souveränität“ erlangen, allerdings indem sie die Abhängigkeiten vom überlegenen Washington auf die von Berlin dominierte EU verlagern. Immerhin ein Fortschritt in den Augen der Autonomisten – für die AfD ein Schritt vom Regen in die Traufe. Auch die Beteiligung der Bundeswehr an „katastrophalen“ Kriegen wie in Afghanistan oder Mali lehnt die AfD ab – beides Kriege, die Berlin ohne seine Partner in Washington bzw. Paris selbstständig nicht zu führen in der Lage gewesen wäre. Wozu auch, wenn die Rohstoffe der deutschen Industrie doch in Russland liegen?

Hauptfeind USA

Aus diesen außenpolitischen Grundsatzlinien ergibt sich die Position der AfD in der Ukraine-Frage. Für sie ist der Krieg in der Ukraine ein Krieg der USA; ein Krieg, in den die USA Deutschland gegen sein nationales Interesse hineingezogen haben. Also ein Krieg im Gegensatz zur Souveränität und den nationalen Interessen Deutschlands. Fragt man den Fraktionsvorsitzenden Chrupalla, dann sind es „die Amerikaner“, die vom Krieg in der Ukraine profitieren.[21] „Völlig ohne Not“ habe Deutschland seine Rolle als neutraler Mittler aufgegeben, und „dem unbeteiligten deutschen Volk“ die „horrenden Kosten“ der Kriegstreiberei „aufgezwungen“, heißt es in der bereits erwähnten sogenannten Friedensinitiative. Weder die Regierung unter Merkel noch unter der Ampel habe in der Ukraine-Frage Deutschlands nationale Interessen vertreten. Denn der „große Verlierer“ im Ukraine-Krieg wird nicht etwa Kiew oder Moskau sein, sondern Berlin, kann Fraktionsvorsitzende Alice Weidel „prophezeien“. Der Krieg in der Ukraine ist für sie vor allem ein „Wirtschaftskrieg gegen Deutschland“ – geführt von den USA. Es seien „Prozesse angestoßen worden“, die Deutschland nicht „beeinflussen“ können wird. „Darum“(!) trete die AfD für Friedensverhandlungen ein.[22] Die AfD lehnt Deutschlands Eingreifen in den Ukraine-Krieg ab: nicht, weil Krieg schrecklich ist, sondern weil es in ihren Augen „nicht unser Krieg“ sei.[23] Mit dem Ukraine-Krieg droht Deutschland den Zugriff auf die russischen Ressourcen nachhaltig einzubüßen. Gleichzeitig stärkt der Ukraine-Krieg die USA in ihrer Position als atomare Schutzmacht Europas. Das macht den Ukraine-Krieg für die AfD doppelt unerträglich. Sie schielt auf die russischen Ressourcen und will unbedingt raus aus der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA. Lieber mit den russischen Ressourcen und neuer militärischer Stärke gegen die USA, als mit den USA gegen Russland – die AfD betreibt in der Ukraine-Frage keine Friedenspolitik, sondern antiamerikanische Bündnispolitik.

Auf dem deutschen Auge blind

Dass Berlin sich seit der Kapitulation 1945 in einer bis heute andauernden militärischen und politischen Abhängigkeit von Washington befindet, soll hier gar nicht in Abrede gestellt werden. Es wäre allerdings ein Trugschluss, deswegen anzunehmen, dass der deutsche Staat keine nationale Agenda verfolgt. Und ja: es stimmt, dass ein deutsch-russisches Bündnis US-Geostrategen ein Dorn im Auge wäre. Das heißt aber noch lange nicht, dass Berlin die Partnerschaft zu Moskau nicht aus eigenem Kalkül auf Eis gelegt hat. Deutschland opferte seine partnerschaftlichen Beziehungen zu Russland nicht aus Vasallentum gegenüber den USA, sondern wegen nationaler Interessen: Die Erweiterung der EU und der NATO nach Osten diente auch der Ausweitung der deutschen Einflusssphäre.
Dass die AfD ausgerechnet in Osteuropa kein eigenständiges machtpolitisches Interesse Deutschlands erkennen kann, ist im besten Fall geschichtsvergessen. Russlands Einfluss in Osteuropa zurückzudrängen und die Region deutschen Interessen unterzuordnen, ist seit Jahrhunderten eine Grundsäule deutscher Machtpolitik. Es ist nicht das erste Mal, dass die herrschende Klasse in Deutschland das Risiko eines Weltkrieges in Kauf nimmt, um ihren Ostimperialismus durchzusetzen. Schon während des Ersten Weltkrieges zielten die führenden Köpfe in Militär, Staat und Wirtschaft auf eine Eroberung von Rohstoffen, Siedlungsland, Arbeitskraft und Handelsrouten in Osteuropa. Von Finnland über die Baltischen Staaten, Polen und die Ukraine bis nach Rumänien wollten die Deutschen herrschen – das meiste davon damals nicht nur Einflusszone Moskaus, sondern russisches Staatsgebiet. Selbst das durch die Abspaltung der „Randstaaten“ geschwächte Restrussland hoffte der eine oder andere deutsche Industrielle seinem Profit unterzuordnen. Der Glaube an einen

Kampf der überlegenen germanischen Kultur gegen das Slawentum war weit verbreitet. „Rassenhass“ sei der Grund der deutschen „Gegnerschaft zu Russland“, so beispielsweise Paul von Hindenburg, Teil der Obersten Heeresleitung und späterer Reichspräsident.[24] Während des Zweiten Weltkrieges verfolgten die Deutschen den sogenannten „Generalplan Ost“, ein siedlerkolonialistisches Projekt in Osteuropa. 31 Millionen Menschen wollten sie vertreiben um den Deutschen „Lebensraum im Osten“ zu erobern.[25] Heinrich Himmler, führende Figur des deutschen Faschismus, plante „rassisch Wertvolle aus dem Brei [der Bevölkerung Osteuropas] herauszufischen“, um sie zu germanisieren. Der Rest der Osteuropäer habe den Deutschen als „führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung [zu] stehen“ und „jährlich Wanderarbeiter [zu] liefern“.[26]

Mit der in den Neunzigern begonnenen EU-Osterweiterung hat Deutschland eines seiner epochen-überdauernden machtpolitischen Ziele erreicht: Osteuropa aus dem russischen Einfluss herausbrechen und in den deutschen eingliedern. Mit einem Angriffskrieg gegen Jugoslawien, EU-Beitritten und Assoziierungsabkommen und einem Regime Change in der Ukraine hat Berlin den post-sowjetischen Raum zu seinem „Hinterland“ gemacht.[27] Dass jetzt deutsche Soldaten von Finnland über die Baltischen Staaten, Polen und die Ukraine bis nach Rumänien aufmarschieren, dass die Bundeswehr einen Stützpunkt in Litauen aufbaut, dass Berlin seine Armee und Rüstungsindustrie ausbaut und dabei auf einen Krieg gegen Russland ausrichtet – das alles ist keine Hörigkeit gegenüber den USA. Das ist deutschnationale Machtpolitik. Berlin ist spätestens seit 2014 dabei, die Gebietsgewinne der EU-Osterweiterung militärisch abzusichern. Deutschland führt in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg um sein Hinterland. Wenn die AfD dafür allein die USA verantwortlich macht, verschleiert sie Deutschlands nationale machtpolitische Interessen in Osteuropa. Gleichzeitig trägt sie die Hochrüstung Deutschlands und die Kriegsvorbereitungen von Berlin und NATO mit. Mit der „Verantwortung Deutschlands für den Frieden in Europa“ hat das alles nichts zu tun.

Anmerkungen

1 Sonntagsfrage Bundestagswahl 4.1.2024, https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/.
2 Pressemitteilung der AFD vom 4.4.2023, „AfD demonstriert für den Frieden“.
3 Ebd.
4 Friedensinitiative auf der Webseite der AFD, https://www.afd.de/friedensinitiative/.
5 Pressemitteilung der AFD vom 4.4.2023, „AfD demonstriert für den Frieden“.
6 Plenarprotokoll 20/118 des Deutschen Bundestages.
7 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik.
8 Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr, Arbeitskreis Verteidigung der AFD.
9 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik.
10 Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr, Arbeitskreis Verteidigung der AFD.
11 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik.
12 Plenarprotokoll 20/118 des Deutschen Bundestages.
13 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik.
14 Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr, Arbeitskreis Verteidigung der AFD.
15 Alice Weidel im Gespräch mit Volker Finthammer, Deutschland Funk, 16.10.2022.
16 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik.
17 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik.
18 Tino Chrupalla bei Markus Lanz am 29.11.2022 https://www.youtube.com/watch?v=FTzxZG6Rwmc.
19 Alice Weidel im Gespräch mit Volker Finthammer, Deutschland Funk, 16.10.2022.
20 Realpolitik im deutschen Interesse. Strategiepapier der AFD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik .
21 Tino Chrupalla bei Markus Lanz am 29.11.2022 https://www.youtube.com/watch?v=FTzxZG6Rwmc.
22 Alice Weidel im Gespräch mit Volker Finthammer, Deutschland Funk, 16.10.2022.
23 Pressemitteilung der AFD vom 04.04.2023, „AfD demonstriert für den Frieden“.
24 Griff nach der Weltmacht, Fischer, 1961.
25 Europastrategien des deutschen Kapitals, Opitz, 1994, S. 868-898.
26 Europastrategien des deutschen Kapitals, Opitz, 1994, S. 653.
27 Konrad Popławski: The Role of Central Europe in the German Economy. www.osw.waw.pl.

Deutsche Rüstungsexporte nach Israel und die Region

von Elvin Çetin

Seit dem brutalen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Israel, bei dem 1.200 Menschen getötet und 240 Personen entführt worden sind, haben die israelischen Verteidigungskräfte (Israel Defense Forces, IDF) erhebliche Teile des Gaza-Streifens durch Luft- und Bodenangriffe in Schutt und Asche gelegt. Im Norden und in Gaza-Stadt sollen über 60 Prozent der Gebäude beschädigt oder zerstört sein.[1] Im Verlauf des Konflikts gegen die Hamas[2] hat das israelische Militär nach Angaben der Hilfsorganisation Handicap International mehr als 12.000 Bomben auf Wohngebiete im Gazastreifen abgeworfen (Stand: 7. Dezember 2023).[3] Die aktuelle Anzahl der Todesopfer beläuft sich auf über 25.000 Menschen – in der Geschwindigkeit sind das mehr als in jedem anderen Konflikt in diesem Jahrhundert.[4] Mehr als 65.000 Menschen wurden verletzt.

Laut einem Bericht der Tagesschau hat Deutschland seine Rüstungsexporte nach Israel seit dem 7. Oktober fast verzehnfacht.[5] 2022 betrug der Exportbetrag 32,3 Mio. Euro, knapp ein Jahr später liegt dieser Betrag bei 323,2 Mio. Euro.

Auch deutsche Rüstungsgüter werden in diesem Krieg eingesetzt. In den Jahren 2020-2023 hat Israel Rüstungsgüter aus Deutschland im Wert von über 1 Milliarden Euro erhalten.

Beteiligung deutscher Firmen

Produkte von deutschen Rüstungsfirmen werden vom israelischen Militär gekauft und in den von Israel geführten Angriffen in Gaza und im Westjordanland eingesetzt. Das deutsche Unternehmen ThyssenKrupp hat zwischen 2016 und 2021 vier Sa'ar [6] Kriegsschiffe für die israelische Marine gebaut – diese Raketenkorvetten wurden zum ersten Mal am 16. Oktober 2023 beim Angriff auf Gaza genutzt.6 2022 hat das Unternehmen drei U-Boote im Wert von drei Milliarden Euro an Israel verkauft – ein Drittel des Preises wird von der Bundesregierung übernommen.[7]

Auch Technologien von Rheinmetall, beispielsweise Panzerkanonen, sind in Israel präsent. Die Munition in den in Gaza eingesetzten 155-mm-Panzerhaubitzen werden von General Dynamics in den USA und Rheinmetall hergestellt.[8] Das Unternehmen ist außerdem an der Entwicklung von ferngesteuerter Präzisionsmunition gemeinsam mit dem israelischen Munitionsproduzenten UVision sowie an der Entwicklung und Herstellung von Radhaubitzen gemeinsam mit Israels größtem privaten Waffenhersteller, Elbit Systems, beteiligt.[9]

Seit Jahren liefert das Augsburger Unternehmen Renk Schalt-, Wende- und Lenkgetriebe für die aktuelle Version des israelischen Merkava-Kampfpanzers (Mk IV).[10] Das Unternehmen MTU mit Sitz in Friedrichshafen stellt Motoren für israelische Kriegsschiffe und Panzer her, u.a. für den oben genannten Merkava-Panzer Mk IV. Auch der Rüstungs- und Sensorikhersteller Hensoldt mit Hauptsitz in Bayern ist ein wichtiger Liefer- und Handelspartner des israelischen Militärs. Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung gibt es verschiedene Kooperationen zwischen Hensoldt und der Israel Aerospace Industries sowie dem israelischen Staatsunternehmen Rafael Advanced Defense Systems.[11]

In den letzten Wochen sind Regierungsstimmen aus der EU und der Ukraine lauter geworden, noch mehr und schneller Waffen in die Ukraine nachzuliefern, da die Reserven immer kleiner werden. Einer der Gründe ist, dass der Westen nun neben der Ukraine auch Israel massiv weiter aufrüstet. Durch den Krieg in Gaza wurden Berichten zufolge Waffenexporte aus den USA, die für die Ukraine bestimmt waren, umgeleitet und nach Israel geschickt.[12] Auch deutsche Rüstungsunternehmen profitieren von dieser Politik – Aktien der Unternehmen Rheinmetall und Hensoldt haben nach dem Angriff der Hamas und dem israelischen Gegenschlag eine Wertsteigerung von bis zu 12 Prozent verzeichnet.

Protest gegen die Produktionsstandorte von Elbit Systems Deutschland in Ulm im Januar 2024. Quelle: Privat.

Eskalationssteigerung durch deutsche Rüstungsexporte

Der alarmierende Zuwachs von Rüstungsexporten an einen Staat, der bei seinem Angriff bereits zehntausende Zivilist*innen getötet hat, reiht sich ein in eine immer stärker werdende Tendenz der Bundesregierung, mehr und mehr Kriegsmaterial zu exportieren. Dies wird zum vergangenen Jahresabschluss nochmal mit den aktuellen Rüstungszahlen bestätigt: 2023 wurden Rüstungsexporte in Höhe von mindestens 12,2 Milliarden Euro genehmigt. Das bedeutet einen Anstieg von über 25 Prozent im Vergleich zum bisherigen Rekordstand von 9,35 Milliarden Euro im Jahr 2021. Die Hauptempfänger dieser Exporte sind, abseits der Ukraine und NATO-Staaten, Länder im Nahen und Mittleren Osten.[13]

Die Bundesregierung gewährte den Export von Rüstungsgütern aus deutscher Herstellung im Wert von 1,76 Milliarden Euro für Drittländer wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten oder Saudi-Arabien. Die neueste Entwicklung in diesem Kontext ist die Ankündigung von Außenministerin Baerbock, den Export von Eurofightern nach Saudi-Arabien doch zu genehmigen. 2018 hatte die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD unter der Führung von Ex-Kanzlerin Angela Merkel beschlossen, einen Genehmigungsstopp für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien einzuführen.

Saudi-Arabien führt die Kriegskoalition der im Jemen intervenierenden Staaten an. Darüber hinaus hatte Saudi-Arabien eine See-, Land- und Luftblockade gegen seinen Nachbarstaat Katar verhängt. Die Festschreibung im Koalitionsvertrag, keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten zu erteilen, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind, wäre mit dem Export der Eurofighter nach Saudi-Arabien nichtig. Der Kurswechsel wird begründet mit dem Einsatz bereits an Saudi-Arabien gelieferter Eurofighter für den Abschuss von Raketen der jemenitischen Huthi-Rebellen, die seit dem Krieg gegen Israel gerichtet waren. Dass sich im Jemen eine der weltweit größten humanitären Katastrophen abspielt, in der Schätzungen der UN zufolge seit Kriegsbeginn im Jahr 2015 mehr als 377.000 Menschen[14] getötet worden sind und das Land sich seit Jahren in einem bitteren Dauerausnahmezustand bestehend aus Hungersnot und Epidemien befindet, spielt bei der Unterstützung der Bundesregierung für Saudi-Arabien keine Rolle. Trotz dieser Katastrophen befeuert Deutschland genau diesen Konflikt mit Rüstungsexporten. Mit ihrer Entscheidung, Rüstungsgüter in die Region zu liefern, trägt die Bundesregierung maßgeblich zum wachsenden gewaltvollen Eskalationspotential bei. Die ersten geopolitischen Folgen und Spillover-Effekte (dt. Übertragungseffekte) des Kriegs in Gaza sind im Libanon, Irak, Jemen und Syrien zu verzeichnen. Solange es keinen Waffenstillstand in Gaza gibt, besteht die Gefahr, dass sich der Konflikt immer weiter ausbreiten wird.

Hamas und ihre Waffen

Informationsquellen zu Waffenlieferungen an die Hamas sind relativ limitiert. Die Hamas sowie der Islamische Jihad wurden maßgeblich aus dem Libanon,

Protest gegen Elbit in Großbritannien im Jahr 2014. Quelle: Flickr/ Campaign Against Arms Trade.

Syrien, Jordanien und dem Iran aufgerüstet. Die Lieferwege basieren in erster Linie auf dem ausgeprägten Tunnelsystem über die Grenze zwischen Ägypten und Gaza. Durch die komplette Isolation auf dem Meer- und Luftweg ist das Tunnelsystem der verlässlichste Weg, Waffen und sonstige Güter nach Gaza zu importieren. Interviews mit Kommandanten des bewaffneten Arms der Hamas, den Al-Qassam-Brigaden, beinhalten Informationen über Waffenlieferungsrouten durch den Sudan.
Ein erheblicher Anteil der der Hamas zur Verfügung stehenden Munition besteht aus nicht-explodierter israelischer Munition, die nach Angriffen der IDF gesammelt, bei Bedarf recycelt und wieder einsatzbereit gemacht wird.[15] Allerdings ist die Hamas inzwischen nicht nur abhängig von Waffen- und Munitionslieferungen aus der Region, sondern stellt einen erheblichen Teil ihrer Waffen auch selber her. Die einheimische Waffenproduktion der Hamas beinhaltet Drohnen sowie Raketenabschuss- und Luftverteidigungssysteme.[16]
Es gibt außerdem auch Berichte über den Einsatz nordkoreanischer Munition.[17]

Fazit

Die Situation in Nahost wird sich nicht auf militärischem Weg lösen lassen. Die von der Bundesregierung selbst als „restriktiv“ titulierte Rüstungsexportpolitik wird durch die – mit der vordergründigen deutschen Staatsräson begründeten – Unterstützung eines der mächtigsten und modernsten Militärapparate weltweit als Farce entlarvt. Neben der deutschen Staatsräson – der bedingungslosen und unverbrüchlichen Solidarität mit Israel aufgrund der deutschen Historie – als Exportgrund, sind strategische und wirtschaftliche Kooperationen nicht außer Acht zu lassen. Die deutsch-israelische Rüstungskooperation geht bis zur Staatsgründung Israels zurück. Beide Staaten verdienen stark am weltweiten Rüstungswettlauf und gehören zu den zehn größten Rüstungsexporteuren weltweit.
Durch den Verkauf von Waffen und weiteren Rüstungsgütern beteiligt sich Deutschland maßgeblich an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten. Auch Waffen und Teile von Waffen aus Deutschland werden bei den israelischen Angriffen verwendet – die Bundesregierung trägt daher eine Mitschuld an den Opfern und der Zerstörung in Gaza.

Anmerkungen

1 Weite Teile Gazas in Schutt und Asche. faz.net, 22.12.2023.
2 Abkürzung für: Harakat al-Muqawama al-Islamiya, dt.: Islamische Widerstandsbewegung.
3 Occupied Palestinian Territories - Israel: 12,000 bombs dropped on Gaza, one of the most intense bombing campaigns in modern war. hi.org 7.12.2023.
4 Gaza Civilians, Under Israeli Barrage, Are Being Killed At Historic Pace. Nytimes.com 25.11.2023.
5 Rüstungsexporte nach Israel fast verzehnfacht. Tagesschau.de 8.11.2023.
6 Israeli Navy’s Sa’ar 6 corvettes used to strike Gaza ground targets.globaldefensecorp.com 26.10.2023.
7 Drei U-Boote für drei Milliarden Euro: TKMS in Kiel baut für Israel. Ndr.de 20.1.2022.
8 BIP-Aktuell #283: Deutschland liefert Munition für Haubitzen an Israel.
9 Pressemitteilung. Rheinmetall.com 16.5.2023.
10 Wie deutsche und israelische Rüstungsunternehmen kooperieren. Sueddeutsche.de 17.10.2023.
11 Ebd.
12 Ukraine’s artillery supply declines as shells go to Israel. defenseone.com 17.11.2023.
13 So viele Rüstungsexporte wie noch nie. Tagesschau.de 27.12.2023.
14 The war on Yemen’s civilians. Caat.org.uk 25.8.2023.
15 Hamas’s relentless efforts to build up its military arsenal in Gaza. Lemonde.fr 11.10.2023.
16 Hamas‘ primary weapons in Israel attack: Deception and the element of surprise. English.elpais.com 12.10.2023.
17 Inside the arsenal: Iranian-sourced weapons used in Hamas and Islamic Jihad’s Israel assault. Observers.france24.com 13.10.2023.

Gaza: KI-basierte Bombardierung

Technologischer Solutionismus im sog. „Nahost-Konflikt“

von Christoph Marischka

Mit wie vielen Bomben und Raketen Israel tatsächlich den dicht besiedelten Gaza-Streifen mit seiner Bevölkerung von 2,2 Mio. Menschen – davon fast die Hälfte minderjährig – bislang beschossen hat, ist sicher auch Teil der Propagandaschlacht und damit schwer verlässlich festzustellen. In den ersten sechs Tagen nach den Massakern der Hamas und ihrer Verbündeten am 7. Oktober 2023 hatte jedoch die israelische Luftwaffe selbst die Zahl der bislang abgeworfenen Bomben auf Gaza mit 6.000 beziffert,[1] also durchschnittlich 1.000 pro Tag, knapp 42 pro Stunde. Die Zahl der hierbei Getöteten wurde von den Gesundheitsbehörden Gazas – die der Hamas unterstehen – am 12. Oktober mit 1.417 angegeben, diejenige der Verletzten mit 6.268.[2] Im Lagebericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vom 5. November wurde die Zahl der Getöteten in Gaza nach einem knappen Monat mit 9.770 angegeben, davon 40% Kinder und 22% Frauen. Zu diesem Zeitpunkt ging die WHO von 24.000 Verwundeten (welche die Krankenhäuser „fluteten“) und von 1,5 Mio. Binnenvertriebenen aus – mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Über 16.000 Wohneinheiten galten damals bereits als zerstört und 160.000, 45% Prozent des gesamten Bestandes in Gaza, galten bereits damals als beschädigt.[3] Vor allem arabische und türkische Medien sprachen etwa zur selben Zeit von insgesamt bis zu 25.000 Tonnen Sprengstoff, den Israel in Gaza bereits eingesetzt habe und verglichen diese mit der Sprengkraft von Atombomben. Laut Aljazeera habe Israel nach eigenen Angaben bis zum 1. November 12.000 Ziele angegriffen, das wären knapp 500 pro Tag.[4] Das war, bevor die Luftangriffe auch auf den Süden Gazas massiv ausgeweitet wurden.

Vermeintlich präzise Zielauswahl

In offiziellen Stellungnahmen und gegenüber ihren internationalen Verbündeten versicherten israelische Militärs und Politiker*innen mehrfach, die Vorgaben des humanitären Völkerrechts einzuhalten und die Verhältnismäßigkeit im Einzelfall zu prüfen. Besonders hervorgehoben wird dabei an vielen Stellen das Korps des Militärstaatsanwaltes (MAGC) und dessen Abteilung für Internationales Recht (ILD). Hierzu zitierte etwa die Zeitung Die Welt am 10. November 2023 einen Juristen des US-Militärs: „Das MAG-Korps der IDF [Israel Defence Forces, die israelischen Streitkräfte] ist eine außergewöhnlich kompetente Gruppe von Beratern in Sachen Kriegsvölkerrecht, und es ist so organisiert, dass sichergestellt ist, dass IDF-Kommandeure in Echtzeit Rechtsberatung höchster Qualität erhalten. […] Sobald Feindseligkeiten ausgebrochen sind, wird die ILD mit zusätzlichen Experten für Kriegsvölkerrecht verstärkt, was aktive Offiziere und Reservisten einschließt, um die ILD zu verstärken“. Dabei handele es sich um die Operationelle Rechtseinheit (OLA): „Mitglieder der OLA entscheiden, ob vorgeschlagene Ziele als militärische Ziele qualifiziert werden können, identifizieren mögliche Bedenken bezüglich der Verhältnismäßigkeit und geben Input, was andere völkerrechtliche Verbote, Beschränkungen oder Pflichten anbelangt“.[5] Am 29. Oktober hatte der ehemalige Armeechef und Premierminister Israels, Ehud Barak, auch im Hinblick auf den aktuellen Krieg gegenüber der Süddeutschen Zeitung versichert: „Jedes Ziel wird mehrfach vorher überprüft, es gibt juristischen Rat. Es werden alle möglichen Abwägungen getroffen. Es ist nicht einfach“.[6] Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, übernahm noch Anfang Dezember diese Erzählung: „Wie ich bereits zuvor gesagt habe, hat Israel ausgebildete Juristen, die Kommandanten beraten, und ein robustes System, das die Einhaltung des internationalen humanitären Rechtes garantieren soll“.[7] Die Welt hat allerdings in ihrem Beitrag eingeräumt: „Wie die IDF konkret Ziele auswählen und welche Abwägungen einfließen, um Rechtskonformität herzustellen, unterliegt der Geheimhaltung.“

Zielvorschläge durch Künstliche Intelligenz

Nun haben zunächst die beiden linken israelisch(-palästinsisch)en Medienprojekte +972Mag und LocalCall und kurz darauf auch der britische Guardian[8] auf der Grundlage von Gesprächen mit Angehörigen des israelischen Sicherheitsapparates Artikel veröffentlicht, wonach bei der Zielauswahl auch im großen Maßstab Künstliche Intelligenz (KI) zum Einsatz käme. Der Guardian verweist dabei auch auf eine kurze Stellungnahme auf der Homepage der IDF, wonach diese ein KI-System namens ‚Habsora' einsetze, um „Ziele in großer Geschwindigkeit zu identifizieren". Vor dem aktuellen Krieg habe der ehemalige Generalstabschef der IDF, Aviv Kochavi, in einem Interview behauptet, bereits im kurzen Krieg gegen die Hamas von 2021 hätten es die KI Systeme ermöglicht, 100 Ziele am Tag zu produzieren – gegenüber 50 pro Jahr in der Zeit zuvor. Alle drei Beiträge legen letztlich nahe, dass die Ziele zumindest im aktuellen Krieg meist von den KI-Systemen vorgeschlagen und dann noch – irgendwie – von Militärs geprüft würden, bevor sie tatsächlich angegriffen würden. Die Quote der durchgeführten Angriffe habe laut Aviv Kochavi 2021 bei 50% gelegen. Nun zitiert der Guardian verschiedene Quellen aus dem israelischen Sicherheitsapparat, wonach jeder KI-generierte Zielvorschlag auch einen Datensatz enthalte, der den „collateral damage score" angebe und auf einem Algorithmus basiere, der abschätze, wie viele „Zivilisten"[9] sich noch im angegriffenen Gebäude befänden. Weiter wird dort angegeben, dass dieselbe oder eine andere Einheit der IDF in den vergangenen Jahren eine Datenbank mit 30.000 bis 40.000 Identitäten erzeugt hätte, bei denen der Verdacht bestehe, Angehörige der Hamas zu sein. Das übersteigt um etwa ein Drittel die von US-Geheimdiensten geschätzte Gesamtzahl der Hamas-Angehörigen und v.a. die ihres „harten Kerns" um ein Vielfaches. In der Vergangenheit seien nur höherrangige Hamas-Angehörige angegriffen worden, wenn von einer größeren Zahl ziviler Opfer ausgegangen worden wäre, nun gelten offenbar auch mutmaßliche Aufenthaltsorte niederrangiger Funktionär*innen der Hamas als legitime Ziele. Innerhalb der entsprechenden Abteilung herrsche eine Wahrnehmung vor, dass man danach beurteilt werde, wie viele Ziele man identifiziere, so eine Quelle, die dort früher gearbeitet habe. Danach betrachte nochmal ein Mensch kurz die Vorschläge, habe aber nicht viel Zeit für die Entscheidungsfindung, heißt es weiter beim Guardian, der dazu passend noch eine Forscherin des Friedensforschungsinstituts SIPRI zum sog. ‚Automation Bias' zitiert: Die Tendenz, dass Handlungsvorschlägen komplexer Systeme auch dann gefolgt wird, wenn man ihre Grundlagen nicht verstehen und nachvollziehen kann.

Ethik und Völkerrecht

Mittlerweile haben auch verschiedene deutsche Medien die Berichte des +972 Mag, LocalCall und des Guardian zur KI-basierten Zielauswahl aufgegriffen, darunter Kai Biermann in der Wochenzeitung Die Zeit,[10] welcher ebenfalls eine Zunahme ziviler Opfer im aktuellen Krieg und einen Zusammenhang mit dem Einsatz von KI in der Zielerkennung nahelegt. Darüber hinaus spricht er „technische und vor allem ethische Probleme" an: „Denn die Entscheidungen solcher Systeme sind nicht mehr einfach nachvollziehbar. Dafür sind die Datenmengen zu groß und die Verfahren zu komplex. Noch schwieriger wird es, wenn der gesamte Prozess so wie in Israel geheim ist. Eine Beurteilung, ob eine Entscheidung ethisch gerechtfertigt ist oder nicht, ist damit kaum möglich. Auch Fehler der Systeme lassen sich kaum erkennen, im Zweifel auch nicht für jene, die sie bedienen." Die Formulierung des „Fehlers im System" ist dabei durchaus passend, weil sie offen lässt, ob damit nur das technische System an sich, oder dessen Einbettung in eine politische und militärische Struktur, also etwa die Erwartungen und Annahmen des Bedienpersonals und die Zielvorstellung der politischen Verantwortlichen gemeint sind. Dass solche Prozesse geheim sind, dürfte allerdings keine Ausnahme in Israel und im aktuellen Krieg sein, sondern durchaus der Regelfall.

Zur Geheimhaltung allerdings gibt es eine interessante Bemerkung des Journalisten Yuval Abraham, der die KI-Zielerkennung öffentlich und zum Thema gemacht hat, gegenüber Democracy Today.[11] Dort betont er, dass er als Journalist in Israel einer militärischen Zensur unterliege, seine Veröffentlichung also vom Militär sozusagen genehmigt worden sei. Er, sowie der Guardian, berufen sich auf mehrere aktive und ehemalige Quellen des israelischen Sicherheitsapparates. Dadurch ergibt sich insgesamt der Eindruck, dass es dort zumindest keine großen Bemühungen und Widerstände dagegen gab, den Einsatz von KI bei der Zielauswahl im aktuellen Krieg bekannt werden zu lassen.

Das könnte damit zusammenhängen, dass die völkerrechtlich an sich gebotene Abwägung von Luftangriffen, die absehbar zivile Opfer fordern werden, sich in der aktuellen Kriegführung in Gaza ohnehin nicht halten lassen wird. Dagegen sprechen nicht nur die Luftaufnahmen nahezu vollständig zerstörter Wohnviertel, der Anteil der zerstörten Wohneinheiten am Gesamtbestand, die Alters- und Geschlechtsstruktur der bestätigten Toten und – nicht zuletzt – die Gesamtzahl der angegriffenen Ziele: in den ersten sechs Tagen 6.000, 12.000 in den ersten drei Wochen. Eine im Einzelfall abwägende, gar juristische Prüfung der völkerrechtlich gebotenen Verhältnismäßigkeit lässt sich

Zerstörungen in Gaza 2023. Quelle: Wikimedia Commons/ Tasnim News Agency

dabei plausibel nicht argumentieren. Der Einsatz von KI kann hier – bei aller Empörung, die er im ersten Moment hervorrufen mag – auch als Teil einer (völkerrechtlichen) Legitimation verstanden werden. So hat z.B. die Times of Israel in einem ausführlichen Beitrag zur Frage, ob die Luftangriffe auf Gaza mit dem Völkerrecht vereinbar sind, prominent darauf hingewiesen, dass nicht das Ergebnis, sondern die vorliegenden Informationen darüber entscheiden würden, ob ein Einsatz nachträglich als völkerrechtskonform oder als Kriegsverbrechen einzustufen wäre. Zitiert wird hier der Jurist Aurel Sari mit den Worten: "Wenn sich herausstellt, dass ihre Informationen falsch waren oder eine Waffe einen Defekt hatte oder andere Umstände dazu geführt haben, dass es zu mehr zivilen Opfern kam, als angenommen, dann ist das keine Verletzung des [internationalen] Rechts".[12] Das ist im Prinzip zutreffend; der (vermeintliche) Informationsstand des Kommandierenden spielte z.B. auch in Deutschland eine zentrale Rolle bei der Einordnung des „Massakers von Kundus" von 2009 und die Straffreiheit (und anschließende Karriere) des militärisch Verantwortlichen, des damaligen Oberst Georg Klein. Hinzuzufügen wäre, dass in Israel (als „Startup Nation") und im israelischen Militär ein insgesamt technologiefreundliches und disruptives Mindset existiert, das sich nicht nur auf den Einsatz von Technologien, sondern auch die (vermeintliche) „Weiterentwicklung" des Völkerrechts bezieht. Hierzu beispielhaft noch ein Zitat aus dem bereits mehrfach angesprochenen Beitrag aus der Welt, es stammt vom Leiter der IDL, der Abteilung für Internationales Recht bei der israelischen Militärstaatsanwaltschaft: „Israel hat, wie einige andere Staaten, das Erste Zusatzprotokoll der Genfer Konventionen nicht unterzeichnet, deshalb ist internationales Gewohnheitsrecht die Rechtsgrundlage, auf die wir uns beziehen, wenn wir in Sachen Kriegsvölkerrecht beraten – besonders wenn es darum geht, wie man sich im Kriegsfall zu verhalten hat." Das Gewohnheitsrecht zeichnet sich dadurch aus, dass es flexibler ist und seine Entwicklung durch die (vermeintliche) Akzeptanz neuer Normen durch (führende) Staaten erfolgt. Der Einsatz Künstlicher Intelligenz bei der Zielfindung in Gaza könnte somit auch zur Herausbildung einer neuen Sichtweise beitragen, wonach Kriegsverbrechen keine sind, wenn sie auf die Empfehlung einer Künstlichen Intelligenz zurückgehen.

Nachtrag zum Sprachgebrauch und zum „Auslassungsfehler"

Sowohl die israelisch-palästinensichen Quellen wie auch Democracy Now und der Guardian nutzen im Hinblick auf die Abteilung zur (KI-gestützten) Zielerkennung der israelischen Streitkräfte die Vokabel einer „Mass assassination factory", Kai Biermann in der Zeit benutzt im Titel in Anführungszeichen den Begriff „Zielfabrik". Eine originalgetreue Übersetzung des englischen Begriffs erscheint im deutschen Sprachraum problematisch und unangebracht und ließe sich auch im Original kritisieren. Ein weiterer Aspekt, der v.a. im Interview bei Democracy Today auffällt, ist die lose Verknüpfung mit der Nachricht, dass zumindest einzelne Abteilungen des israelischen Sicherheitsappa-

rates im Vorfeld über Angriffspläne der Hamas informiert gewesen seien. Die waren jedoch nicht mit einem konkreten Datum verbunden und wurden von höheren Stellen als „überambitioniert“ und unwahrscheinlich angenommen. Mittlerweile wurde von offiziellen Stellen bekannt gegeben, man wolle auffällige Bewegungen an den Aktienmärkten untersuchen, die auf Vorwissen über den Angriff der Hamas und ihrer Verbündeten hindeuteten. Auch diese hätten theoretisch bereits im Vorfeld bemerkt werden können.

Anstatt Verschwörungsnarrativen Vorschub zu leisten, sollen hier abschließend zwei Konzepte ins Spiel gebracht werden, die einen abstrakteren Zusammenhang zwischen den genannten Ereignissen andeuten. Das eine besteht in einem Auslassungsfehler (‚omission failure‘). Streng genommen ist er Teil des bereits angesprochenen Automation Bias: Wenn man sich zu sehr auf KI-Systeme verlässt, übersieht man auch das, was diese nicht erkennen oder designbedingt gar nicht erkennen können. Damit lässt sich womöglich erklären, warum die Warnungen einer Beobachtungseinheit (die angeblich nur aus Frauen* besteht) vor groß angelegten Anschlagsplanungen untergehen konnten und (offenbar) nicht in die Planung einflossen, die sich womöglich zu sehr an technischen bzw. KI-gestützten Analysen und Prognosen orientiert. Die israelische Debatte um das Versagen der Sicherheitskräfte im Vorfeld des 7. Oktobers 2023 ist diesbezüglich durchaus interessant: An vielen Stellen wird nun diskutiert oder festgestellt, man habe sich bei der Grenzüberwachung zu sehr auf High-Tech verlassen und in falscher Sicherheit gewähnt.[13]

Israel hat – davon wird allgemein ausgegangen – den oder einen der besten Geheimdienste der Welt und eine damit verwobene „Sicherheitsindustrie“, die mit ihren Produkten zur Infiltration und Auswertung als weltweit führend angesehen wird. Diese setzt seit Jahren auf Künstliche Intelligenz und die Ausnutzung von Sicherheitslücken. Die USA als enger Verbündeter überwachen seit Jahrzehnten die Metadaten der digitalen Kommunikation im „Nahen Osten“, um daraus Rückschlüsse auf bevorstehende Ereignisse zu ziehen. Israel hat vermutlich die Mittel und die Absicht, dies auch in Gaza zu tun. Es gibt unzählige Firmen, die für die US- und israelischen Geheimdienste entsprechende Dienstleistungen anbieten und dabei verschiedenste Datenquellen einbeziehen. Dies hat die Massaker vom 7. Oktober nicht verhindert und v.a. hat dies ganz offensichtlich keine Lösung oder sinnvolle Bearbeitung des zugrundeliegenden Konflikts vorangebracht. Man mag auch hier einen Solutionismus am Werke sehen, den de.wikipedia.org aktuell verkürzt zusammenfasst „als die Ideologie der Weltverbesserung durch Big Data“.[14] Der Begriff und die damit verbundene Kritik wurde wesentlich geprägt durch den Technologiekritiker Evgeny Morozov, u.a. in seinem Buch mit dem vielsagenden Titel „To Save Everything, Click Here“ („Um alles zu retten, klicken Sie hier“).

Vermutlich werden die israelischen Streitkräfte noch wochen- und monatelang KI-basiert 100 oder 500 Ziele pro Tag identifizieren und bombardieren können und damit den Tod weiterer (zehn)tausender Zivilist*innen befördern. Welches politische Ziel die israelische Führung damit aber verfolgt und wie eine mögliche Lösung des Konfliktes (sonst) aussehen könnte, darüber rätselt gerade die ganze Welt.

Anmerkungen

1 „Israel has dropped the same number of bombs on Gaza in six days as during the entire 2014 conflict“, cnn.com vom 13.10.2023.

2 „447 children and 248 women among 1,417 killed in Israeli strikes in Gaza“, reuters.com vom 12.10.2023.

3 World Health Organisation: Hostilities in the occupied Palestinian territory (oPt) - Public Health Situation Analysis (PHSA), reliefweb.int.

4 „Israel‘s attacks on Gaza: The weapons and scale of destruction“, aljazeera.com vom 9.11.2023.

5 „Wann Krankenhäuser für Israel legitime Ziele werden“, welt.de vom 10.11.2023.

6 „Interview mit Ehud Barak: ‚Das Ziel muss ein palästinensischer Staat sein‘“, sueddeutsche.de vom 29.10.2023.

7 „Strafgerichtshof ermahnt Israel und Hamas“, tagesschau.de vom 3.12.2023.

8 „‚The Gospel‘: how Israel uses AI to select bombing targets in Gaza“, theguardian.com vom 1.12.2023.

9 Die hierbei suggerierte vermeintlich klare Unterscheidung von Hamas-Funktionär*innen und Zivilist*innen wäre auch darüber hinaus kriegsvölkerrechtlich zu problematisieren.

10 „Die ‚Zielfabrik‘ der israelischen Armee“, zeit.de vom 3.12.2023.

11 „‚Mass Assassination Factory‘: Israel Using AI to Generate Targets in Gaza, Increasing Civilian Toll“, democracynow.org vom 1.12.2023.

12 „Is the IDF’s ongoing Gaza operation complying with the laws of war?“, timesofisrael.com vom 25.10.2023.

13 Siehe z.B.: „Years of subterfuge, high-tech barrier paralyzed: How Hamas busted Israel’s defenses“, timesofisrael.com vom 11.10.2023; sowie: „Report: Israel‘s heavy reliance on technology failed to protect it“, middleeastmonitor.com vom 19.10.2023.

14 de.wikipedia.org/wiki/Solutionismus (Stand 8.12.2023)

KI-Revolution Gaza?

Die „Startup Nation“ im Krieg

von Christoph Marischka

Nach den brutalen Massakern der Hamas und ihrer Verbündeten am 7. Oktober 2023 in Israel, welche den aktuellen Krieg in Gaza und darüber hinaus ausgelöst haben, entbrannte recht schnell eine Debatte, wie die Hamas Israels hochgerüstete Sicherheitsbehörden so dermaßen überraschen konnte. Die enge Zusammenarbeit zwischen Militär, Geheimdiensten und dem Technologiesektor war eine zentrale Komponente des israelischen Konzepts der „Startup Nation“, das weltweit als Vorbild für militärisch-technologische Innovationsfähigkeit galt und zahlreiche Unternehmen und Werkzeuge hervorbrachte, deren Fähigkeiten als führend oder gar einzigartig galten und gelten. Das gilt v.a. für die Signalerfassende Aufklärung (SigInt), also das Abhören von Kommunikation, das Eindringen in Cyber-physikalische Systeme („Hacken“) und die KI-basierte Auswertung verschiedener Datenquellen. Als populäre Beispiele könnte u.a. die Schadsoftware Stuxnet genannt werden, hinter der zumindest anteilig israelische Entwicklungen vermutet werden, sowie die Spionagesoftware Pegasus, die weltweit Anwendung findet – auch wenn es um die Überwachung von Menschenrechtsaktivist*innen und kritischen Journalist*innen geht.

Israelische Tech-Industrie in der Krise?

Die implizite Annahme war, dass sich in dem relativ überschaubaren Gaza-Streifen keine Maus bewegen könnte, ohne dass sie von Israel überwacht würde und schon gar nicht die Hamas einen solch komplexen Angriff vorbereiten könnte, ohne dass nicht zumindest irgendeine KI im Vorfeld Auffälligkeiten detektieren und melden würde. Eine in dieser Diskussion häufig vorgetragene Position bestand darin, dass nicht die Technologie selbst versagt hätte, die israelischen Behörden und die Gesellschaft insgesamt sich aber zu sehr auf diese verlassen und andere Formen der Überwachung und des Schutzes – u.a. durch Personal in Grenznähe – vernachlässigt hätten. In diese Richtung argumentiert auch eine Analyse von Vincent Carchidi für das Middle East Institute.[1] Aus dieser Rekonstruktion der Vorbereitungen des Angriffs vom 7. Oktober 2023 ergibt sich auch eine Ahnung davon, wie viele Menschen mit erheblichem Fachwissen und analytischem Potential gegenüber den Fähigkeiten und Strukturen der israelischen Verteidigungssysteme beteiligt gewesen sein müssen.

Trotzdem war das Selbstbewusstsein der Startup Nation kurzfristig erheblich angekratzt. Bereits zuvor waren als zentral erachtete Indikatoren militärisch-technologischer Innovationsfähigkeit und für den Zustand bzw. die „Wettbewerbsfähigkeit“ entsprechender „Ökosysteme“ eingebrochen, darunter das Volumen von Risikokapital, das in entsprechende Startups fließt und die Zahl der Exits und Übernahmen durch Unternehmen von Weltrang.[2] Hierbei handelte es sich jedoch überwiegend um globale Trends, die mit der allgemeinen Konjunkturlage und dem erhöhten Zinsniveau zusammenhängen, welches grundsätzlich als Hemmschuh für Risikokapitalinvestitionen und – damit im herrschenden Denksystem eng zusammenhängend – technologische Innovationen gilt. Als weiteres, für Israel und die jüngste Eskalation spezifisches Krisensymptom wurde jedoch in der entsprechenden Szene die Einberufung zum Militärdienst diskutiert, die aufgrund der besagten Verbindungen die israelischen Tech-Startups besonders betraf oder zumindest zu bedrohen schien: Viele Angestellte dieser Unternehmen wurden zum Militärdienst eingezogen, Branchenverbände und einzelne Firmen berichteten von durchschnittlich 15% und bis zu einem Drittel ihrer Belegschaft, zudem habe auch die Produktivität der Verbliebenen abgenommen durch psychologische Belastung, häufige Alarme wegen anfliegender Raketen oder Angehörigen, die eingezogen wurden.[3] Ganz grundsätzlich, so wurde an anderer Stelle ausgebreitet, bilde der anhaltende Krieg keinen guten Hintergrund für größere Übernahmen und Investitionen, von denen die Branche besonders abhängig ist.[4] Dabei mag es sich zumindest in Teilen auch um professionelles Lamentieren gehandelt haben, um staatliche und internationale Unterstützung zu mobilisieren. Diese ist dann

in verschiedenen Formen auch erfolgt; so hat etwa die Behörde zur Innovationsförderung des Finanzministeriums (Israeli Innovation Authority) ihr Fördervolumen für junge Startups kurzfristig verdreifacht und Risikokapitalgeber*innen weltweit haben verschiedene Fonds eingerichtet, um Unternehmen zu unterstützen, die (angeblich) durch den Militärdienst belastet werden. Das prominenteste Beispiel hierfür heißt „Iron Nation“ und hat das Ziel proklamiert: „Vielversprechende, gefährdete Startups [zu] unterstützen, während ihre heldenhaften Teams ihr Land verteidigen“.[5]

Im Herz einer KI-Revolution?

Inzwischen ist jedoch die Stimmung wieder in den für die Branche üblichen Optimismus umgeschwungen. Eher bemüht oder beschwörend wirkt da noch ein Meinungsbeitrag der israelischen Wirtschafts-Botschafterin in Washington für CNBC Mitte Dezember 2023 unter dem Titel: „Nach jeder Krise kehrt Israels Wirtschaft stärker zurück“. Hierfür gäbe es „unglücklicherweise vielfältige Beispiele“. Und auch jetzt wieder sei „offensichtlich, dass sich Israel bereits wieder erholt, und es sind die kundigsten und erfahrensten Investoren, die diese tiefgreifende Gelegenheit nutzen“.[6] Ihr zentrales Narrativ einer besonders „resilienten“ (Startup-)Nation wurde u.a. in einem Beitrag der Times of Israel vom 8. Januar 2024 ausführlich aufgegriffen und ausgebreitet. Zitiert wird hier u.a. die Leiterin der israelischen Niederlassung des japanischen Tech-Giganten NTT: „Es war ein Jahr, das uns daran erinnert hat, wie wichtig Einigkeit und die Kraft der gegenseitigen Unterstützung und der zivilen Kreativität sind […]. Wir haben gesehen, dass das gesamte Ökosystem hinter der Botschaft steht, dass israelische Tech-Industrie liefert, egal was passiert“.[7] Es ist insgesamt auffällig, dass nahezu alle aktuellen Beiträge, die sich auf den Begriff der „Startup Nation“ berufen, nur Gemeinsamkeiten und Solidarität zu kennen scheinen, keine Konkurrenz, keine Widersprüche und keine Konflikte. Angestellte, Kapitalgeber*innen, CEOs, Regierung und Militär scheinen alle mit hohem persönlichem Engagement dieselben Ziele zu verfolgen und dieselbe Meinung zu vertreten. Zwar wird z.B. die Mobilisierung von Reservist*innen als Herausforderung dargestellt, eine Kritik an ihr ist in diesem Kontext jedoch nicht im Ansatz zu erkennen. Angesichts der tiefen Risse, welche sich aktuell nicht nur im Hinblick auf den Krieg und seine Ziele auch durch die israelische Gesellschaft ziehen, ist es unwahrscheinlich, dass dies auch nur annähernd die Realität abbildet.

Auch ansonsten scheinen sich die Protagonist*innen dieser Startup Nation in einer Art Parallel-Universum zu bewegen, die befremdliche Formulierungen und Ansichten zum Zusammenhang von Krieg, Technologie und Konjunktur hervorbringt. Ein Beispiel hierfür ist ein Beitrag des US-amerikanischen Tech-Unternehmers und Risikokapitalinvestoren Michael Fertik auf seinem (neu eingerichteten) Blog bei Times of Israel mit dem Titel: „Dieser Krieg wird Israels Stellung als Kraftzentrum der Künstlichen Intelligenz stärken“; Untertitel: „Der Konflikt mit der Hamas ist vieles: schrecklich, traurig und auch ein fruchtbarer Boden für massive und rapide technologische Innovationen“.

Dass Fertik den Krieg „furchtbar“ aber „notwendig“ findet, flicht er mehrfach in seinen Beitrag ein, kann ihm aber ansonsten viel Gutes abgewinnen: „Heute, obwohl Israel mit der traurigen Tatsache konfrontiert ist, dass es einen weiteren existenziellen Krieg führen muss, werden die Samen für eine bessere Zukunft gesät. Die besten Softwareentwickler*innen, Informatiker*innen, Forschenden und Unternehmer*innen Israels, die jetzt buchstäblich in den Schützengräben agieren, lernen, was möglich, praktisch und träumbar ist“. Im Mittelpunkt steht für ihn dabei das Thema Künstliche Intelligenz, bei der Israel gerade im „Herzen“ dessen stünde, was er mit der „kambrischen Explosion“ vergleicht. Diese wird populärwissenschaftlich u.a. als „Urknall des Lebens“ übersetzt und bezeichnet eine erdgeschichtlich relativ kurze Zeitspanne, in der sehr viele neue Gattungen von Lebensformen entstanden sind. Diese fast schon metaphysische Metapher wird dann noch durch recht banale Analogien ergänzt: „Krieg und militärische Notwendigkeiten werden schon immer mit Erfindungen in Verbindung gebracht: Klebeband, Mikrowellen, GPS und vielleicht sogar das Internet“.[8] Während an dieser Aussage inhaltlich nichts zu kritisieren ist, irritiert doch der euphorische Tonfall des Beitrages im Angesicht eines Krieges, den man erklärtermaßen „schrecklich“ findet.

Generative KI und psychologische Kriegführung

Skurril bis schockierend erscheinen auch verschiedene Beiträge von und über Shiran Mlamdovsky Somech und ihr Unternehmen „Generative AI for Good“ – was sich sowohl mit „Generative KI für das Gute“ und „Generative KI für immer“ übersetzen lässt. Somech bezeichnet sich als Tech-Entrepreneurin und Netzwerkerin, die Startups, NGOs, Regierungsbehörden und multinationale Unternehmen zusammenbringt. Ihre Geschäftsidee entwickelte sie zunächst am Thema häusliche Gewalt und mobilisierte Unternehmen und Behörden, um mit generativer KI ein Video zu erstellen und zu verbreiten, in dem eine israelische Frau, die von ihrem Mann brutal erstochen wurde (also bereits tot war), über ihre Beziehung spricht. Das Video habe dazu beigetragen, dass sich andere Frauen an entsprechende Hilfsangebote gewandt hätten, und damit „Leben gerettet“.

Protest in Paris im Dezember 2023: „Gaza, Stoppt das Massaker der Journalist*innen. Solidarität mit unseren Kolleg*innen“ Quelle: Active Stills/ Anne Peq.

Nun allerdings will Somech entsprechende Technologien in den Dienst des Krieges stellen. In einem Beitrag für die englischsprachige Website der hebräischen Wirtschaftszeitung „Calcalist“ schreibt sie unter dem (frei übersetzten) Titel „Generative KI wird einberufen“: „Das Bewusstsein wird zu einem weiteren Schlachtfeld, wenn Krieg geführt wird und der wichtigste Kampf entfaltet sich in der digitalen Welt, in der wir alle Soldaten und Kämpfer werden. Mit unseren Tastaturen werden wir Zeugen, wie Künstliche Intelligenz zu einem zentralen Werkzeug wird im Krieg um das Bewusstsein und die Narrative der Menschen. Dies ist ein neues Kapitel in der Evolution der digitalen psychologischen Kriegführung“. Anschließend beschreibt sie, dass es sich bei generativer KI um eine „innovative Technologie“ handle, mit der sich ohne technisches Vorwissen leicht und schnell neue Inhalte wie Text, Bilder und Videos erzeugen ließen. Einige „nutzen dies aus, um Angst, Furcht und Verwirrung zu stiften, indem sie Fake News und Deepfakes erzeugen“. „Auf der anderen Seite“ böten die neuen Werkzeuge auch die Möglichkeit, breiten und positiven „Einfluss“ auf die allgemeine Öffentlichkeit zu nehmen.[9]

Schlagzeilen machten Somech und ihr Unternehmen mit einem Video, das einen achtjährigen Jungen („Nave“) zeigt, der am 7. Oktober 2023 von der Hamas entführt und als Geisel gehalten wurde. Noch vor seiner Freilassung während der Waffenruhe Ende November wurde das Video von Angehörigen auf einer Pressekonferenz vorgeführt und ging viral.[10] Am Ende des emotionalen und akustisch mit Herzschlägen unterlegten Videos, in dem sich der simulierte Junge an seine Familie richtet, erscheint ein Text, der erklärt: „Um Nave zu hören, mussten wir KI benutzen“. Anschließend wird u.a. auf den Hashtag „#TheWestIsNext“ verwiesen, unter dem die Erzählung verbreitet wird, dass die Hamas als nächstes den globalen Westen angreifen werde, wenn Israel ihr nicht jetzt Einhalt gebiete. Spätestens hier könnte man durchaus argumentieren, dass es auch hier darum geht, „Angst, Furcht und Verwirrung zu stiften“ in einem „Krieg um das Bewusstsein und die Narrative der Menschen“. In ihrem Beitrag für Calcalist beschreibt und verlinkt Somech weitere Projekte, darunter mehrere Plattformen und Chatbots, die explizit darauf ausgerichtet sind, Kindern die aktuelle Situation „zu erklären“ und sie zu „beruhigen“.

KI-basierte Flächenbombardements

Apropos Paralleluniversum: In seinem oben genannten Blogeintrag begründet der Investor Fertik die bevorstehenden und stattfindenden Quantensprünge damit, dass „Präzision noch nie so wichtig war wie jetzt und die Investitionen der IDF [Israel Defense Forces] und ihrer Verbündeten, um diese Präzision zu erreichen, in den Bereich der Künstlichen Intelligenz fallen“. Anschließend berichtet er geradezu euphorisch, wie abgefangene Audio-Signale „in Lichtgeschwindigkeit“ und „Millionen Stunden von Videoaufnahmen gleichzeitig“ ausgewertet würden, um automatisiert Vorschläge für Angriffsziele zu extrahieren. Er spielt damit offenbar auf Veröffentlichungen an, wonach ein großer Teil der in Gaza bombardierten Ziele durch eine KI-basierte Software vorgeschlagen würde. Hierüber hat die IMI bereits berichtet und kommentiert: „Eine im Einzelfall abwägende, gar juristische Prüfung der völkerrechtlich gebotenen Verhältnismäßigkeit lässt sich [angesichts der schieren Masse der abgeworfenen Bomben über dicht besiedeltem Gebiet] plausibel nicht argumentieren. Der Einsatz von KI kann hier – bei aller Empörung, die er im ersten Moment hervorrufen mag – auch als Teil einer (völkerrechtlichen) Legitimation verstanden werden“.[11]

Tatsächlich deutet eigentlich nichts darauf hin, dass die von Fertik proklamierte „Präzision“ existiert oder

überhaupt angestrebt wird. Der Experte für die Untersuchung von mutmaßlichen Kriegsverbrechen, Marc Garlasco, hat in einem abwägendem Beitrag die Argumentation des Stabchefs der israelischen Luftwaffe zur Begründung der Luftschläge analysiert. Er beschreibt in diesem Zusammenhang, dass die Mehrheit der (bis dahin, Ende Dezember 2023) 29.000 abgeworfenen Bomben ungelenkt gewesen seien und hiervon wiederum ein Großteil „zu den größten gehören, die regulär verwendet werden", die noch im Umkreis von 300 Metern tödliche Wirkung haben könnten. Gerade vor dem Hintergrund, dass Israel über „eine der fähigsten militärischen Aufklärungen der Welt verfügt" und angeblich KI bei der Zielfindung einsetzt, sieht er Anzeichen dafür, dass die israelische Luftwaffe „weniger fokussiert auf eine auf Aufklärung basierte Luftkampagne ist, sondern eher darauf, im palästinensischen Sozialgefüge ‚Schock zu erzeugen' und den Druck auf die Hamas zu erhöhen – falls zutreffend, eine klar rechtswidrige Gewaltanwendung, weil die Gesellschaft kein legitimes Ziel ist".[12]

Die südafrikanische Anklageschrift gegen Israel wegen mutmaßlichen Völkermords fasst die weitgehend unbestrittenen Fakten zum Stand 27. Dezember 2023 zusammen: Demnach wurden seit dem 7. Oktober 2023 in Gaza mindestens 21.110 Menschen getötet und 55.243 verletzt. Unter den Getöteten waren 7.729 Kinder, weitere 4.700 Frauen und Kinder werden vermisst und ihre Leichen sind vermutlich unter dem Schutt begraben. Zu jenem Zeitpunkt galten 1,9 Mio. Palästinenser*innen als intern Vertriebene, mehr als 355.000 Wohneinheiten und damit 60% des Gesamtbestandes galten als zerstört oder beschädigt. Die Zerstörungen seien so großflächig, dass sie aus dem Weltraum sichtbar wären.[13] Präzision sieht anders aus. Nach Angaben eines israelischen Armeesprechers seien bis 6. Januar 2024 8.000 bis 9.000 Hamas-Kämpfer getötet oder gefangengenommen worden.[14] Während sich die Angaben zu gefangenen Hamas-Angehörigen im dreistelligen Bereich bewegen, liegt diese Zahl sehr nah an den Angaben zu getöteten Männern in Gaza insgesamt und ist entsprechend unglaubwürdig. Das Komitee zum Schutz von Journalisten berichtet zum Stand vom 12. Januar 2024 von 79 bestätigt getöteten Journalist*innen in Israel und Gaza,[15] 16 weitere wurden verletzt (im Jahr 2022 betrug die entsprechende Zahl weltweit 67). Auch das ist nicht gerade ein Indiz für herausragende Präzision.

Diese Zahlen und diese Kriegführung sind keine Werbung für Künstliche Intelligenz und ihre Anwendung bei der Zielfindung. Falls dieser Krieg tatsächlich das „Herz" einer KI-Revolution darstellt, sind das düstere Aussichten. Dessen ungeachtet scheint sich das Selbstbewusstsein der Startup Nation vor dem Hintergrund der Flächenbombardements erholt und zu neuen Höhen aufgeschwungen haben. Zum Glück steht die Startup Nation nicht für die israelische Gesellschaft insgesamt, in der die Kritik am militärischen Vorgehen und dem Versagen der Sicherheitsbehörden im Vorfeld – auch an dem zu großen Vertrauen auf technische Lösungen – anhält.

Anmerkungen

1 Vincent Carchidi: The October 7 Hamas attack - An Israeli overreliance on technology?, Middle East Institute, 23.10.2023, mei.edu.

2 Sharon Wrobel: Israeli tech exits slump 56% in 2023, deal flow drops to lowest level in a decade, Times of Israel, 6.12.2023, timesofisrael.com.

3 Oliver Mitchell: 2 Israeli robotics startup on the impact of war, The RobotReport, 30.10.2023, therobotreport.com, sowie Alex Konrad / Alexandra S. Levine: Israel Founders Struggle To Balance Startups And Front-Line Military Service, Forbes, 13.10.2023, forbes.com.

4 Steven Scheer: War threatens funding recovery in Israel's vital tech industry, Reuters, 11.10.2023, reuters.com.

5 ironnation.org, Startseite Stand 15.1.2024.

6 Anat Katz: After crisis, Israel's economy always comes back stronger, CNBC Op-Ed, 12.12.2023, cnbc.com.

7 Sharon Wrobel: After Israeli tech mobilized in wartime, how will startups fare in 2024?, Times of Israel, 8.1.2024, timesofisrael.com.

8 Michael Fertik: This war will bolster Israel's stature as an AI powerhouse, Times of Israel: The Blogs, 2.1.2024, blogs.timesofisrael.com.

9 Shiran Mlamdovsky Somech: Generative AI called up for duty, Ctech (by Calcalist), 19.10.2023, calcalistech.com.

10 Jessica Steinberg: Tormented grandfather shows AI video of 8-year-old grandson, held in Gaza, Times of Israel, 1.11.2023, timesofisrael.com.

11 Christoph Marischka: Gaza: KI-basierte Bombardierung - Technologischer Solutionismus im sog. „Nahost-Konflikt", IMI-Standpunkt 2023/049, 8.12.2023, imi-online.de.

12 Marc Garlasco: Legal Questions Answered and Unanswered in Israel's Air War in Gaza, Lawfare Blog, 2.1.2024, lawfaremedia.org.

13 Südafrikanisches Außenministerium: Anklageschrift gegen Israel, abrufbar auf der Homepage des Internationalen Gerichtshofs: https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf.

14 NBC News: „Up to 9,000 Hamas fighters killed or captured, IDF says, Meldung vom 6.1.2024, nbcnews.com.

15 Committee to Protect Journalists: „Journalist casualties in the Israel-Gaza war", Stand 13.1.2024. Die jeweils aktualisierten Zahlen finden sich hier: https://cpj.org/2024/01/journalist-casualties-in-the-israel-gaza-conflict/.

Stabilisierung im Sahel

von Pablo Flock

Junten vom Westen teilweise wieder umworben, trotz fehlender Schritte zur Demokratie und Abkehr vom Migrationsregime. Deutschland will Präsenz im Sahel behalten.

Obwohl die souveränistischen Militärregierungen von Mali, Burkina Faso und Niger ihren antifranzösischen Kurs fortsetzen, scheint zumindest Niger langsam wieder die Gunst von anderen westlichen Regierungen zu bekommen. Wie die beiden Nachbarländer hatte Niger die Militärkooperation mit zuerst Frankreich und kürzlich auch der EU beendet. Frankreich antwortete mit der Schließung seiner Botschaft in der Hauptstadt Niamey, was de facto das Ende der offiziellen diplomatischen Beziehungen bedeutet. Doch zwei andere Länder, die Truppen in dem Land haben, wollen nicht so schnell klein beigeben.

Deutschland und USA: Militärpräsenz retten

Die USA, die die größte Drohnenbasis der Welt und mit 1000 Soldat*innen kein kleines Kontingent auf nigrischem Boden unterhalten, rückten seit dem Putsch nie ganz von Niger ab. Die für ihre Rolle in der Ukraine und ihre Zitate bezüglich der EU berüchtigte Staatssekretärin Victoria Nuland reiste schon kurz nach dem Putsch im Juli 2023 nach Niger und setzte sich offenbar für eine Weiterführung der Kooperation ein. Im August wurde eine neue US-Botschafterin nach Niamey entsandt, was manchen so erschien, als habe Washington damit offen „Paris brüskiert, das auf die Isolierung der nigrischen Putschregierung setzte“, wie es das German-Foreign-Policy-Magazin kürzlich formulierte.1 Da die amerikanischen Drohnen schon im September ihre Flüge wieder aufnahmen, während sich die Beziehungen zu Frankreich in der Abwärtsspirale befanden, bestätigt sich der Eindruck vieler, dass die Vereinigten Staaten in Afrika nicht so sehr auf eine gemeinsame Bündnispolitik mit Frankreich setzen. Eine mehr oder weniger offene Rivalität der beiden Staaten in der Sahelregion war ein gängiges Motiv.

Dass jedoch auch Deutschland, den Verstoß des Nachbarlands aus Niger vergessend, sich dem Regime schon wieder als Partner anbiedert, kann als Kurswechsel gedeutet werden. Denn, wie Wolfram Lacher von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) im Februar 2021 in Bezug auf Mali feststellte, dominiere in der deutschen Politik gegenüber der Region „der Wille, die deutsche Bereitschaft zur Übernahme internationaler Verantwortung zu unterstreichen oder Solidarität mit Frankreich zu zeigen,“ über Überlegungen „welche Ansätze vor Ort sinnvoll“ wären, und dies obwohl Frankreichs Agieren in der Region „oftmals nachweislich zur weiteren Destabilisierung beigetragen“ habe.[2] Auch nach dem Putsch folgte man lange dem französischen Vorgehen, wonach der Putsch weit energischer verurteilt und sanktioniert wurde als beispielsweise der vorletzte Putsch in Mali 2020 (unter dem nun regierenden Assimi Goita, der aber vorerst auf die Weiterführung der Kooperation mit den Westeuropäern setzte).

Doch nun scheint Deutschland auch unabhängig von Frankreich auf weiteres militärisches Engagement in der Gegend zu setzen. Den oft als Luftdrehkreuz benannten militärischen Lufttransport-Stützpunkt, den Deutschland zusammen mit Frankreich nahe der nigrischen Hauptstadt Niamey unterhielt, möchte es jedenfalls lieber weiterführen. Dies geht aus den Äußerungen des deutschen Verteidigungsministers, Boris Pistorius, nach seinem Besuch bei seinem nigrischen Amtskollegen, Salifou Modi, hervor. Das Gespräch sei eines gewesen, das „Hoffnung macht für eine Fortsetzung der guten Beziehungen,“ meinte dieser, auf den lange aufs schwerste verurteilten Putsch nur mit „unter den Gegebenheiten, mit denen wir es zu tun haben“ verweisend.[3]

Einen Fuß in der Tür der Migrationskontrolle halten?

Im Gegenzug für den Verbleib und die Weiterarbeit der rund 120 deutschen auf dem Luftdrehkreuz stationier-

ten Soldaten bot man den Ausbau eines neuen Militärkrankenhauses an. Die angestrebte Weiterführung der militärischen Kooperation könnte beispielsweise die Weiterführung der Ausbildung nigrischer Spezialkräfte, wie sie zuvor als Operation Gazelle eingegliedert in die Europäische Ausbildungsmission Mali (EUTM Mali) stattfand, oder Aufklärung, Führungsunterstützung und logistische Einsatzunterstützung, was die Europäische Partnerschaftsmission (EUMPM Niger) bis zum Anfang Dezember 2023 durch Niger angeordneten Ende beinhaltete, auf bilateraler Basis bedeuten. Denn einer der meistgenannten Gründe, um den Militärflughafen zu bangen, fällt weg: Der Abzug der deutschen Soldaten des UN-Mandats aus Mali ist laut offiziellen Angaben Mitte Dezember 2023 beendet worden.[4]

Ob auch die Zusammenarbeit bei der Ausbildung und Ausrüstung von Grenzschützern auf bilateraler Ebene zur Debatte steht, ist derweil nicht bekannt. Sie darf als Deutschlands stärkstes Eigeninteresse im Land und in der Region gelten. Doch mit dem Ende der „zivilen“ Ausbildungsmission der EU, der EUCAP Sahel, sind diese Programme vorerst auf Eis gelegt.[5] Zudem versetzte Niger die EUropäischen Eliten von grün bis braun in Angst und Schrecken, als es im Dezember ein von der EU in dem Land durchgesetztes Gesetz kippte, welches es den Menschen im Land unter Androhung schwerster Strafen von bis zu zehn Jahren Haft verbot, Ausländer mit unklarem Aufenthaltsstatus zu transportieren, zu beherbergen oder zu verpflegen. Dies brach nicht nur mit dem Freizügigkeitsprinzip, welches innerhalb der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) wie in der EU zumindest für Staatsbürger der Mitgliedsländer gilt. Es brachte zudem viele der Wüstenbewohner in den nördlicheren Regionen des Landes in existentielle Nöte, da das Leben dort traditionell auf dem Transport von Waren und Menschen durch die Wüste beruhte. Vor allem aber machte es die Reise von Migrant*innen in Richtung Europa weit gefährlicher und tödlicher – was als Abschreckung auch ein Ziel des nun abgeschafften Gesetzes gewesen sein wird.

Der russische Einfluss – und andere

Neben dem bleibenden Interesse an der Migrationsabwehr wird auch die Maxime, man dürfe „Russland nicht das Feld überlassen“ (Annalena Baerbock), weiterhin eine Motivation für das bleibende deutsche Engagement sein. Niger hat wie die beiden, ebenfalls von Putschisten regierten Nachbarstaaten Mali und Burkina Faso, nun am selben Tag der Ankündigung des Endes der EU-Einsätze, dem 4. Dezember 2023, eine vertiefte Militärkooperation mit Russland beschlossen.[6] In Mali beinhaltete dies bekanntlich auch die Kooperation mit offensiv kämpfenden Söldnern der Wagner Gruppe, die nun wohl unter staatlicher Kontrolle Russlands stehen. In Burkina Faso waren hauptsächlich mehr russische Rüstungsgüter, aber auch eine eventuelle Militärpilotenausbildung, Teil der jüngsten Abkommen. Details aus der nigrisch-russischen Militärkooperation sind noch nicht öffentlich.

Ob Niger gelingt, was Mali trotz des deutschen Angebots letztendlich ablehnte, ist noch nicht gesagt. Denn, auch wenn Pistorius meinte, die nigrische Seite so verstanden zu haben, „dass sie sich das auch sehr gut vorstellen kann,“ gibt es noch keine feste Zusage der Regierung Nigers, die unverbindlich verkündete, alle ausländischen Truppenkontingente sollten „auf neue formelle Beine gestellt werden und immer abhängig sein von der nigrischen Beurteilung der Lage.“[7]

Doch die Abwendung von Frankreich und der EU stärkt nicht nur die ebenfalls vorher schon existiert habenden militärischen Verbindungen zu Russland, sondern auch die mit der Türkei. Alle drei der genannten Länder, die sich mittlerweile im Militärbündnis Allianz der Sahelstaaten (Alliance des États du Sahel: AES) verbündet haben, benutzen mittlerweile türkische Drohnen wie die Bayraktar TB2 – eine große, lange in der Luft bleiben könnende bewaffnete Überwachungsdrohne, die vergleichbar mit der Heron-Drohne ist, die die deutschen MINUSMA-Einheiten (unbewaffnet) für ihre Aufklärungsflüge in Mali verwendeten. Es ist somit nicht verwunderlich, dass malische Medien wie MaliActu den Erwerb der letzten fünf Drohnen dieses Typs zu Anfang dieses Jahres als ein Symbol der Souveränität feierten.[8] Bei der Empfangsrede dankte der malische Verteidigungsminister, Colonel Sadio Camara, nicht nur Russland und der Türkei, sondern auch China, was für eine Finanzierung der Drohnen durch die aufstrebende Weltmacht oder noch kommende Lieferungen aus diesem Land sprechen könnte.[9]

Regionale Kooperation und Stabilisierung

Am wichtigsten dürfte für die souveränistischen Militärherrscher jedoch die Stabilisierung innerhalb der Region sein. Und damit ist nicht nur die Kooperation innerhalb der neuen AES gemeint, die auch über das Militärische hinaus noch vertieft werden soll, sogar bis hin zu einer noch nicht genau beschriebenen Föderation. Die Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, die als Teil der ECOWAS Sanktionen gegen die Militärregierungen verhängt haben, ist sicherlich eines der größten Interessen der sanktionierten Regierungen. Denn die Sanktionen treiben die Preise im Land in die Höhe, was die Menschen in den zuvor schon bitterarmen Ländern natürlich gegen die Regierungen aufbringen kann. Da alle drei Länder Binnenländer sind, sind sie eben besonders auf die

Quelle: Peoples Dispatch.

Nachbarländer mit Häfen angewiesen. Doch auch die Küstenländer brauchen die Sahelstaaten. Die Preise für Zwiebeln, Reis und Fleisch stiegen in Nigeria, Benin und Ghana um ein Vielfaches, weil sie zu den regionalen Topexporten Nigers gehören und die offiziellen Grenzübergänge wegen der Sanktionen komplett geschlossen waren, wie Africanews berichtet.[10]

Den ersten Schritt, die durch die Sanktionen herbeigeführte wirtschaftliche Trennung wieder aufzulösen machte nun Benin. Dessen Präsident Patrice Talon verkündete am 21. Dezember 2023, es gebe „eine Zeit zum Verurteilen, eine Zeit zum Fordern und eine Zeit, um Bilanz zu ziehen und zur Kenntnis zu nehmen“, und in diesem Sinne, die Öffnung der Grenzen zum Nachbarland, zumindest was den Warenfluss zwischen Niger und den beninischen Häfen angeht.[11] Waren für den Niger machten, wie Melissa Chemam für Radio France Internacional (rfi) berichtet, 80% des Gesamthandelsvolumens des Hafens der beninischen Hauptstadt Cotounou aus.[12] Die Sanktionen gegen Niger trafen also auch Benin hart. Nun soll auch endlich eine Pipeline in Betrieb genommen werden, die von den Ölfeldern in Niger in den Hafen Sede in Benin läuft und die ab diesen Monat täglich bis zu 90.000 Barrel Öl führen soll. Niger will sein tägliches Ölfördervolumen dadurch auf 110.000 Barrel pro Tag anheben, was dem 5,5-fachen des bisherigen Produktionsvolumens Nigers entspräche. Es handelt sich hierbei um die bisher längste Pipeline Afrikas und wurde vom staatlichen chinesischen CNPC Konzern gebaut. Niger und Benin bestanden auch schon im August darauf, dass die Sanktionen den Bau der Pipeline vor dem grenzüberschreitenden Handel nicht beeinträchtigen würden.[13]

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Sanktionen der ECOWAS komplett aufgehoben seien, wie Chemam den Handelsdirektor des Hafens zitiert. Doch auch hier gibt es Hoffnung. Mitte Dezember 2023 verkündete Togos Außenminister, er habe eine Einigung mit dem nigrischen Premier bezüglich Inhalt und Zeitplan des Übergangs zur Demokratie erlangt, der nun der ECOWAS präsentiert würde.[14]

Wandel im Sahel

Zwar war Faure Gnassingbé, der Präsident Togos, der Unterhändler mit dem der nigrische Putschistenführer und Präsident, General Abdrouhamane Tchiani, verhandeln wollte. Doch mit Demokratie hatte auch er bisher nicht viel am Hut. Faure ist der Sohn des langjährigen Diktators Togos, Gnassingbé Eyadema, der sich auf die Fahne schrieb, den antikolonialen Anführer und ersten gewählten Präsidenten Togos (und Afrikas), Sylvanus Olympio, selbst erschossen zu haben. Als Eyadema damals starb, war er mit 38 Jahren Regierungszeit das am längsten herrschende Staatsoberhaupt Afrikas. Der damalige französische Präsident, Jacques Chirac, verkündete anlässlich seines Todes „Mit ihm stirbt ein Freund Frankreichs...“ Eine ähnliche Ehrung hatte der Langzeitherrscher des Tschads, Idriss Déby, vom derzeitigen französischen Präsidenten Emmanuel Macron bekommen, als dieser zusammen mit dem EU-Außenbeauftragten, Josep Borrell, zu dessen Beerdigung in den Tschad reiste. Débys Sohn, Mahamat Idriss Déby Itno, hatte damals entgegen den Vorschriften der Verfassung die Macht im Tschad übernommen und wurde dafür keineswegs von den europäischen Verbündeten kritisiert.

Die langjährige Unterstützung Frankreichs und anderer europäischer Verbündeter für Clans wie den Débys in Tschad, Gnassingbés in Togo und viele andere Langzeitherrscher in Zentralafrika schürte ein Bild der Doppelmoral, wenn gegen Putschisten und Länder mit erhobenem Zeigefinger und Demokratie auf den Lippen Sanktionen erhoben wurden. Gegebenenfalls wird auch der Tschad sich nun wandeln müssen, nun wo sich der Wind im Sahel dreht. Ein erstes Anzeichen hierfür könnte sein, dass Déby Itno kürzlich einen langjährigen Oppositionsführer als Premier eingesetzt hat, der zu neuen Wahlen führen soll.[15] Wenn Gnassingbé nun auf ähnliche Ideen käme könnte Frankreich Westafrika bald komplett verlieren. Mehr oder weniger fest im Sattel sitzt es eigentlich nur noch in der Elfenbeinküste und im Senegal – während erstere schon seit langem gespalten ist und Frankreichs installierter Statthalter Alassane Ouattara nur durch fortgesetzten Ausschluss des 2010 beseitigten antikolonialen Ex-Präsidenten Laurent Gbagbo im Amt bleiben kann.[16] Senegal hätte sich wohl auch sehr von Frankreich entfernt, wäre der aussichtsreiche Oppositionsführer Ousmane Sonko gewählt worden, der nun kürzlich jedoch endgültig von der Wahl ausgeschlossen wurde.

Rückkehr zur Demokratie?

Doch auch die antikolonialen Offiziere und Generäle sind kein Garant für Demokratie und eine inklusive Regierung, wie es zumindest einige von ihnen versprachen. Die malische Junta möchte nun die linksgerichtete Partei »Afrikanische Solidarität für Demokratie und Unabhängigkeit« (SADI) auflösen, deren Vorsitzender Oumar Mariko schon 2022 einiges an Repression erfuhr und ins Exil ging. Mariko führte nicht nur die Proteste von 2020 gegen den damaligen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta mit an, welche das Militär als Vorwand für dessen Entmachtung nahm. Sondern er war auch schon 1991 maßgeblich an den Protesten gegen die damalige Militärdiktatur in Mali beteiligt und Teil des Übergangsrats danach. Nun wird er nach eigenen Angaben wegen der Kritik an der kriegerischen Haltung der Junta mit Repression überzogen: „Wir sind die einzigen, die sagen, dass die Militärjunta die volle Verantwortung für die Sabotage des Friedensabkommens zwischen Bamako und den bewaffneten Gruppen [der Tuareg] trägt.“[17] Auch Algerien, das den antifranzösischen bzw. antikolonialen Kurs der jungen Putschisten unterstützt, war vont Malis Abkehr vom mit seiner Unterstützung ausgehandelten Friedensvertrag mit den Tuareg vor den Kopf gestoßen. Seitdem das malische Militär jedoch in der Tuareg-Hochburg Kidal einmarschierte, könnte sie den Konflikt für sich entschieden haben. Zuletzt lehnten jedoch Anfang Januar die Tuareg ein Verhandlungsangebot der malischen Regierung ab.[18] Ob es den Putschistenregierungen im Sahel gelingen wird, Frieden, Einigkeit und Entwicklung in ihren Ländern zu kultivieren, wenn die konfliktreichen Zeiten der Sanktionen und Ächtung vorbei sind, wird sich zeigen, ebenso wie sehr ihr Wille zur Macht sich mit dem Narrativ einer Regierung fürs Volk vereinbaren lässt.

Anmerkungen

1 Auf dem Weg zu Eigenständigkeit (III) german-foreign-policy.com 10.1.2024
2 Wolfram Lacher: Unser schwieriger Partner. SWP-Studie 2021/S 03.; siehe auch: Marischka, Christoph: IMI-Standpunkt 2021/026 „Neue“ Strategische Leitlinien Sahel 21.5.2021
3 Küstner, Kai: Pistorius im Niger: Im Gespräch bleiben. tagesschau.de 19.12.2023
4 Bundeswehr beendet Einsatz in Mali. bundesregierung.de15.12.2023
5 Wie eine Sprecherin der EU-Kommission gegenüber IMI bestätigte, waren alle Kooperationen im Sicherheitssektor seit dem Putsch im Juli ausgesetzt. Da mit der Kündigung der Abkommen alle „Privilegien und Immunitäten mit nur 6 Monaten“ Frist abgelaufen sein werden, sei eine „Wiederaufnahme der operationellen Aktivität eine praktische Unmöglichkeit geworden.“
6 Le Cam, Morgane: Le Niger renforce sa coopération avec la Russie et tourne le dos à l’Europe. lemonde.fr 6.12.2023
7 Auf dem Weg zu Eigenständigkeit (III) german-foreign-policy.com 10.1.2024
8 Bah: Des ailes pour la liberté. maliactu.net 5.1.2024
9 Traoré, Oumou: Mali: les Fama reçoivent des drones de type Bayraktar TB2 pour renforcer leur capacité à défendre le pays. maliactu.net 5.1.2024
10 After Niger coup, sanctions pain strikes at shutdown Benin border. africanews.com 21.9.2023
11 Hallermayer, Georges: Benin öffnet Grenze. jungewelt.de 30.12.2023
12 Chemam, Melissa: Benin lifts suspension of imported goods transiting to Niger. rfi.fr 28.12.2023
13 Benin says Niger oil pipeline not impacted by regional sanctions over coup. aljazeera.com 3.8.2023
14 Benin‘s president urges renewal of ties with coup-hit Niger. france24.com 21.12.2023
15 Tschad: Neuer Premier ernannt. jungewelt.de 2.1.2024
16 Flock, Pablo: IMI-Studie 2020/8 Selektive Empörung. Die Positionen Frankreichs, der EU und der ECOWAS bei strittigen Wahlen, Aufständen und Putschen in Westafrika. 9.12.2020
17 Tiedjen, Jörg: Bamakos Flucht nach vorn. jungewelt.de
18 Tuareg Separatists Reject Proposed ‚Inter-Malian‘ Peace Dialogue. voanews.com 2.1.2024

Unabhängig und integriert

Neue Konföderation: Mali, Burkina Faso und Niger – G5 Sahel aufgelöst

von Pablo Flock

Die Außenminister der drei Staaten trafen sich Ende letzter Woche in Malis Hauptstadt Bamako und verabschiedeten ein Communiqué, in dem sie ihren Staatsoberhäuptern empfehlen, ihre Länder in einer Konföderation zu verbinden, um das „große Potential für Frieden, Stabilität, diplomatische Stärke und wirtschaftliche Entwicklung“ zu nutzen, „das ein verstärktes politisches Bündnis bietet.“ Langfristig strebten die Minister an, die drei Länder in einer Föderation zu vereinen. Eine Woche zuvor hatten sich schon die Wirtschafts- und Finanzminister der Länder getroffen und einen gemeinsamen Stabilitätsfonds, eine Investmentbank und weitere Anstrengungen in Richtung einer wirtschaftlichen und monetären Einheit empfohlen.[1]

Mit der Ende August verkündeten Verteidigungsunion Allianz der Sahelstaaten (AES) rückten die drei seit Putschen in den letzten Jahren durch Militärs regierten Länder schon enger zusammen. Damals stand eine Militärintervention der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft in Niger im Raum, die den dortigen Putsch vom Juli 2023 rückgängig machen und den damals abgesetzten, demokratisch gewählten Präsidenten Mohamed Bazoum wieder einsetzen sollte. Doch die auch unter dem englischen Kürzel ECOWAS bekannte Regionalorganisation sah letztendlich von der Intervention ab. Neben dem Verteidigungsbündnis, das die geplante Operation zu einem regionalen Krieg eskalieren hätte können, spielte die Ablehnung der Bevölkerung und von Senatoren aus den an Niger grenzenden Provinzen Nigerias und eine starke Ablehnung Algeriens, ebenfalls ein Nachbarland Nigers und größte Militärmacht des Kontinents, eine Rolle. Algerien hatte damals auch verkündet, eine Überflugsanfrage Frankreichs abgelehnt zu haben. Frankreich dementierte damals, den Plan gehabt zu haben, sich selbst an der Intervention zu beteiligen. Jedoch hatte es, wie auch andere europäische Spitzenpolitiker*innen, der ECOWAS materielle und finanzielle Unterstützung für die Intervention zugesagt.

Frankreich, das als ehemalige Kolonialmacht der drei Länder historisch – oft auch durch Putsche gegen unliebsame Regierungen – einen großen Einfluss auf diese ausübte, sah seine Interessen wie den exklusiven Zugang auf das nigrische Uran bedroht. Zudem hatte Niger, wie zuvor auch schon die Übergangsregierungen der beiden anderen Staaten, die Militärkooperation mit Frankreich beendet. Seit der Gründung der G5-Sahelgruppe konnten sich die Truppen der französischen Antiterrormission Operation Barkhane frei im Bündnisgebiet bewegen, wozu neben den drei Ländern der heutigen Allianz der Sahelstaaten auch Mauretanien und der Tschad gehörten. Mali ist schon länger kein Teil mehr der G5 und am Samstag, 2. Dezember 2023, verkündeten nun auch Burkina Faso und Niger den Austritt aus der Organisation, „die Schwierigkeiten habe, ihre Ziele zu erreichen.“ Diese würden durch „Belastungen aus einem anderen Zeitalter konterkariert“ und „ausländischen Interessen auf Kosten der Interessen der Völker der Sahelzone“ dienen.[2]

Von den neuesten Plänen hat zumindest die Verlautbarung, sich auf eine monetäre Einheit hinzubewegen, das Potential, Frankreich weiter zu verärgern. Denn alle drei Länder sind schon Teil der Zentralbank der Westafrikanischen Staaten (BCEAO), einer Währungsunion, der außer Guinea alle ehemaligen französischen Kolonien in der ECOWAS angehören und deren Währung, der Westafrikanische Franc, seit der Kolonialzeit an den Franc und dann den Euro gebunden ist. Bis Mai 2020 mussten die Mitgliedsländer die Hälfte ihrer Reserven in der französischen Zentralbank einlagern, womit diese Geld erwirtschaftete, und französische Offizielle hatten ein Vetorecht bei Entscheidungen der BCEAO.

Als Provokation an die ganze EU kann zudem auch die Entscheidung des Übergangspräsidenten Nigers gelten, der am 28. November 2023 per Dekret ein Gesetz außer Kraft setzte, das den Transport und die Beherbergung und Bewirtung von undokumentierten Migranten mit schweren Strafen sanktionierte. Das Gesetz war sehr unbeliebt in dem Wüstenland, wo traditionell viele Bewohner vom Transport von Waren und Menschen durch die Wüste leben. Doch die EU hatte zu dem Anti-Schleusergesetz gedrängt und, damit verbunden, die nigrischen Grenzschutzbehörden finanziell und materiell unterstützt. Nebenbei brach das Gesetz auch mit

dem Recht auf Freizügigkeit im ECOWAS-Gebiet und ließ die Zahl der in Niger verunglückten Migranten auf das Achtfache steigen.[3]

Fünf Tage bevor Tchiani das Gesetz außer Kraft setzte, verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution, in der Sanktionen von Seiten der EU gefordert werden. Dies ist wahrscheinlich eine Racheaktion, denn Niger, eines der fünf ärmsten Länder der Welt, hat Zahlungsschwierigkeiten und leidet extrem unter den Sanktionen der ECOWAS. Hilfslieferungen internationaler Organisationen kommen nicht ins Land. Es fehlt an Strom, da Nigeria diesen abgestellt hat. Ob die Nachbarn das richten können, während die EU ihre unmenschliche Machtpolitik durchzieht?

Anmerkungen:

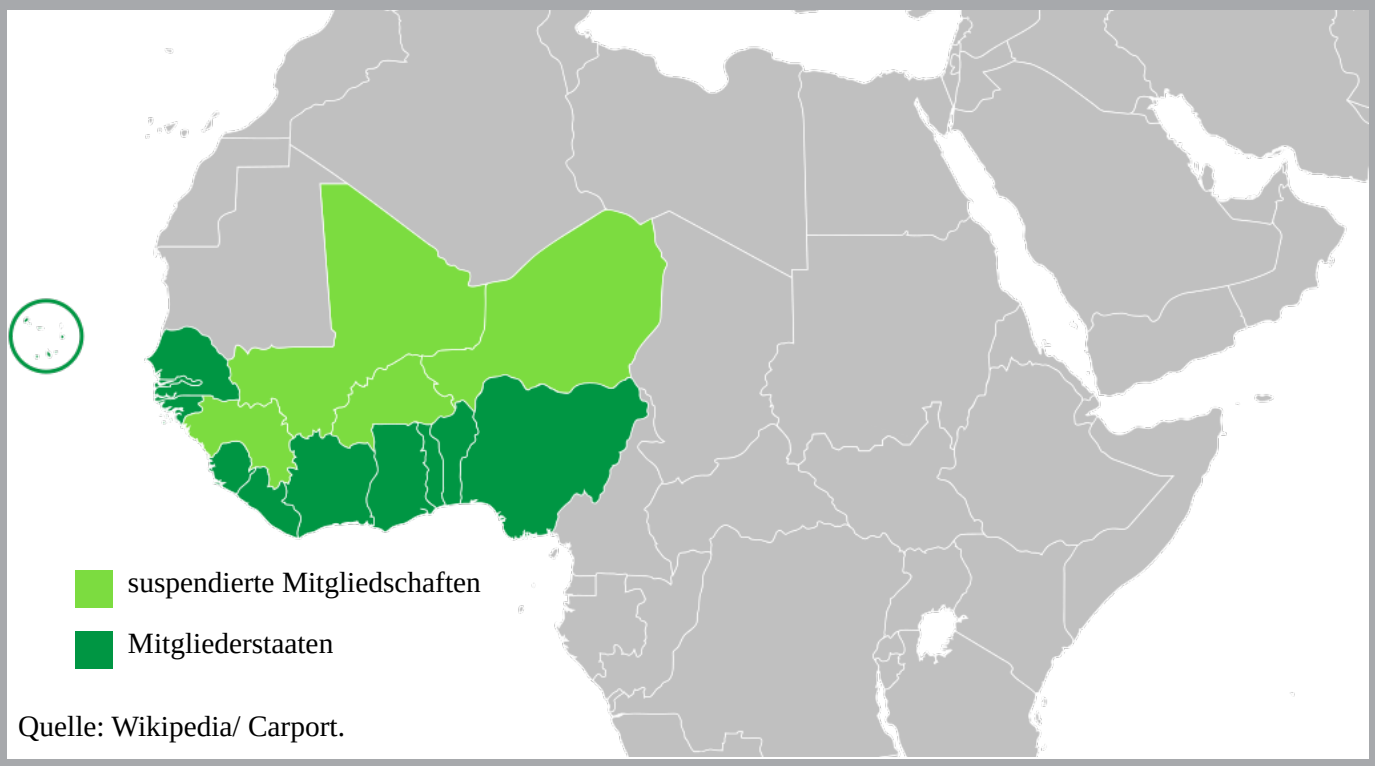
1 Déclaration issue de la première réunion des Ministres des Affaires étrangères de l'AES. malijet.com 1.12.2023

2 Le Burkina Faso et le Niger quittent la force antijihadiste G5 Sahel. france24.com 2.12.2021

3 Siehe auch: IMI-Standpunkt 2023/044: Blüten des Eurozentrismus. Nigers Junta kippt von der EU erkauftes Schleusergesetz. 29.11.2023

Sahelstaaten verlassen ECOWAS

Die seit Putschen zwischen 2020 und 2023 durch Militärjunten regierten westafrikanischen Staaten Mali, Burkina Faso und Niger, kündigten am 28. Januar 2024 an, „mit sofortiger Wirkung" die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (englisches Kürzel: ECOWAS) verlassen zu wollen, wie beispielsweise die junge Welt berichtete. Zuvor hatten sie im Herbst die Militärallianz G5-Sahel verlassen, die zusammen mit der französischen Mission Barkhane verschiedene dschihadistische Gruppen im Sahel bekämpfte, und mit der Alliance des États du Sahel (AES) ein eigenes, bisher nur die drei Länder umfassendes, Verteidigungsbündnis gegründet, welches durch vertiefte Integration zu einer, andere Bereiche umfassenden, Regionalorganisation ausgebaut werden soll. Die AES installierte auch eine Arbeitsgruppe, die die Möglichkeiten einer neuen geteilten Währung erarbeiten soll. Bisher benutzen alle drei Länder noch den, aus der Kolonialzeit stammenden und an den Euro gekoppelten, Westafrikanischen Franc (CFA), dessen Beibehalt Frankreich den Ländern bei der formalen Entkolonialisierung aufzwang. An dem damals austretenden Guinea statuierte es ein Exempel durch die weitreichende Zerstörung der Infrastruktur. Bis heute verdient Frankreich an den Reserven der Länder, die im Rahmen dieses Deals in der französischen Nationalbank lagern müssen, und durch vereinfachte Investition und Abnahmemärkte dank der Konvertibilität. Während Burkina Fasos regierender General Ibrahim Traoré schon öffentlich bekannt gab, einen Ausstieg aus dem CFA-Franc zu erwägen, versicherte Mali vorerst noch das Gegenteil. (pf)



Quelle: Wikipedia/ Carport.

Kriege verschärfen Klimakrise

Greenwashing schützt nicht vor dem Klimakollaps

von Jacqueline Andres

Während der 28. UN-Klimakonferenz 2023 hielten Aktivist*innen in einem von der Women‘s International League for Peace and Freedom organisierten Protest einen aufblasbaren Elefanten in Höhe: Er symbolisierte den unangesprochenen Elefanten im Raum, die durch das Militär verursachten Emissionen.[1] Nach Schätzungen der Scientists for Global Responsibility (SGR) verursachen die globalen Militärapparate 5,5% der globalen Emissionen. Ebenfalls besagen die Schätzungen der SGR, dass die militärischen Lieferketten ein Fünffaches des militärischen Kraftstoff- und Energieverbrauchs ausmachen könnten.[2] Eine genaue Zahl der durch Militär verursachten Emissionen liegt nicht vor, da die Meldung der durch Auslandseinsätze verursachten Emissionen vom Kyoto Abkommen 1997 ausgeklammert und im Pariser Abkommen von 2015 der Freiwilligkeit der Staaten überlassen werden. Daran haben einige Staaten auch großes Interesse, denn dadurch rückten die immensen Emissionen nicht ins Rampenlicht und es blieb ebenfalls geheim, was sie in den Auslandseinsätzen trieben. So betonte Markus Rülke vom Bundesverteidigungsministerium: „Wir möchten nicht, dass jeder weiß, wie viel Treibstoff wir bei diesen Einsätzen verbrauchen – wie weit wir fliegen, wie weit wir fahren und wie unsere Übungsmuster aussehen.“[3] In den letzten Jahren stieg der Druck aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, die militärischen Emissionen zu thematisieren und zu messen.

Wandel im Diskurs: Anerkennung der Problematik militärischer Emissionen

Tatsächlich findet im Diskurs ein Wandel statt, der sich auch im Rahmen der UN-Klimakonferenz in Dubai zeigte. Zum ersten Mal fand ein „Tag des Friedens“ statt und die Rolle des Militärs an den globalen Emissionen wurde thematisiert. Doch dies fand in einer von der Münchener Sicherheitskonferenz organisierten Veranstaltung statt, an der u.a. der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg teilnahm. Dabei ging es um „Erklärungen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Verteidigungssektor, das toxische Erbe der Kriege und die Notwendigkeit von Netto-Null-Militär.“ Jedoch leitete COP28 keine konkreten Schritte zu einer verpflichtenden Transparenz und zu einer Abrüstungspflicht ein. Auch in der im Januar 2024 vom Analyse- und Rechercheteams des EU-Rates veröffentlichten Studie „Greening the armies“ wird eingestanden, so Jürgen Wagner, dass ein Problem mit CO2-Emissionen des Militärs und der diesbezüglichen Berichtspflicht vorliegt.[4] Doch der Diskurs um grünes Militär ist weiterhin Augenwischerei und die Militärs und Verteidigungsministerien sind aus unterschiedlichen Gründen auch dazu gezwungen, sich den Zusammenhängen der Klimakrise mit dem Militär zu stellen. Zum einen beschränkt die bereits voranschreitende Klimakrise die Einsatzfähigkeit der Militärapparate und ihrer temperatursensiblen Kriegsgeräte: Beispielsweise explodierten im Rahmen von intensiven Hitzewellen zwischen 2018 und 2019 sechs Munitionsdepots im Irak und im Jahr 2020 eines in Jordanien.[5] Zum anderen bringt eine Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energien und eine mögliche Energieautarkie auch militärische Vorteile, eine strategische Überlegenheit mit sich. Studien warnen zudem, dass sich die fossilen Energien voraussichtlich bis 2065 dem Ende zuneigen. In der Studie „Greening the armies“ wird zudem darauf hingewiesen: „Da sich die Gesellschaften von fossilen Brennstoffen abwenden, kann das Militär nicht der einzige Sektor bleiben, der weiterhin auf Diesel und Gas angewiesen ist. Der weitere Betrieb von Raffinerien und unterstützender Kraftstoffinfrastruktur für einen Sektor allein könnte unerschwinglich, wenn nicht gar unmöglich werden und würde unverhältnismäßig große Ressourcen erfordern“.

Grüne Bundeswehr – unglaubwürdige Mär?

Die Bundeswehr muss bis 2045 klimaneutral werden – so sieht es das im August 2021 in Kraft getretene

novellierte Bundes-Klimaschutzgesetz. Es ist ein nicht realisierbares Vorhaben. Zwar richtete das Verteidigungsministerium im Jahr 2022 die Stelle einer Beauftragte für Nachhaltigkeit ein[6] und veröffentlichte im November 2022 seine Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategie, doch das Erreichen der „Klimaneutralität“ bis 2045 bleibt ohne Abrüstung unmöglich. In seiner Nachhaltigkeitsstrategie plant das Bundesverteidigungsministerium hinsichtlich von neun Handlungsfeldern auf Nachhaltigkeit hinzuwirken. Diese umfassen u.a. Mobilität, Beschaffung und Infrastruktur“.[7] Mobilität dürfte das wichtigste Handlungsfeld sein, da die Emissionen der Bundeswehr hauptsächlich durch das Betreiben der militärischen Großgeräte entstehen. So verbraucht ein Eurofighter beispielsweise 3.500 kg pro Flugstunde, der Leopard-2-Kampfpanzer mehr als 500 Liter Treibstoff für 100 km im Gelände. Doch hier finden vor allem die Quellen der inländischen Mobilitätsemissionen Platz – die „grüne“ Mobilität heißt hier: Mehr als die bisherigen 600 Elektrofahrzeuge der Bundeswehr, mehr Fahrrad und öffentlicher Personennahverkehr, mehr ökologische Dienstreisen und mehr Telearbeit. Der entscheidende Punkt der Kraftstoffe für das Großgerät kann bislang nicht nachhaltig gestaltet werden. Zwar sollen synthetische Kraftstoffe noch weiter erforscht und die bisherige sehr geringe Produktion gesteigert werden – das ist Zukunftsmusik, die wenn überhaupt, vermutlich erst nach 2045 ertönen wird. Zum Thema Beschaffung werden die aktuell geplanten energieintensiven Rüstungsprojekte und die gesteigerte Munitionsproduktion nicht problematisiert, aber geplant ist die Beschaffung von recycelten Papier, ökologischen Möbeln, Bekleidung, Büroelektrogeräten und umweltverträglichen Reinigungsmitteln. Ähnlich dürfte hier die Nachhaltigkeitsstrategie in einem Kindergarten aussehen. Das Greenwashing des Militärs überzeugt längst nicht alle. Die eingeleitete „Zeitenwende“ und der Anstieg der globalen Rüstungsausgaben stellen die Weichen, die uns zu einem Klimakollaps zu führen drohen. In der Studie Climate Crossfire, herausgegeben u.a. von TNI, Stop Wapenhandel und Tipping Point North South betonen die Autor*innen, dass die Erfüllung der NATO-Mitglieder ihrer Zielvorgabe 2% des BIPs für Militär auszugeben, katastrophale Folgen mit sich zieht: Es würde zu „schätzungsweise 467 Millionen Tonnen zusätzlichen Treibhausgasemissionen führen“ und es würden innerhalb von fünf Jahren „bis 2028 schätzungsweise zusätzliche 2,57 Billionen US-Dollar von den Klimaausgaben abgezogen, was ausreichen würde, um die Kosten für die Anpassung an den Klimawandel in allen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sieben Jahre lang zu decken.“8 Die kleinstufigen Nachhaltigskeitsziele der Bundeswehr sind somit zu wenig zu spät und völlig unbedeutend, wenn wir uns anschauen, wie sich die aktuelle globale Aufrüstungswelle entwickelt und was die Kriegseinsätze der Bundeswehr und anderer Streitkräfte bewirken.

Krieg und Aufrüstung – Weichen zum Klimakollaps

Doch nichts ist umwelt- und klimaschädlicher als Krieg. Die aktuellen Bilder der Zerstörung aus Gaza, die aufgeblähten gestrandeten Meeressäuger im Schwarzen

Meer seit Beginn des Ukrainekrieges, die entlaubten Mangrovenwälder im Vietnamkrieg oder auch die brennenden Ölfelder Kuwaits illustrieren die Tatsache, dass Kriege der Zerstörung dienen und den Umweltschutz sowie den Respekt vor Leben in die Bedeutungslosigkeit drängen. Laut Klimaforscher*innen verursachten die ersten 18 Monate des Ukrainekrieges bis September 2023 Treibhausgasemissionen in der Höhe von 150 Millionen Tonnen CO2, etwa so viel wie Belgien jährlich. Es handelt sich um grobe Schätzungen, die den Treibstoffverbrauch der Militärgeräte, die kriegsbedingten Waldbrände und die geschätzten zukünftigen Wiederaufbauemissionen umfassen.[9] Ähnliche Berechnungen liegen für Gaza vor: „In den ersten zwei Monaten des Krieges in Gaza sind gigantische CO2-Emissionen entstanden. Diese sind größer als der jährliche ökologische Fußabdruck von mehr als 20 Nationen. Über 99 Prozent der geschätzten 281.000 Tonnen Kohlendioxid, die in den ersten 60 Tagen nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober ausgestoßen wurden, lassen sich auf Israels Luftangriffe und die Bodeninvasion in Gaza zurückführen, so das Ergebnis einer erstmals durchgeführten Analyse von Forschern aus dem Vereinigten Königreich und den USA.“[10] Auch der Wiederaufbau wird jährlich erhebliche Emissionen verursachen, „die höher sind als die von über 130 Ländern und sich damit mit denen Neuseelands messen können.“[11] Die langfristigen Umweltschäden durch die flächendeckende Bombardierung Gazas und die Flutung der Tunnel unter Gaza mit Salzwasser durch die israelischen Streitkräfte, sind noch nicht konkret absehbar.[12] Schauen wir nach Afghanistan, so finden wir Beispiele für eine solche Langzeitauswirkung durch Bomben: Im Jahr 2017 warf das US-Militär die „Mutter aller Bomben“, die GBU-43/B Massive Ordnance Air Blast (MOAB), über Afghanistan ab und noch im Jahr 2023 litten Anwohner*innen an den Folgen, wie sie der Journalistin Lynzy Billing gegenüber schilderten: „Früher konnten wir auf meinem Land 150 Kilogramm Weizen ernten, aber jetzt bekommen wir nicht einmal mehr die Hälfte davon. […] Die Pflanzen sind krank und wir sind es auch.“[13] Langfristige Schäden nehmen die Waldflächen in den Kriegsgebieten: Durch den Ersten und Zweiten Krieg bis 2003 in der Demokratischen Republik Kongo – d.h. durch fast zehn Jahre Krieg, der mehr als 5,4 Millionen Menschen tötete – sollen Waldflächen in der Größe Belgiens zerstört worden sein.[14] Krieg und die Vertreibung von Menschen ließen auch die bewaldeten Flächen in Syrien, Sudan und Südsudan oder auch Tigray schrumpfen. Auch die Militärdiktatur in Myanmar treibt die Abholzung der Wälder voran, um sich dank dem Abkauf von u.a. europäischen Firmen, zu finanzieren. Die Klimakrise hat bereits schon heute tödliche Auswirkungen auf Menschen und Umwelt – wir können uns keine Aufrüstung und keine Kriege leisten, wenn wir den Planeten erhalten wollen.

Anmerkungen

1 Ellie Kinney und Linsey Cottrell: We reflect on the role that militaries played in COP28, whether behind closed doors, centre stage, or by their absence, ceobs.org, 21.12.2023.

2 Ebd.

3 Sarah Mcfarlane und Valerie Volcovici: Insight: World‘s war on greenhouse gas emissions has a military blind spot, reuters.com, 10.7.2023.

4 Jürgen Wagner: Grüne Armeen, IMI-Aktuell 2024/080, imi-online.de, 2.2.2024.

5 Jo Durham, Stacey Pizzino und Michael Waller: Conflict pollution, washed-up landmines and military emissions – here’s how war trashes the environment, theconversation.com, 14.11.2023.

6 „An erster Stelle steht die Einsatzfähigkeit“ Im Interview: Ministerialrätin Peggy Staffa, Beauftragte für Nachhaltige Entwicklung, gids-hamburg.de, 13.3.2023.

7 Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategie für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums der VerteidigungNovember 2023, bmvg.de, November 2023.

8 Climate Crossfire: How NATO’s 2% military spending targets contribute to climate breakdown, tni.org, 17.10.2023.

9 Lennard de Klerk, Mykola Shlapak, Anatolii Shmurak, Olga Gassan-zade, Oleksii Mykhalenko, Adriaan Korthuis, Yevheniia Zasiadko, Andriy Andrusevych und Ivan Horodyskyy: Climate Damage caused by Russia’s war in Ukraine, climatefocus.com, Dezember 2023.

10 Nina Lakhani: Gazakrieg verpestet das Klima: „Die ökologische Sonderstellung des Militärs muss aufhören“, freitag.de, zuerst erschienen in The Guardian, 21.1.2024.

11 Patrick Bigger, Reuben Larbi, Benjamin Neimark und Frederick Otu-Larbi: A Multitemporal Snapshot of Greenhouse Gas Emissions from the Israel-Gaza Conflict, doi.org, 5.1.2024.

12 IDF confirms flooding Hamas tunnels in Gaza with seawater, timesofisrael.com, 30.1.2024.

13 Lynzy Billing: How America’s War Devastated Afghanistan’s Environment, newlinesmag.com, 25.9.2023.

14 Josh Gabbatiss und Giuliana Viglione: The Carbon Brief Profile: Democratic Republic of the Congo, interactive.carbonbrief.org, 14.2.2024.

Antimilitaristische Kurznachrichten

Eine Auswahl der letzten IMI-Aktuells

Habeck: Militärforschung
IMI-Aktuell 2024/169 vom 5. März 2024

Unter dem Header „Habeck im Interview zu Militärforschung“ hat das Handelsblatt ein viel beachtetes Interview mit dem Bundeswirtschaftsminister Habeck (Grüne) veröffentlicht, aus dem u.a. die Badischen Neuesten Nachrichten unter der Überschrift „Ein neues Denken“ (5.3.2024) zitieren: „‚Wir müssen bei Sicherheit und Wehrtechnik besser werden. Und das heißt auch, Innovationen zu stärken‘, so der Grünen-Politiker. Er verweist auf Länder wie Israel, die auf diesem Gebiet weiter seien. ‚Die dort vibrierende Start-up-Branche ist auch aus dem militärischen Komplex erwachsen: Drohnen, Hightech, Cybersecurity. Aus der Arbeit daran entstanden viele Nebenprodukte‘, sagte Habeck. Deutschland hingegen habe ‚in der leider irrigen Hoffnung, der ewige Frieden habe den Kontinent erreicht‘, lange zu wenig für die Sicherheit getan. ‚Im Grunde haben wir auch bei Innovationen und Forschung abgerüstet‘, sagte Habeck. … Die Debatte angefeuert hatte zuvor jedoch die ‚Expertenkommission Forschung und Innovation‘, die ebendies [Abschaffung von Zivilklauseln] forderte. Die Experten beraten die Bundesregierung in forschungspolitischen Fragen und haben nun zum zweiten Mal in Folge eine Aufhebung der strikten[sic] Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung gefordert“.
In der IMI-Analyse 2023/35 hatten Chris Hüppmeier und Robin Lenz bereits vor einem „Aufbruch in einen militärisch-universitären Komplex?“ gewarnt, die IMI-Analyse 2024/02 beschreibt die Rolle der Start-up-Nation Israel bei der Einführung von KI in die Kriegführung. Die offenbar strategisch vorbereitete Militarisierung der Hochschulen wird ein Thema des nächsten Zivilklauselkongresses Mitte März in Frankfurt sein.

Wehrpflicht: Re-Aktivierung 2025?
IMI-Aktuell 2024/166 vom 5. März 2024

Spiegel Online zufolge soll Verteidigungsminister Boris Pistorius bis 1. April Konzepte angefordert haben, noch in dieser Legislatur wolle er eine Entscheidung auf den Weg bringen: „Verteidigungsminister Boris Pistorius macht bei der Wiedereinführung einer Wehrpflicht in Deutschland Tempo. Nach SPIEGEL-Informationen hat er sein Haus angewiesen, bis zum 1. April »Optionen für ein deutsches Wehrdienstmodell vorzulegen, das bedrohungsangepasst auch kurzfristig skalierbar einen Beitrag zur gesamtstaatlichen Resilienz liefert«.“
Favorit könnte das schwedische Modell sein, berichtet Spiegel Online weiter: „In Schweden gilt seit 2017 wieder die Wehrpflicht, allerdings in einer anderen Form als in Deutschland vor der Aussetzung im Jahr 2008. So werden in Schweden alle Schulabgänger gemustert, die Armee spricht dann gezielt Männer und Frauen an, die für die Truppe geeignet sind.“
Allerdings würde dabei in Schweden 10% eines Jahrgangs eingezogen, was in Deutschland jährlich rund 40.000 Wehrpflichtige wären, weit über den 3.000 bis 4.000, die von Pistorius als realistische jährliche Zielgröße angegeben wurden. Ferner Stelle sich die Frage der Wehrgerechtigkeit: „Ein weiteres Problem bei einer Wiedereinführung eines verpflichtenden Militärdienstes ist die Frage der Wehrgerechtigkeit. In Deutschland hatte das Verfassungsgericht noch zu Zeiten der Wehrpflicht geurteilt, dass »möglichst alle verfügbaren Wehrpflichtigen« und nicht nur ein kleiner Teil eingezogen werden.“ (jw)

Gewerkschaft: Gegen Rüstung
IMI-Aktuell 2024/164 vom 5. März 2024

Nachdem sich zuletzt die IG Metall für ein Bekenntnis zur Aufrüstung stark gemacht hat (siehe IMI-Standpunkt 3/2024) kommt nun die Gegenposition zu Wort. „Gewerkschaften gegen Aufrüstung“ trägt einige Positionen aus der jüngeren Vergangenheit zusammen und begründet damit den Widerstand gegen den Kriegskurs. Es ist ein Appell an die Gewerkschaften, sich dem Gerede von Kriegstüchtigkeit zu widersetzen und für ein friedliches Miteinander einzusetzen. (as)

Militärübung: “Trojan Footprint”
IMI-Aktuell 2024/157 vom 1. März 2024

Vom 4. bis zum 15. März 2024 wird im Rahmen der Nato-Übung Steadfast Defender 2024 in Bulgarien, Georgien, Deutschland, Griechenland, Nordmazedonien und Rumänien die internationale Übung „Trojan Footprint 2024“ stattfinden, wie das bulgarische Verteidigungsministerium am 29. Februar mitteilte. An der Übung, die seit 2016 vom US Special Operations Command Europe (SOCEUR) durchgeführt wird und nach Angaben von TheSofiaGlobe die Fähigkeit der USA, der Nato-Verbündeten und der Partnernationen demonstrieren soll, auf jede Bedrohung aus jeder Richtung entschlossen zu reagieren, werden Spezialeinsatzkräfte aus Albanien, Bulgarien, Frankreich, Georgien, Griechenland, Italien, Montenegro, Nordmazedonien, Portugal, Rumänien, Spanien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten teilnehmen. Nach Angaben des United States Special Operations Command Europe stellt Trojan Footprint die wichtigste Übung für Spezialeinheiten in Europa dar. “While the exercise is focused on improving the ability of SOF to counter myriad threats, it also increases integration with conventional forces and enhances interoperability with our NATO allies and European partners,” so das US Special Operations Command Europe nach Angaben von TheSofiaGlobe. (yd)

Texas: Waldbrand vs. Nuklearwaffenanlage
IMI-Aktuell 2024/149 vom 29. Februar 2024

Angesichts des fünftgrößten Flächenbrands in der Geschichte von Texas sah sich eine Nuklearwaffenanlage außerhalb von Amarillo am Dienstag (27. Februar) gezwungen ihren Betrieb vorübergehend einzustellen, wie democracynow.org berichtete. Das sogenannte „Smokehouse Creek Fire“ hat seit Montag mehr als 300.000 Hektar Land verbrannt und zu Evakuierungen in Teilen von Texas und Oklahoma geführt. Im gesamten Mittleren Westen wurden Hitzerekorde gebrochen, die sich nach Informationen von democracynow.org am Montag in Dallas mit bis zu 94 Grad Fahrenheit beziffern liefen. (yd)

Ukrainer*innen für Verhandlungen
IMI-Aktuell 2024/140 vom 28. Februar 2024

Wie multipolar berichtet, ergab eine Umfrage Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) Ende Februar 2024: „72 Prozent der Befragten plädieren dafür, dass die Ukraine „zusätzlich zu militärischen Anstrengungen auch nach einem diplomatischen Weg sucht, den Krieg mit Russland zu beenden, um die menschlichen Verluste zu minimieren“.“
Genauer heißt es: „23 Prozent der Befragten glauben laut der aktuellen Umfrage hingegen daran, dass die Ukraine Russland nur mit militärischen Mitteln besiegen könne – „egal wie hoch die Opferzahlen sind“. Vier Prozent der rund 1.200 Befragten konnten sich nicht für eine der beiden Antworten entscheiden. Eine Antwortmöglichkeit mit der Forderung nach Diplomatie ohne parallele militärische Aktionen war in der Umfrage, die vom 5. bis 10. Februar telefonisch durchgeführt wurde, nicht enthalten. Im Mai 2022 plädierten bei der KIIS-Umfrage nur 59 Prozent der Befragten für eine diplomatische Lösung, während noch 35 Prozent sich für einen streng militärischen Kurs aussprachen.“
Auch der Glaube an einen Sieg der Ukraine im Krieg scheint zu schwinden: „Die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung ist laut der Befragung weiterhin sicher, dass ihr Land den Krieg gewinnen wird. Jedoch ist der Glauben an einen „definitven“ Sieg der Ukraine von 80 Prozent im Mai 2022 auf nur noch 60 Prozent im Februar 2024 gesunken. Auf die Frage, zu wessen Gunsten sich die Kampfhandlungen aktuell entwickeln, antworteten lediglich 24 Prozent mit „Ukraine“. Zudem vermutet eine wachsende Minderheit von inzwischen 32 Prozent der Befragten, das der Krieg mit territorialen Verlusten für die Ukraine enden werde.“
Abgefragt wurden in einer weiteren Umfrage auch die Unterstützung von Selenskij und von der Zwangsmobilisierung: Die Umfragewerte von Selenskij sanken auf 16,2%, die Wahlen, die eigentlich im März 2024 stattfinden sollten, verschob der Präsident mit Verweis auf den laufenden Krieg (die Zustimmungswerte für General Walerij Saluschnij lagen hingegen bei 38,2%). 90% der befragten Ukrainer*innen lehnten die Zwangsmobilisierung ab. (ja)

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de
IMI.FB I_M_I @imi@mastodon.social

Redaktion:
Jacqueline Andres (Tübingen), Pablo Flock (Tübingen), Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:
Hans-Achim Brand ist in der DFG-VK Köln und dem lokalen Bündnis gegen eine Waffenfabrik in Troisdorf aktiv. Elvin Çetin ist Referentin für Lobbyarbeit des DFG-VK-Bundesverbandes. Claudia Haydt ist im Vorstand der IMI,. Tobias Pflüger ist auch.im Vorstand der IMI. Merle Weber schreibt seit 2019 immer wieder für IMI zur Militarisierung der Ostsee. Susanne Weipert ist Koordinatorin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

Bildnachweise wie angegeben außer:
Titelbild: Arno Neuber, Cartoons auf Seite: 3, 5, 7,9, 10, 13, 14, 15, 17, 18, 20, 21, 22, 24, 29, 31, und 40: Arno Neuber. Arno Neuber erstellt seit Frühjahr 2023 immer wieder neue Cartoons, die wir auf der IMI-HOmepage veröffentlichen dürfen: imi-online.de, Rückseite: Escape-FCAS.de..

Hinweise zu einzelnen Texten:
Der Artikel von Jürgen Wagner erschien in einer älteren Version in Telepolis, 19.1.2024. Die Artikel von Pablo Flock,„Stabilsierung im Sahel“ und „Unabhängig und integriert“ erschienen in Telepolis, 18.1.2024 und in der jungen Welt, 6.12.2023. Der Artikel „Kriege verschärfen Klimakrise“ von Jacqueline Andres erscheint in der nächsten Ausgabe von AMOS.

Bezugsbedingungen:
IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Mitgliedschaftsformular

☐ Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

☐ Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Ab einem Beitrag von 60 € Zusendung des AUSDRUCK.)
☐ Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _
BIC: _____

☐ Ich richte einen Dauerauftrag ein.
☐ Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung

_____
Datum und Unterschrift

KEINE MILLIARDEN FÜR DAS FUTURE COMBAT AIR SYSTEM!

ESC FCAS

CYBERKAMPFJETS STOPPEN!

ESCAPE-FCAS.DE